

Fernando Rosas (Hrsg.)
Vom Ständestaat zur Demokratie

Schriftenreihe
der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Band 75

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte

Herausgegeben von

Karl Dietrich Bracher, Hans-Peter Schwarz, Horst Möller

Redaktion: Norbert Frei und Hans Woller

Vom Ständestaat zur Demokratie

Portugal im zwanzigsten Jahrhundert

Herausgegeben von

Fernando Rosas

unter Mitarbeit von Claudia Moisel

Aus dem Portugiesischen von Gerd Hammer

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

[**Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte / Schriftenreihe**]
Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte / im Auftr. des
Instituts für Zeitgeschichte hrsg. - München : Oldenbourg
Früher Schriftenreihe
Schriftenreihe zu: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bd. 75. Vom Ständestaat zur Demokratie. - 1997

Vom Ständestaat zur Demokratie : Portugal im zwanzigsten
Jahrhundert / hrsg. von Fernando Rosas unter Mitarb. von Claudia
Moisel. - München : Oldenbourg, 1997
(Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte ; Bd. 75)
ISBN 3-486-64575-7

© 1997 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München
Rosenheimer Str. 145, D-81671 München
Internet: <http://www.oldenbourg.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht)
 Satz: Falkner GmbH, Inning/A.
 Druck und Bindung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe, Heimstetten

ISBN 3-486-64575-7
ISSN 0506-9408

Inhalt

Einführung	7
<i>António Costa Pinto</i> Der Zusammenbruch der portugiesischen Demokratie in der Zwischenkriegszeit	13
<i>Fernando Rosas</i> Salazarismus oder die Kunst des Überdauerns	37
<i>Manuel Braga da Cruz</i> Der Estado Novo und die katholische Kirche	49
<i>José Maria Brandão de Brito</i> Die wirtschaftliche Entwicklung des Estado Novo	65
<i>Valentim Alexandre</i> Der Estado Novo und das Kolonialreich	75
<i>António Reis</i> Revolution und Demokratisierung	89
<i>José Medeiros Ferreira</i> Das Ende der afrikanischen Frage	107
<i>Emanuel Leão</i> Portugals wirtschaftliche Entwicklung in der Demokratie	123
Abkürzungen	131
Die Autoren	133
Personenregister	135

Einführung

Der vorliegende Band versammelt, erstmals in deutscher Sprache, Untersuchungen portugiesischer Historiker, Wirtschaftswissenschaftler und Politologen zu verschiedenen Aspekten des Salazarismus und des Übergangs zur Demokratie in Portugal nach dem Staatsstreich der Militärs vom 25. April 1974. Für die portugiesischen Zeithistoriker ist diese Möglichkeit, sich an die Kollegen und das Publikum in Deutschland wenden zu können, von besonderer Bedeutung, wurden doch während der Diktatur von 1926 bis 1974 Studien über Portugals Geschichte im 20. Jahrhundert systematisch blockiert.

Im Gegensatz zu anderen faschistischen oder autoritären Systemen hat der *Estado Novo*, so wurde der portugiesische Staat seit dem Inkrafttreten der neuen Verfassung von 1933 genannt, keine Hochschule für zeitgenössische portugiesische Geschichte gegründet, und auch alle eigenständigen Initiativen der Historiker innerhalb und außerhalb der Universitäten wurden unterdrückt. Der *Estado Novo* zog es vor, die Erforschung der Zeitgeschichte zu verhindern. Einige wissenschaftliche Studien zum 20. Jahrhundert in Portugal entstanden zwar schon in den fünfziger Jahren, konnten aber oft erst nach 1974 veröffentlicht werden. In den sechziger und siebziger Jahren setzten an ausländischen Universitäten, vor allem in England, Frankreich und Italien, Untersuchungen zum 19. und 20. Jahrhundert in Portugal ein. Ihre Verfasser waren portugiesische Studenten, die im Exil lebten oder im Ausland arbeiteten. Auch die meisten dieser Arbeiten konnten in Portugal erst nach dem 25. April 1974 publiziert werden. Davor erschienen lediglich im Widerstand einige Schriften, die als Vorläufer der Studien über die portugiesische Arbeiterbewegung bezeichnet werden können; sie wurden jedoch fast alle sofort von der politischen Polizei beschlagnahmt.

Erst mit dem Beginn der Demokratie konnte die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts in die Lehrpläne der Universitäten aufgenommen werden, und die akademische Forschung setzte ein. Dennoch hatten es Studien über den *Estado Novo* schwer: Die ideologischen Vorurteile, die auf allen Gebieten fortbestanden, die anhaltende Politik der Abschottung oder des erschwerten Zugangs zu einigen der wichtigsten Archive (insbesondere zu den Archiven Salazars und der politischen Polizei) – all das behinderte einige Jahre lang die Geschichtsforschung und ihre Anerkennung als Wissenschaft. Den Wendepunkt brachte erst 1986 ein mit Unterstützung des damaligen Staatspräsidenten Mário Soares abgehaltenes internationales Kolloquium über den „Estado Novo – von den Anfängen bis zum Ende der Autarkie, 1926-1959“. Im folgenden Jahrzehnt fand eine beachtliche Ausweitung der Forschung zu nahezu allen Aspekten des alten Regimes statt.

Die Auseinandersetzungen über den politischen Ursprung des Salazarismus, welche unter den emigrierten Intellektuellen bereits kurz vor dem Militärputsch von 1974 geführt wurden, ermöglichten die ersten komparativen Studien. Mochte ihnen mitunter die empirische Fundierung fehlen, so waren sie doch von unbestreitbarem theoretischen Wert; dies gilt insbesondere für die Arbeiten von Hermínio Martins¹ und Manuel Lucena².

Nach dem 25. April 1974 wandte sich die akademische Forschung der Frage nach den Anfängen des Regimes zu. Auch auf die Gefahr hin, zu stark zu vereinfachen, können hinsichtlich der vergleichenden Faschismusstudien der portugiesischen Historiker und Politologen prinzipiell zwei theoretische und analytisch-methodische „Familien“ unterschieden werden.

Die sogenannte taxonomische Schule ist besonders in bestimmten Bereichen der Soziologie und der Politikwissenschaft verbreitet, vor allem bei den in den USA ausgebildeten Wissenschaftlern. Sie suchten nach einer Definition des faschistischen Regimes auf der Basis einer bestimmten Taxonomie. Ihre Anhänger gehen von einer „typologischen Beschreibung des Faschismus“³ aus: von einer Reihe politischer und ideologischer Merkmale wie Stil und Organisation, um auf empirischer Grundlage den portugiesischen Faschismus zu beschreiben und von anderen Bewegungen abzugrenzen, die nicht der entwickelten typologischen Definition entsprechen. Diese gehören für Stanley Payne zur Gruppe des „autoritären Nationalismus“ und werden als „radikal rechts“, „rechtskonservativ“, „autoritär, nicht-totalitär“ oder „autoritär, nicht-faschistisch“ bezeichnet, um die Konfusion zu beenden, die gewöhnlich auf diesem Gebiet herrscht⁴.

An die Untersuchungen Paynes schließen die Arbeiten von António Costa Pinto an⁵; er ist jener portugiesische Historiker, der die vergleichenden Studien über den *Estado Novo* am stärksten vertieft hat. Für ihn charakterisiert das Fehlen einer politischen Krise in Portugal und einer faschistischen „Bewegung“ oder Partei die Diktatur der dreißiger und vierziger Jahre, die deshalb auch nicht als faschistisch zu bezeichnen sei. Für Costa Pinto reiht sich der *Estado Novo* eher in die Tradition des autoritären Konservatismus ein. Zu einer ähnlichen Schlußfolgerung kommt auch der politische Soziologe Manuel Braga da Cruz in seinem Werk über die Geschichte des *Estado Novo*; seine Unterscheidung zwischen totalitären und autoritären Regimen folgt Hannah Arendt⁶. Die Besonderheit des portugiesischen Einparteiensystems liegt für Braga da Cruz in der Abwesenheit einer faschistischen Ideologie und „Bewegung“.

¹ Hermínio Martins, Portugal, in: O Fascismo na Europa, Lissabon 1978, S. 421-467.

² Manuel Lucena, A evolução do sistema corporativo Português, Bd. 1: O Salazarismo, Lissabon 1976; ders., Notas para uma teoria dos regimes fascistas, in: Análise Social, 3. Serie, Nr. 125/126 (1994).

³ Stanley G. Payne, Fascism Comparison and Definition, Madison/WI 1980, S. 17.

⁴ Vgl. auch Manuel Braga da Cruz, Notas para uma caracterização política do salazarismo, in: Análise Social, Nr. 71ff. (1982), S. 777.

⁵ António Costa Pinto, O Salazarismo e o Fascismo Europeu, Lissabon 1992; ders./Os Camisas Azuis, Ideologia, elites e movimentos fascistas em Portugal, Lissabon 1994.

⁶ Manuel Braga da Cruz, O partido e o estado no salazarismo, Lissabon 1988.

Dagegen plädieren der Soziologe Manuel Lucena und andere dafür, den Salazarismus weiterhin als faschistisches Regime zu bezeichnen: Nicht die Übereinstimmung mit theoretischen Konzepten, sondern die historischen Tatsachen sind entscheidend. Wenngleich in Portugal keine faschistische Massenbewegung die Umgestaltung zu einem autoritären Regime herbeigeführt habe, lasse das Regime Salazars doch deutliche Übereinstimmungen mit dem italienischen Faschismus erkennen. Wie der Faschismus sei auch der Salazarismus auf Kompromisse mit den traditionellen Eliten in Wirtschaft, Militär und Kirche angewiesen gewesen.

Die Arbeiten von Historikern wie Fernando Rosas⁷ oder Arsénio Nunes⁸ gehen zwar von unterschiedlichen theoretischen Ansätzen aus, sind aber dieser Richtung zuzurechnen. Beide Autoren stimmen darin überein, daß der *Estado Novo* ungeachtet seiner Besonderheiten als portugiesische Variante des Faschismus zu betrachten ist.

Das Wesen des *Estado Novo* wäre freilich kaum zu verstehen, ließe man die Persönlichkeit und den Werdegang Salazars außer acht. António de Oliveira Salazar wurde am 28. April 1889 in Vimeiro geboren, einem kleinen Dorf in der Nähe von Santa Comba Dão im Landesinneren Portugals. Der Sohn eines Verwalters reicher Landgüter begann seine Studien in einem Priesterseminar – nicht unüblich für begabtere Söhne aus der weniger begüterten ländlichen Schicht. Acht Jahre lang (1900-1908) besuchte Salazar das Seminar von Viseu, wo er sich als Publizist in den Reihen der konservativen Katholiken durchzusetzen begann. Anschließend war er dort Lehrer am Colégio da Via Sacra. Parallel dazu vertiefte er seine intellektuelle Bindung an die monarchistischen Denker und die französischen Konservativen, und für lokale Zeitungen schrieb er gegen die antiklerikale Politik der Ersten Republik. Im Sommer 1910 nahm der junge Lehrer ein Jurastudium an der Universität Coimbra auf; hier entfaltete sich der Politiker Salazar, der sich als Träger einer „rettenden Mission“ für das Vaterland fühlte. 1914 beendete Salazar sein Studium, und schon 1916 wurde er Professor der Rechtswissenschaft; für seine Bewerbung hatte er einige Arbeiten zu aktuellen Fragen des wirtschaftlichen und politischen Lebens eingereicht. 1918 wurde er mit einer Arbeit im Bereich der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Coimbra promoviert. Damit wuchs sein Ansehen innerhalb des *Centro Católico*, der mit der Kirche verbundenen Partei, für die er ab 1919 mehrmals kandidierte und 1921 für kurze Zeit ein Mandat wahrnahm, das infolge der Schließung des Parlaments endete. 1929 profilierte sich Salazar auf dem Kongreß des *Centro Católico* als führender Ideologe der portugiesischen Katholiken. Außerdem genoß er zunehmend die Aufmerksamkeit der verschiedenen konservativen Strömungen, die sich vom monarchistischen Restaurismus abgrenzten. In den folgenden Jahren entwickelte er seine Lehre vom Vorrang des

⁷ Fernando Rosas, Cinco pontos em torno do estudo comparado do Fascismo, in: *Vertice*, 2. Serie, Nr. 13 (1989), S. 21-29; ders., *O Estado Novo (1926-1974)*. Bd. 7 der *História de Portugal*, hrsg. von José Mattoso, Lissabon 1994.

⁸ J. Arsénio Nunes, *Fascismo e Estado Novo*, in: *Vertice*, 2. Serie, Nr. 1 (1988), S. 61.

Haushaltsgleichgewichts, die Rechtfertigung des Korporativismus und des „starken Staats“.

Nach dem Militärputsch vom 28. Mai 1926, durch den die liberale und parlamentarische Erste Republik stürzte, und inmitten der nach dem Umsturz herrschenden Konfusion, wurde er zum Finanzminister der Regierung des Kommandanten Mendes Cabeçadas berufen, der wenige Tage später weichen mußte. Als sich die Finanzkrise der Diktatur verschärfte, akzeptierte Salazar im April 1928 erneut das Amt des Finanzministers. Er setzte drakonische Maßnahmen durch, die ihm die völlige Kontrolle über die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung verschafften. In diesen Jahren entstand der Begriff „Finanzdiktatur“; auf diesem Wege erreichte Salazar schnell eine überragende Stellung innerhalb der Regierung.

Der schon 1929 absehbare Erfolg seiner Politik des Finanzausgleichs und die Unterstützung, die ihm bei konservativen Militärs und Politikern dadurch zuteil wurde, brachten Salazar und seine Helfer ins Zentrum der postliberalen politischen Umgestaltung. Salazar gelang ein Kompromiß zwischen den verschiedenen Strömungen innerhalb der portugiesischen Rechten – Katholiken, Monarchisten, liberalen Konservativen, Technokraten, Faschisten –, und am 5. Juli 1932 wurde er zum Regierungschef ernannt. Im März 1933 fand ein Referendum über den „Verfassungskompromiß“ statt; die 1930 gegründete União Nacional wurde zur Einheitspartei des *Estado Novo*.

Während der dreißiger Jahre und insbesondere während des spanischen Bürgerkriegs wurde die endgültige Abkehr von der vorangegangenen Regierungsform durchgesetzt. Eine deutliche faschistische Zuspitzung des Regimes wurde durch die politische Polizei und paramilitärische Milizen ebenso vorangetrieben wie durch „Nationale Propaganda“, durch die Korporativierung der Gewerkschaften und der wichtigsten Wirtschaftsaktivitäten, die Wiedergeburt des „Kolonialreichs“ und das Bemühen um Autarkie. Letztere war nicht nur eine Wirtschaftsstrategie, sondern auch eine Maßnahme der Außen- und Innenpolitik, wie sie Salazar seit 1935 gefordert hatte: die Abwendung von Europa und die Hinwendung zum Atlantik und zum „Kolonialreich“ unter dem Schutz der Allianz mit Großbritannien.

Die sozioökonomischen und politischen Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs führten zur ersten schweren Krise des Regimes. Streiks und die Offensive der antifaschistischen Opposition in der Nachkriegszeit, das Aufkommen einer kritischen Strömung und eines Bedürfnisses nach inneren Reformen kennzeichneten die Lage. Salazar gelang es jedoch, das militärisch-politische Gleichgewicht innerhalb des *Estado Novo* wiederherzustellen und zum Gegenangriff überzugehen; Ende der vierziger Jahre war die Opposition zum Schweigen gebracht.

Die Neutralitätspolitik während des Zweiten Weltkriegs war der Versuch, das Land aus dem Krieg herauszuhalten und das Überleben des Regimes zu sichern. Salazars Strategie erwies sich insofern als erfolgreich. Angesichts der unbestreitbaren Tatsache, daß die Rolle der Weltmacht Großbritannien in der Nachkriegszeit zu Ende ging, sah sich Salazar trotz starker ideologischer Vorbehalte nun gezwun-

gen, die Integration Portugals in die nordamerikanische Einflußzone zu akzeptieren: Der atlantisch-koloniale Bilateralismus der luso-britannischen Allianz wurde abgelöst von Portugals Integration in den Marshallplan und die Nato.

Die Zeit relativer internationaler Legitimation und Akzeptanz durch den Westen während des Kalten Krieges, die Portugal nach seinem Beitritt zur Nato 1949 erfuhr, währte nur kurz. Die unnachgiebige Härte, mit der der Salazarismus in den fünfziger und sechziger Jahren den Entkolonialisierungsbewegungen entgegentrat, führte schließlich zum Ausbruch der Kolonialkriege in den afrikanischen Gebieten unter portugiesischer Verwaltung: zuerst in Angola (1961), danach in Guinea (1963) und Mozambique (1964). „*Orgulhosamente sós!*“ (Allein und stolz!) – dies war das Lebensmotto, das Salazar den Portugiesen in diesen Jahren verordnete.

Im August 1968, schon 79 Jahre alt und seit 36 Jahren Regierungschef, erlitt Salazar bei einem Sturz aus einem Liegestuhl ein Schädeltrauma. Der Unfall führte zu seiner Ersetzung als Präsident des Staatsrates durch Marcello Caetano am 17. September 1968.

*

Die Herausgabe dieses Sammelbandes geht auf eine Initiative des Goethe-Instituts Lissabon unter seinem seinerzeitigen Direktor Dr. Hans Winterberg zurück, der in den Jahren 1993-1995 Historiker aus dem Institut für Zeitgeschichte in München und dem Instituto de História Contemporânea da Faculdade de Ciências Sociais e Humanas da Universidade de Lisboa wiederholt zusammenbrachte; dafür sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Fernando Rosas

António Costa Pinto

Der Zusammenbruch der portugiesischen Demokratie in der Zwischenkriegszeit

Portugals Eintritt in das „Zeitalter der Massen“ vollzog sich ohne die zahlreichen Krisen, die für die demokratischen Regierungen in Europa zwischen den Weltkriegen typisch waren. Als ein altes Gemeinwesen, dessen politische Grenzen seit dem späten Mittelalter im wesentlichen unverändert geblieben waren, stellte Portugal zu Beginn des 20. Jahrhunderts den Idealtyp eines liberalen Nationalstaates dar. In Portugal gab es kein Minderheitenproblem, und in den Nachbarländern lebten keine portugiesischen Bevölkerungsgruppen; selbst Dialekte waren eine lediglich in einigen Gebieten nahe der spanischen Grenze vorkommende Ausnahme. Auffallend war allein diese außergewöhnliche konfliktfreie Übereinstimmung von Staat und Nation¹.

Von besonderer Bedeutung war die Kolonialpolitik. Ab dem 17. Jahrhundert verband sich mit Portugals imperialer Macht die politische und ökonomische Abhängigkeit von England. Am Ende des 19. Jahrhunderts wurde Portugal mit der Bedrohung seiner „historischen Rechte“ in Afrika – der Hochburg des portugiesischen Kolonialismus seit der Unabhängigkeit Brasiliens 1822 – durch die europäischen Großmächte konfrontiert.

Das gespannte Verhältnis zu England verschlechterte sich in den 1880er Jahren dramatisch und führte nach dem britischen Ultimatum von 1890 zu ersten stark anti-britischen Äußerungen in der Öffentlichkeit². England verhinderte Portugals Zugriff auf die Gebiete des heutigen Zimbabwe und erzwang 1890 mit einer Invasionsdrohung, Pläne zur Vereinigung von Angola und Mozambique aufzugeben. Diese Episode verstärkte den modernen portugiesischen Nationalismus. Die Verteidigung des kolonialen Erbes blieb bis in die siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts das wichtigste Merkmal der portugiesischen Außenpolitik³.

¹ Für eine ausführlichere Darstellung des ersten Teils dieses Beitrags siehe António Costa Pinto, *Crises and Early Authoritarian Takeover: Portugal*, in: Dirk Berg-Schlosser/Jermy Mitchell (Hrsg.), *Crises, Compromise, Collapse. Conditions for Democracy in Interwar Europe*, London (erscheint in Kürze), außerdem ders./ Nuno Monteiro, *Probleme der nationalen Identität in Portugal*, in: *Werkstatt Geschichte* 8 (1994), S. 15-26.

² Vgl. Nuno Teixeira, *O Ultimatum Inglês, Política externa e política interna de Portugal de 1890*, Lissabon 1990.

³ Vgl. Hermínio Martins, *Portugal*, in: *O Fascismo na Europa*, Lissabon 1978, S. 421-467; Margret Scotford Archer/Salvador Giner (Hrsg.), *Contemporary Europe. Class, status, and power*, London 1974, S. 63.

Die Jahrhundertwende

Portugals Wirtschaft war zu Beginn dieses Jahrhunderts überwiegend agrarisch geprägt: die Industrialisierung steckte noch in den Anfängen⁴. 1911 hatte Portugal etwa 5,5 Millionen Einwohner, von denen 2,545 Millionen berufstätig waren: 58 Prozent waren in der Landwirtschaft, 25 Prozent in der Industrie und 17 Prozent im tertiären Sektor beschäftigt. Bis 1930 war der Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung um 3 Prozent gesunken, der tertiäre Sektor war um 3 Prozent gestiegen, der sekundäre jedoch unverändert geblieben.

Entsprechend niedrig war das Niveau der Urbanisierung: Zwischen 1900 und 1930 stieg die Zahl der Stadtbewohner in Großstädten oder Städten mit mehr als 20000 Einwohnern von 10,5 auf 13,9 Prozent; mit 8 Prozent der Bevölkerung war Lissabon die einzige Großstadt des Landes, mit großem Abstand gefolgt von Porto. Daneben existierten keine Zentren städtisch-politischer Kultur. Insgesamt überwogen Kleinstädte oder größere Dörfer; dort lebten 1930 mehr als vier Fünftel der Bevölkerung. Nach dem deutlichen Anstieg in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts wuchsen die Städte extrem langsam, erst in den sechziger Jahren beschleunigte sich ihre Wachstumsrate wieder (1960: 23 Prozent Stadt-, 77 Prozent Landbevölkerung).

Die Auswanderung der Landbevölkerung hatte seit Mitte des 19. Jahrhunderts signifikante Auswirkungen auf die portugiesische Wirtschaft. Zwischen 1900 und 1930 wanderten nahezu eine Million Menschen aus, überwiegend nach Brasilien und in die USA. Lediglich in den Jahren des Ersten Weltkriegs verringerte sich diese ständige Abwanderung. Trotz aller staatlichen Bemühungen entschieden sich nur sehr wenige Portugiesen für Angola oder Mozambique. Afonso Costa, charismatischer Politiker in der Ersten Republik, betonte: „Was die Kolonien brauchen, sind keine Arbeiter, sondern Menschen mit Initiative und Geld, viel Geld.“⁵ Das Geld, das die Emigranten aus der „Neuen Welt“ nach Hause schickten, war für die portugiesische Wirtschaft ausgesprochen wichtig.

Die Regierungsform in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts läßt sich als oligarchischer Parlamentarismus charakterisieren. Die Dynamik des sozialen und wirtschaftlichen Wandels war den Veränderungsprozessen anderer „semi-peripherer“ Länder vergleichbar, die Nicos Mouzelis als Länder mit „frühem Parlamentarismus und später Industrialisierung“⁶ definierte. Durch die Konzentration auf die Ausbeutung der afrikanischen Kolonien geriet dieser oligarchische und klientelistische Liberalismus um die Jahrhundertwende allmählich ins Abseits. Das Auftreten der republikanischen Bewegung, die weite Kreise der bis dahin vom politi-

⁴ Vgl. Jaime Reis, *O Atraso Económico Português numa Perspectiva Histórica*, Lissabon 1993.

⁵ Oliveira Marques, *História da Primeira República. As Estruturas de Base*, Lissabon 1978, S. 41.

⁶ Vgl. Nicos P. Mouzelis, *Politics in the Semi-Periphery. Early Parliamentarism and Late Industrialization in the Balkans and Latin America*, London 1986.

schen Geschehen ausgeschlossenen städtischen Mittelschichten mobilisierte, war ein Ausdruck dieser Krise⁷.

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts bemühten sich die Republikaner erfolgreich, Themen wie Nationalismus, Antiklerikalismus, die Ausweitung politischer Partizipation, das Streikrecht und andere Forderungen der schwachen Arbeiterbewegung zu besetzen. Am Vorabend der Revolution von 1910 bestand eine Koalition unterschiedlicher Gruppierungen, die auch Geheimorganisationen wie die *Carbonaria* umfaßte, eine Vereinigung radikaler Republikaner und Anarchisten mit einer starken Basis in der Bevölkerung Lissabons, deren Mitglieder in viele Parteikomitees gelangten⁸.

Im Oktober 1910 wurde die konstitutionelle Monarchie in Lissabon gestürzt. Diese schnelle Revolution war von republikanischen Mitgliedern der Streitkräfte geplant und durch Aktionen von zivilen und militärischen Mitgliedern der *Carbonaria*, hauptsächlich Hauptleuten und Unteroffizieren, unterstützt worden. Die meisten militärischen Einheiten hingegen verhielten sich neutral, und Portugal wurde eine der ersten Republiken in Europa.

Die republikanischen Eliten vollzogen eine vorsichtige, aber radikale Massenmobilisierung durch die Schaffung nationaler Symbole und mit Hilfe schulischer Sozialisierungsmaßnahmen. Sie blieben sich aber immer der sozialen und politischen Bedrohung durch die ländlichen Gebiete bewußt, die weiterhin die portugiesische Gesellschaft prägten.

Die Republikaner erklärten das Kolonialreich für „heilig“ und zum zentralen Bestandteil der portugiesischen nationalen Identität. Eine neue Nationalflagge und Nationalhymne, eine neue staatlich-bürgerliche Liturgie mit eigenen Feiertagen, das Modell einer „Bürger-Architektur“ und eine populistische Art politischer Mobilisierung charakterisierten den Umbruch von 1910.

Die erste Republik

Diese kurze Einführung läßt erkennen, daß die portugiesische Gesellschaft zu Beginn der ersten Republik weit davon entfernt war, die ökonomischen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen zur „Formierung einer bürgerlichen politischen Kultur“⁹ zu erfüllen. Gleichwohl begannen die Republikaner nach dem Sturz der Monarchie ihr politisches Programm umzusetzen. Sie forderten ein allgemeines Stimmrecht, propagierten Antiklerikalismus und Nationalismus, bekämpften die Abhängigkeit von England und bemühten sich um die Verteidigung des kolonia-

⁷ Vgl. Pedro Tavares de Almeida, *Eleições e Caciquismo no Portugal Oitocentista (1868-1890)*, Lissabon 1991.

⁸ Vgl. Douglas L. Wheeler, *Republican Portugal. A Political History 1910-1926*, Madison/WI 1978, S. 32-47.

⁹ Herminio Martins, *The breakdown of the Portuguese Democratic republic. Seventh World Congress of Sociology*, Varna 1980, S. 6.

len Erbes. Bereits 1910 wurde ein Gesetz über die Säkularisierung verabschiedet, und eine starke städtisch-antiklerikale Bewegung entstand. Diese Entwicklungen waren vor allem von den Ereignissen in Frankreich inspiriert und hatten große Auswirkungen auf die katholische Hierarchie. Den Vorwand für die Einführung des Stimmrechtes lieferte die monarchistische Revolte in Spanien. So wurde die Demokratische Partei, indem sie teilweise das Wahlverfahren der Monarchie übernahm, zur dominierenden Regierungspartei.

Mattei Dogan hat das republikanische System zutreffend als „mimic democracy“ bezeichnet¹⁰. Doch inzwischen beschränkte sich die Politik nicht mehr, wie noch in der Zeit der konstitutionellen Monarchie, auf die Spitze der sozialen Pyramide. Der Landadel verlor den direkten Zugang zum Staatsapparat und mußte sich neue politische und soziale Vermittlungspartner suchen; Staat und Kirche unterstützten einander nicht, der Staat war ideologischem Druck stärker ausgesetzt als zu der Zeit, da er lediglich für das Eintreiben der Steuergelder zuständig war; schließlich gab es ein wichtiges und destabilisierendes Aufkommen städtischer Interessen in der Politik. Mit der Verfassung von 1911, die ein lediglich aus Mitgliedern der Republikanischen Partei bestehendes Parlament verabschiedet hatte, wurde ein parlamentarisches System etabliert. Der vom Parlament gewählte Präsident der Republik verfügte über keinerlei Exekutivvollmachten, insbesondere konnte er nicht das Parlament auflösen. Das allgemeine Stimmrecht wurde, mit dem Hinweis auf das „Kazikentum“ auf dem Lande, abgelehnt, und „Druck von unten“ war kaum vorhanden¹¹.

Das Mehrheitswahlrecht wurde außer in den Wahlkreisen Lissabon und Porto beibehalten. Das Zweiparteiensystem der konstitutionellen Monarchie wurde durch ein Mehrparteiensystem ersetzt. Die Republikanische Partei entwickelte sich zur ersten Massenpartei des liberalen Systems, und die Dominanz der aus ihr hervorgegangenen Demokratischen Partei war von Beginn an offensichtlich. Ihr Umgang mit den staatlichen Organisationen war geprägt von Patronage¹². Das eingeschränkte Stimmrecht erleichterte es der Demokratischen Partei, einen Kompromiß zwischen ihrer Wählerschaft im städtischen Kleinbürgertum und einem Teil der Provinznotabeln zu finden.

¹⁰ Dogans „Idealtyp“ definiert nachgeahmte Demokratie als ein politisches System, das westliche, auf Konkurrenz beruhende Demokratien imitiert, dessen Erscheinung in Gesellschaften mit einem geringen Grad der Urbanisierung und Industrialisierung wahrscheinlich ist, mit einem starken Landadel und wo der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung auf dem Land lebt. Der Mittelstand ist schwach. Massenkommunikation ist stark begrenzt. Religiöses Gefühl bestimmt die politische Kultur, Staat und Kirche unterstützen einander. Das Parlament geht nicht aus allgemeinem Stimmrecht hervor, die machthabende Partei manipuliert die Wahlen und die Mehrheit der Bürger wird von einem Machtwechsel der Parteien nicht direkt betroffen. Vgl. Mattei Dogan, *Romania 1919-1938*, in: Myron Weiner/Ergun Azbudun (Hrsg.), *Competitive Elections and Developing Studies*, Durham 1987, S. 369-389.

¹¹ Vgl. Fernando Farello Lopes, *Poder Politico e Caciquismo na 1ª Republica*, Lissabon 1994, S. 76.

¹² Vgl. Martins, *The breakdown*, S. 8.

Tabelle 1: Sitze der Parteien im Parlament (1910-1927)

Parteien	1911	in	1913	in	1915	in
	Anzahl der Sitze	Prozent	Anzahl der Sitze	Prozent	Anzahl der Sitze	Prozent
Republikanische Partei	229	97,9	–	–	–	–
Demokratische Partei	–	–	82	52,6	106	65
Independentes	3	1,3	12	7,7	13	8
Sozialistische Partei	2	0,8	1	0,6	2	1,2
Evolutionspartei	–	–	36	23,1	26	16
Unionspartei	–	–	25	16	15	9,2
Katholische Partei	–	–	–	–	1	0,6
Total	234	100	156	100	163	100

Quelle: Fernando Farelo Lopes, *Poder Politico e Caciquismo na 1ª Republica*, Lissabon 1994.

Seit der Jahrhundertwende verfügte allein die Republikanische bzw. Demokratische Partei bei den Wählern über eine stabile Basis: sie hatte als einzige Partei eine nationale Organisation. Ihre Verankerung im Kleinbürgertum sicherte ihr Überleben und schützte sie auch gegen die Versuche des Präsidenten, sie aus der Regierung zu entfernen. Zudem setzte sich die Partei mit harten Attacks gegen Wahlgegner und „außerparlamentarische“ Opponenten, insbesondere Monarchisten, konservative Republikaner und das Militär, zur Wehr.

Die Unions- und die Evolutionspartei waren Gründungen von Parlamentariern, die die Republikanische Partei 1912 verlassen hatten. Sie bemühten sich um Wahl- und Wahlkreis-Reformen, Mäßigung im Verhältnis von Kirche und Staat und suchten ihre Klientel in den Provinzen. Bis zum Krieg gab es keine Linksabspaltungen von der Demokratischen Partei; die zwei Sitze der kleinen Sozialistischen Partei waren ein „Geschenk“ der Demokratischen Partei. Bis zur Sidónio-Diktatur (1918) konnte man noch von einer halbloyalen Opposition der konservativen republikanischen Parteien sprechen: in den zwanziger Jahren scheiterten alle Versuche, das politische System zu reformieren und die konservativen Kräfte zu einer Partei zu vereinigen. Dies führte schnell zu der unwiderruflichen Überzeugung, daß auf verfassungskonforme Weise kein Regierungswechsel gelingen könne.

Regierungsinstabilität

Instabilität charakterisierte die gesamte republikanische Periode. Zwischen 1910 und 1926 sah Portugal 17 Einparteienkabinette, 3 Militär- und 21 Koalitionsregierungen¹³.

¹³ Vgl. Kathleen Schwartzman, *The Social Origins of the Democratic Collapse. The First Portuguese Republic in the Global Economy*, Lawrence/KS 1989.

Von 1912 bis 1917 waren Einparteienkabinette der Demokratischen Partei die Regel, die konservativ-republikanischen Parteien konnten jedoch einige unabhängige Regierungen bilden. Die erste ernsthafte Herausforderung für die Republik war 1915 ein Militärputsch, der vom Präsidenten und den konservativen Parteien unterstützt wurde und zum Sturz der demokratischen Regierung führte. Unter dem Druck des Militärs ernannte der Präsident im Januar 1915 General Pimenta de Castro zum Premierminister. Einige Monate später brachte ein Aufstand, der von einigen Militäreinheiten und bewaffneten Zivilisten unterstützt wurde, die Demokratische Partei wieder an die Macht. Es gab 150 Tote und 300 Verletzte¹⁴. Im Juni 1915 gewann die Demokratische Partei erneut die Wahlen und bildete bis zum Staatsstreich von Sidónio Pais 1917 verschiedene Koalitionsregierungen mit den konservativ-republikanischen Parteien. Die Kabinettswechsel häuften sich in den Jahren unmittelbar nach dem Krieg.

Die Koalitionsregierungen waren im Vergleich mit durchschnittlich 91 Tagen instabiler als die Einparteienregierungen mit einer durchschnittlichen Dauer von 156 Tagen¹⁵. Dennoch gibt es zwei prinzipielle Unterschiede zwischen der Vor- und der Nachkriegszeit: Die Bedeutung sozio-ökonomischer Nischen und der Einfluß von Interessengruppen wuchs. Eine quantitative Studie über Kabinettswechsel und Wirtschaftspolitik zeigt deutlich die wichtige Rolle, die ökonomische Interessengruppen bei der Bildung und beim Sturz der Kabinette spielten. Sie unterstreicht ebenfalls die steigende Bedeutung der außerparlamentarischen Interessengruppen für die Instabilität der Regierung. Ein weiterer neuer Faktor der Nachkriegszeit war die wachsende Zersplitterung des Parteiensystems durch das Auftreten von Linksabspaltungen der Demokratischen Partei sowie fehlgeschlagene Versuche der konservativen Parteien zu Wahlabsprachen und die Bildung des „Sidonistischen Bündnisses“.

Politische Gewalt

Politisch motivierte Gewalttaten gab es in den Städten während der letzten Jahre der konstitutionellen Monarchie und in den Jahren der Ersten Republik ständig, vor allem in den frühen zwanziger Jahren. Auch wenn es keine paramilitärischen Formationen faschistischer Prägung, Milizen oder Veteranenvereine gab wie in anderen Ländern Europas nach dem Ersten Weltkrieg, existierten doch bewaffnete Gruppen oder mit den Parteien assoziierte Geheimgesellschaften.

Nach 1910 beteiligten sich Teile der Streitkräfte mehrfach an Versuchen, die republikanischen Regierungen zu stürzen. Die Monarchisten konnten sich dabei auf Freiwillige mit militärischer Grundausbildung stützen und mit der Hilfe der spanischen Monarchie rechnen. Daneben war das politische Klima geprägt von repressiven Gewaltmaßnahmen gegen streikende Arbeiter, und es verschlechterte

¹⁴ Vgl. Wheeler, *Republican Portugal*, S. 123.

¹⁵ Vgl. Schwartzman, *The Social Origins*, S. 132.

sich durch die Nichteinmischungsstrategie der Gewerkschaftsbewegung während des Krieges und das Auftreten polizei- oder milizähnlicher Organisationen seit 1910 bis nach Kriegsende.

Der Sturz der konstitutionellen Monarchie 1910 wurde von Geheimorganisationen unterstützt, die über eine beträchtliche Anzahl bewaffneter Zivilisten verfügten. Sie wurden oft verwechselt mit örtlichen Parteigruppen wie der *Carbonaria*, die beim erfolgreichen Sturz der Monarchie eine entscheidende Rolle gespielt hatte. Zwischen 1910 und 1913 übten einige dieser Gruppen Repressionen und Einschüchterungen gegen Monarchisten und katholische Organisationen aus und beeinflussten dadurch die Gesetzgebungsmaßnahmen der provisorischen Regierungen. Diese Gruppen erlangten bald eine gewisse Berühmtheit, insbesondere die „Bataillone der Freiwilligen“ und die „Sozialen Wachgruppen“ oder die „Termiten“ der Demokratischen Partei. Später tauchten ähnliche rechte monarchistische Organisationen unter dem Namen „Skorpione“ auf.

Militär- und Polizeikräfte stützten oder stürzten Regierungen auf außerparlamentarischem Weg. Ein Beispiel dafür war die Republikanische Nationalgarde (GNR). Diese Polizeieinheit wurde von der Republikanischen Regierung gegründet, um sich vor der politisch unzuverlässigen Armee zu schützen. Nach einer Serie von Angriffen auf die GNR und ihren Führer, einen Oberstleutnant, der selbst bereits Regierungschef gewesen war, rebellierte die Truppe. Als der Premierminister sah, daß er sie nicht kontrollieren konnte, gab er auf. In derselben Nacht entführte eine Gruppe aus Militärs, Mitgliedern der GNR und einigen bewaffneten Zivilisten den Premierminister und andere Politiker und exekutierte sie. Unter den Ermordeten befand sich Machado Santos, militärischer Führer der Revolution von 1910. Die „Blutnacht“ blieb im öffentlichen Bewußtsein als eines der besonders traumatischen Ereignisse in diesen Jahren in Erinnerung.

Eines der Hauptthemen republikanischer Propaganda war die Säkularisation. In den ersten Tagen nach der Revolution überflutete eine antiklerikale Bewegung Lissabon. Mehrere Konvente wurden geschlossen, religiöse Orden wie etwa die Jesuiten wurden umgehend des Landes verwiesen. Am 3. November 1910 wurde ein Scheidungsrecht und einen Monat später ein neues Eherecht eingeführt, wodurch die Ehe einen ausschließlich zivilen Status bekam. Religiöse Zeremonien außerhalb von Kirchen wurden eingeschränkt, in staatlichen Institutionen wie Gerichten, Universitäten und Streitkräften abgeschafft. Anfang 1911 waren etwa 150 Priester inhaftiert und verschiedener Formen des Ungehorsams angeklagt¹⁶. Die Regierung verbot das Verlesen eines Hirtenbriefs, der gegen diese Maßnahmen protestierte. Das führte zum Bruch der Beziehungen Portugals mit dem Vatikan und der Kontakte zwischen den Bischöfen und dem Staat; 1912 waren mit einer einzigen Ausnahme alle Bischöfe aus ihrer Diözese entfernt.

¹⁶ Vgl. Vasco Pulido Valente, *Revoluções. A República Velha (ensaio de interpretação política)*, in: *Análise Social*, Nr. 115 (1992), S. 7-63.

Die Säkularisierung wurde ein zentraler Bestandteil des politischen Lebens und dauerte trotz späterer Eindämmungsversuche bis 1926. Als Antwort auf diese Veränderungen entstand eine neue katholische Bewegung, die eng mit der Hierarchie verbunden war und autoritäre Tendenzen aufwies. Die Katholische Zentrumspartei profilierte sich als korporativ-autoritäre Alternative und unterstützte 1917 die Sidónio-Diktatur¹⁷.

Ein zweites Kennzeichen dieser Zeit war der Widerstand einiger Monarchisten gegen die Republik. 1911 und 1912 wurden zwei Einfälle von Galizien aus unter der Führung von Paiva Couceiro verübt, einem ehemaligen kaiserlichen Offizier aus den Militärkampagnen zur Besetzung Afrikas um die Jahrhundertwende. Einige der jungen Männer, die Couceiro begleitet hatten, gründeten 1914 nach ihrer Rückkehr aus dem Exil – die Regierung hatte sie bei Kriegsausbruch begnadigt – den *Integralismo Lusitano* (IL), eine auf den Ideen von Maurras' *Action Française* basierende Bewegung, deren Einfluß sich ebenfalls in der jungen Katholischen Partei geltend machte.

Die politischen Gegensätze zwischen den Interessen von Land- und Stadtbevölkerung blieben bestehen. Die Unfähigkeit der Regierung, divergierende wirtschaftliche Interessen in Einklang zu bringen, war ein wichtiger Grund für ihr Scheitern.

Die Sidónio-Diktatur

Der Erste Weltkrieg verursachte eine Destabilisierung der innenpolitischen Verhältnisse. Die Republikaner befürworteten eine Kriegsbeteiligung Portugals in Europa, gefährdete in ihren Augen die Neutralität doch das koloniale Erbe, während ein Sieg der Alliierten Portugals Position bei den Friedensverhandlungen stärken würde. Die vermutete Bedrohung der afrikanischen Kolonien konnte aber nicht als Rechtfertigung für ein aktives Eingreifen an der europäischen Front dienen, das von den Engländern nicht einmal im Rahmen der luso-britannischen Allianz gefordert wurde. Eine begrenzte Intervention in Afrika schien dagegen sowohl innen- als auch außenpolitisch vertretbar. Darüber hinaus versuchte die Demokratische Partei die nationalpatriotischen Emotionen der Bevölkerung zu mobilisieren und die Zusammenarbeit mit den anderen Parteien in einer Koalition der „Heiligen Einheit“ zu erzwingen, härtere Repressalien gegen politische Dissidenten durchzusetzen und politische und soziale Widersprüche zu verdecken¹⁸. Die Erwartungen der Demokratischen Partei wurden allerdings bald enttäuscht.

Die geplante militärische Intervention führte fast unmittelbar zur Spaltung der Streitkräfte. Deshalb begann die Regierung spezielle Expeditionskorps aufzubauen und mobilisierte dafür vor allem Milizoffiziere. Im Oktober 1914 besetzte eine

¹⁷ Vgl. Manuel Braga da Cruz, *As Origens da Democracia Cristã e o Salazarismo*, Lissabon 1980.

¹⁸ Vgl. Nuno S. Teixeira, *Portugal entre a Guerra e a Paz (1914-1916)*, Lissabon (erscheint in Kürze).

Gruppe von Offizieren einige Kasernen und protestierte gegen die Kriegsbeteiligung. Dennoch gelang es der Regierung, Portugals militärisches Engagement zu verstärken. 1916 und 1917 waren zwei Drittel der portugiesischen Armee im Ausland stationiert: 55 000 Soldaten in Flandern und 45 000 in den Kolonien; 35 000 Soldaten starben oder kehrten verwundet nach Hause zurück¹⁹.

Die Demokratische Partei hatte mit einer Unterstützung dieser Maßnahmen durch die anderen Parteien im Rahmen der „Heiligen Einheit“ gerechnet. Die Evolutionspartei war dazu zunächst bereit, verließ die Koalition jedoch schon bald wieder. Die Unionspartei war von Anfang an gegen eine Intervention in Europa. Für die sozialen und politischen Auswirkungen der Kriegsbeteiligung wollten beide keine Verantwortung übernehmen: Aufstände in Lissabon, Überfälle auf Lebensmittelgeschäfte wegen Nahrungsmittelkürzungen, die Verstärkung der Streikbewegung durch die von revolutionären Syndikalisten dominierten Gewerkschaften, die eindeutig gegen den Krieg waren. Als Reaktion auf diese Ereignisse verhängte die Regierung am 12. Juli 1917 den Belagerungszustand über Lissabon und unterdrückte im September durch Massenverhaftungen revolutionärer Syndikalisten brutal einen Generalstreik.

Sidónio Pais war trotz seiner glänzenden militärischen Laufbahn ein eher unauffälliger Abgeordneter der Unionspartei. Der Anführer des Staatsstreiches vom Dezember 1917 war Universitätsprofessor in Coimbra und bekleidete zweimal einen Ministerposten. Als Deutschland 1916 Portugal den Krieg erklärte, war er Botschafter in Berlin. Ein wichtiger Grund für das Gelingen des Sidónio-Putsches, der mit Unterstützung konservativer republikanischer Notabeln geplant worden war, lag in dem Scheitern der Interventionspolitik der Demokratischen Partei. Einige der für den Staatsstreich entscheidenden Militäreinheiten standen für den Abmarsch an der Front bereit, und eine Gewerkschaftsdelegation demonstrierte mehr als Neutralität während einer Visite bei Sidónio, als er Militäroperationen im Zentrum Lissabons leitete: Die Delegation versprach ihre Unterstützung, wenn im Gegenzug die aus politischen Gründen inhaftierten Gewerkschaftler freigelassen würden.

Die Sidónio-Diktatur zeigte bereits einige der charakteristischen Merkmale der faschistischen Nachkriegsdiktaturen. Nach einigem Zögern trieb Sidónio einen Teil der republikanischen Elite ins Exil und versuchte eine plebiszitäre Präsidialdiktatur durchzusetzen. Im Anschluß an eine triumphale Reise durch die Provinzen, wo er von großen, hauptsächlich vom Klerus mobilisierten Mengen als „Retter Portugals“ bejubelt wurde, führte Sidónio Pais das allgemeine Stimmrecht ein. Er selbst wurde zum Präsidenten gewählt und kontrollierte das Parlament, das die republikanischen Parteien verlassen hatten, um sich dem Widerstand anzuschließen. Anschließend gründete er eine eigene Nationalrepublikanische Partei (NRP); keine andere Partei beteiligte sich an den Wahlen, und bald darauf begann die Un-

¹⁹ Vgl. Nuno S. Teixeira, *A Fome e a Saudade. Os prisioneiros Portugueses na Grande Guerra*, Penelope 1992, S. 91-114.

terdrückung der Parteien und Arbeitergewerkschaften. Außer der NRP waren nur noch die Monarchisten und die Katholiken im Parlament vertreten. Das Militär unterstützte Sidónio, der die radikalsten antiklerikalen Gesetze rückgängig machte und die Beziehungen zum Vatikan wieder aufnahm, bis zum Ende.

Eine weitere Neuerung war die korporative Repräsentation der Abgeordneten: Sidónio behielt das Zweikammernsystem bei, aber der neue Senat hatte Mitglieder, die von den Unternehmerverbänden, den Gewerkschaften, der Industrie und anderen Berufsgruppen ernannt wurden. Senat und Abgeordnetenhaus verfielen jedoch zunehmend der Bedeutungslosigkeit; Sidónio beurlaubte die Abgeordneten und regierte alleine, immer überzeugter von seinen charismatischen Eigenschaften.

In seinen Reden betonte Sidónio den Kampf gegen die Parteioligarchie und verkündete einen messianischen Nationalismus, mit dem es ihm gelang, Monarchisten und Konservative zusammenzubringen. Zwar war er stets von einer Gruppe junger Offiziere umgeben, doch 1918 wurde Sidónio von einem ehemaligen Mitglied der Landarbeitergewerkschaft ermordet. Im Norden des Landes brach daraufhin eine monarchistische Revolte aus, während die Republikaner in den Städten mobil machten. Indem sich mehrere Militäreinheiten neutral verhielten, ermöglichten sie den Sieg der Demokraten und die Rückkehr zu einer konstitutionellen Regierungsform.

Die Diktatur war nach der Ermordung Sidónios nicht überlebensfähig. Die politisierte Armee und das Überleben des alten republikanischen Systems erschütterten die Einheit der konservativen Kräfte und stürzten das Land beinahe in den Bürgerkrieg. Die Militär-Juntas, die nach der Ermordung des Diktators in einigen Städten gebildet wurden, übten Druck auf die Regierung aus. Eine Reihe von „Militärbaronen“, die von monarchistisch-sidonistischen und republikanischen Kreisen unterstützt wurden, traten erstmals an die Öffentlichkeit.

Als Porto aufgrund der Initiative der örtlichen Militär-Junta die Monarchie ausrief und ein kleiner Aufstand in Lissabon losbrach, spalteten sich die militärischen Einheiten. Viele Frontoffiziere waren unzufrieden mit der Strategie des Aufgebens, die Sidónio im Hinblick auf die Kriegsbeteiligung verfochten hatte, und mit den monarchistischen Offizieren, die seiner Regierung beigetreten waren. Der Demokratischen Partei gelang zum vielleicht letzten Mal eine Volksmobilisierung gegen die monarchistische Revolte; verschiedene Einheiten übergaben schließlich ihre Waffen der Partei, andere bereiteten sich auf den Marsch nach Norden vor. Der Anti-Sidonismus der Gewerkschaften trug wesentlich zur Mobilisierung der Massen bei. Ende Januar 1918 wurde die provisorische monarchistische Regierung Portos in einem bewaffneten Kampf geschlagen. In Lissabon führten Massenversammlungen und Demonstrationen zur Auflösung des Parlaments und der von Monarchisten dominierten politischen Polizei. Die Regierung mußte sich in eine Kaserne flüchten. Einige Tage später gaben die Sidónisten auf. Versuche, eine konservative Partei zu gründen, um bei den Wahlen als Alternative gegen die Demokratische Partei antreten zu können, scheiterten. Die Wahlen von 1919 gewannen

erneut die Demokraten, sie stellten 53 Prozent der Abgeordneten und setzten die Verfassung von 1911 wieder in Kraft.

Rechtsradikalismus in Portugal

Zu den auffallendsten Merkmalen des aufkommenden Faschismus in der portugiesischen Gesellschaft der Nachkriegszeit gehören einerseits der frühe Zeitpunkt, zu dem man bereits dem italienischen Faschismus nacheiferte, andererseits die Schwäche und Zersplitterung der portugiesischen Rechten.

In der Nachkriegszeit orientierten sich faschistische Bewegungen in Portugal zunächst am Sidónismus. Junge Offiziere, Intellektuelle und vor allem rechtsgerichtete republikanische Studenten gründeten jedoch zahlreiche Parteien, die sich schon bald auf das Vorbild Mussolinis beriefen. Viele dieser Gruppen lassen sich nicht als faschistisch, sondern angemessener als radikal rechts definieren. Das Beispiel des Sidónio-Pais-Zentrums von 1921 veranschaulicht die wachsende Beteiligung der Militärs; 19 der 33 Führer waren Offiziere, hauptsächlich aus der Armee. Viele Intellektuelle, wie António Ferro, waren aktive Mitglieder in der portugiesischen futuristischen Bewegung. Ferro mäßigte später seine faschistischen Ideen und diente dem Salazar-Regime als Propagandaminister.

Diese Männer waren aktive Propagandisten der Ideen des italienischen Faschismus und kaum vom *Integralismo Lusitano* (IL) beeinflusst. 1923 erschien die erste Publikation mit dem Untertitel „Portugiesischer Faschismus“; die erste faschistische Partei, *Nacionalismo Lusitano*, wurde gegründet. Es handelte sich dabei um eine milizähnliche Massenbewegung. Wenige Monate zuvor hatte Rolão Preto, der Direktor der Sozial-Abteilung des IL, von der Gründung einer „syndikalistischen“ Abteilung berichtet. Er gründete eine nur kurz existierende Zeitung mit dem Titel *Revolução*²⁰. Nach dem ersten ernsthaften Putschversuch des Militärs gegen die liberale Regierung im April 1925 verschwanden diese Gruppen jedoch schnell von der politischen Bühne. Zusammenfassend formulierte Hermínio Martins: „Als die Modelle des italienischen Faschismus und der Nazis ‚welthistorische‘ Bedeutung erlangten, waren alle, die am meisten prädisponiert schienen, sie zu erlernen und ihnen nachzueifern, fest verankert in den Lehren und dem intellektuellen Stil des IL.“²¹ Tatsächlich gingen langfristig nahezu alle Versuche, faschistische Parteien zu gründen, im *Integralismo Lusitano* auf.

Kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs hatte sich eine Gruppe junger Monarchisten zusammengefunden und eine Zeitung sowie eine Studentengruppe mit dem Namen *Integralismo Lusitano* gegründet²². Sie alle waren am Vorabend der

²⁰ Vgl. António Costa Pinto/Os Camisas Azuis, *Ideologia, elites e movimentos fascistas em Portugal (1914-1945)*, Lissabon 1994.

²¹ Hermínio Martins, *Portugal*, in: Stuart J. Woolf (Hrsg.), *European Fascism*, New York 1969, S. 305.

²² Vgl. Manuel Braga da Cruz, *Monárquicos e republicanos sob o Estado Novo*, Lissabon 1987.

republikanischen Revolution vom Oktober 1910 Studenten in Coimbra gewesen, der einzigen portugiesischen Universität in dieser Zeit. Nach dem Sturz der konstitutionellen Monarchie wurden sie politisch aktiv, einige von ihnen nahmen an der ersten, von Spanien aus beginnenden monarchistischen Revolte teil. Während eines kurzen Exils in Frankreich und Belgien hatten sie direkten Kontakt mit der *Action Française* – ohne Zweifel ihre wichtigste ideologische Beeinflussung aus dem Ausland.

Nachdem eine Amnestie erlassen worden war, kehrten die Exilanten nach Portugal zurück. Ihr wichtigster Theoretiker, António Sardinha, war selbst nie im Exil gewesen, er trat erst nach der Revolution zum Katholizismus über und wurde Monarchist. Das jüngste Mitglied der Gruppe, Rolão Preto, war im französischen Exil gewesen²³. Als die republikanische Regierung Portugal 1916 an der Seite der Alliierten in den Krieg führte, organisierte der IL sich selbst als politische Bewegung und gab eine Tageszeitung heraus. Ziel war die Restauration einer korporativen, antiliberalen und traditionellen Monarchie.

Der *Integralismo* beeinflusste die politische Kultur Portugals im 20. Jahrhundert nachhaltig. Er schuf die Grundlage für einen neuen reaktionären Nationalismus, der auf zahlreichen Arbeiten zur nationalen Identität basierte und die Tradition einer organischen und korporativen Gesellschaft wiederbelebte, die am Vorbild des mittelalterlichen Portugal orientiert war, welches vom Liberalismus im 19. Jahrhundert zerstört worden sei. Zur Abstützung dieser Ideen griff man auf vergessene Theorien von Dom MIGUELS legitimistischer, konterrevolutionärer Gruppe aus dem 19. Jahrhundert zurück.

Der IL profilierte sich als politische Alternative zur liberalen Demokratie und propagierte eine traditionell organisierte, hierarchisch geordnete Gesellschaft. An die Stelle des allgemeinen Stimmrechts sollte eine korporative Repräsentation der Familie, der Kammern und der Berufsstände treten, eine beratende Nationalversammlung sollte das Parlament ersetzen. Als Antwort auf den liberalen Staat, der für die Zerstörung des ländlichen Lebens und für das unkontrollierte Wachstum der Städte verantwortlich gemacht wurde, plante der IL eine ländliche Dezentralisierung, die einem „zutiefst agrarischen Land die Erfüllung seiner historischen Mission erlauben“ sollte. Die korporative Repräsentation der Gesellschaftsgruppen sollte dem „zerstörerischen Treiben des Klassenkampfes“ entgegenwirken.

Der *Integralismo* stellte eine typische Reaktion auf die Moderne dar. Es gelang ihm, die verunsicherten und sich bedroht fühlenden Bevölkerungsgruppen erfolgreich zu durchdringen, zumal die Teilnahme am Ersten Weltkrieg das schwache republikanische Regime destabilisiert hatte. Das führte unter anderem zur Reorganisation alter monarchischer Zirkel in der Provinz. Obgleich die Ideologie der Gründer des IL in der Nachkriegszeit vom Faschismus beeinflusst wurde, blieben sie doch einem traditionellen Antiliberalismus verhaftet; Sozialismus und Kommunismus waren in ihren Augen nur dessen Varianten und bedurften keiner be-

²³ Vgl. Eugen Weber, *L'Action Française*, Paris 1964, S. 556.

sonderen ideologischen Auseinandersetzung. Freimaurer und antiklerikale, jakobinische Republikaner waren ihre Hauptgegner.

Der *Integralismo Lusitano* erreichte nie eine Organisationsstruktur, die der *Action Française* vergleichbar gewesen wäre. Jenseits subjektiver und ideologischer Faktoren hätte dies die Natur des republikanischen Systems wohl kaum zugelassen. Seit seiner Gründung war der IL in rechtsgerichtete Militärkonspirationen verwickelt. Bereits 1916 nahm er aufgrund seiner germanophilen Haltung an einem Aufstand gegen eine Beteiligung an den Aktionen der Alliierten teil. Der Sturz Sidónios und die Wiederherstellung des liberalen Regimes brachten eine beträchtliche Zahl junger sidonistischer Militäroffiziere in die Reihen der radikalen Rechten. Eine monarchistische Revolte hätte das Ende der restaurativen Revolten bedeutet, und die Integralisten begannen, alle die rechtsgerichteten Militärs zu unterstützen, die den Sturz der Republik planten. Die Solidarität, die der IL 1925 schließlich durch die „Hauptleute des 28. Mai“ erfuhr, entstand während dieser Putschversuche in der Nachkriegszeit. Ab diesem Zeitpunkt nahmen die monarchistischen Offiziere, die mit dem IL sympathisierten, an allen Konspirationen teil.

Einige Integralisten unterstützten eine Reihe von Putschversuchen als „bürgerliche Verbündete“. Dies galt besonders für den Umsturzversuch vom 18. April 1925. Ihre im Vergleich zu den meisten Militärs durchwegs höhere politische Bildung ermöglichte es den Integralisten, ihren Vorstellungen von Ruhe und Ordnung einen präziseren ideologischen Gehalt zu geben. Es gelang ihnen, ihre Kontakte mit den radikalen „Hauptleuten“ und mit Gomes da Costa, einem unbeständigen General, der schließlich den Aufstand anführte, zu konsolidieren.

Obwohl die Integralisten während der ersten Militärdiktatur eine wichtige Rolle spielten, schuf die neue politische Situation Spannungen innerhalb ihrer ohnehin verwässerten Einflusssphäre. Die faschistische Option wurde von weiten Teilen der jüngeren Generation und von Militärsympathisanten übernommen. Wichtige Hardliner innerhalb der Junta blieben der Monarchie treu und unterstützten alle Projekte mit dem Ziel, eine neue und radikal antiliberal-korporative Ordnung zu errichten. Sie beobachteten den Aufstieg Salazars und die von ihm geschaffenen politischen Institutionen mit Mißtrauen. Ein Großteil dieser Gruppen zog sich in die verschiedenen faschistischen Organisationen zurück, die in der Zwischenzeit aufkamen und im *Nationalen Syndikalismus* kulminierten. Eine Reihe der sogenannten zweiten Generation der Integralisten, wie beispielsweise Marcello Caetano, wurden sofort Anhänger Salazars.

Rolão Preto war das jüngste Gründungsmitglied des *Integralismo Lusitano*. Er wurde 1896 in der Region der Beira Baixa geboren und war schon mit 17 Jahren der leitende Herausgeber von *Alma Portuguesa*, einem in Belgien 1913 von jungen exilierten Monarchisten, von denen einige an den antirepublikanischen Aufständen von 1911 und 1912 teilgenommen hatten, publiziertem Magazin, das unter dem direkten Einfluß der *Action Française* stand.

Auch wenn sie aus verschiedenen Generationen und unterschiedlichen politischen Welten stammten, nannte Preto doch immer zwei Persönlichkeiten, von denen er inspiriert worden sei: Sorel und Valois. Jahre später bestätigte er, Sorel sei derjenige gewesen, „der vielleicht für alles verantwortlich war“²⁴. In den zwanziger Jahren aber blieb Valois, der pro-faschistische Dissident, sein wichtigster Bezugspunkt. Pretos Weg zum Faschismus läßt sich in gewissem Maße mit dem des Gründers von *Le Faisceau* vergleichen. Der Einfluß von Maurras und der Ideologie der *Action Française* dagegen verblaßte in der Nachkriegszeit allmählich.

Nach seiner Rückkehr am Vorabend des Sidónio-Putsches distanzierte sich Preto von den anderen Gründern des IL wie beispielsweise António Sardinha, denn er bewertete die politische Aktion höher als die kulturellen und ideologischen Aktivitäten, die bislang das kurze Leben der Bewegung charakterisiert hatten. Die präfaschistischen Bewegungen in Frankreich und Italien, die er im Exil und während des Krieges kennengelernt hatte, prägten seine politischen Ideen, die er freilich nie durchzusetzen vermochte.

Rolão Pretos politisches Handeln zwischen 1918 und 1934, als der Nationale Syndikalismus verboten war, war durch den Versuch bestimmt, die portugiesische Arbeiterklasse für sein politisches Programm zu gewinnen. Auf dem Wege eines „organischen Syndikalismus“ hoffte er, die Arbeiterklasse zu „nationalisieren“. 1918 bemühte er sich, den Syndikalismus mit der Monarchie zu versöhnen; in den dreißiger Jahren propagierte er denselben „integralen Korporativismus“ unter einem charismatischen faschistischen Führer. Mit der fortschreitenden Beteiligung der Streitkräfte am politischen Leben wandte sich Preto, wie auch die integralistische Führung, der Bildung von Gruppen innerhalb der Streitkräfte zu; er beteiligte sich auch an einer Reihe der konservativen Konspirationen der Nachkriegszeit. Der Verzicht auf die Bildung einer wirklichen politischen Organisation verhinderte jedoch eine Restaurierung der Monarchie; verstärkt wurde so der politische und ideologische Einfluß des IL. Die Integralisten begannen, sich mit anderen Teilen der radikalen Rechten innerhalb der Armee zu vereinigen, insbesondere mit den Sidónisten, und beteiligten sich an der Reorganisation verschiedener Unternehmerverbände, vor allem im Bereich der Landwirtschaft.

Seit Ende 1923 waren Pretos politische Aktionen von der Parole „*Vamos a isto!*“ („Auf geht’s“) begleitet, die sich in erster Linie an das Militär richtete. Es existierten jedoch auch zivile Gruppen, die bereit waren, einen Militärputsch zu unterstützen²⁵. Preto begann mit der Suche nach militärischen Führern, die ihm geeignet schienen, die konservative Allianz zu führen. Am Staatsstreich vom 18. April 1925 nahm er zusammen mit Filomeno da Camâra teil, und am 28. Mai 1926 be-

²⁴ Interview mit João Medina, 27. Juni 1975, in: Salazar e os fascistas. Salazarismo e Nacional-Sindicalismo. A história de um conflito (1932-1935), Lissabon 1977.

²⁵ Rolão Preto, „*Vamos a isto!*“. Os triunfos do Fascismo e de Primo de Rivera aproximam a hora resgatadora do Luzismo, in: A Monarquia, 26.10.1923, S. 1.

gleitete er Gomes da Costa nach Lissabon²⁶. 1926, gleich nach dem Putsch, mit dem der republikanische Parlamentarismus gestürzt wurde, schloß sich Rolão Preto einer faschistischen Bewegung an – bereits in Verbindung mit den „Hauptleuten vom 28. Mai“.

Der 1923 gegründete *Nacionalismo Lusitano* (NL) war der erste Versuch, eine faschistische Bewegung im Rahmen des parlamentarischen Systems zu schaffen. Der Untertitel von *A Ditadura*, des Sprachrohrs der Bewegung, lautete „Zeitschrift des portugiesischen Faschismus“. Die Lebensdauer des NL allerdings war gering: 1923 gegründet, hatte er schon zur Zeit des Putsches vom 18. April 1925, unmittelbar vor dem Sturz der parlamentarischen Republik, nahezu alle Aktivitäten eingestellt.

Die Initiative zur Gründung von *Nacionalismo Lusitano* war von Intellektuellen mit einer gewissen Distanz zum IL ausgegangen, deren „Faschisierung“ viel mit der Sidónio-Pais-Diktatur zu tun hatte. Sein Gründer, João de Castro Osório, hatte sich von Beginn an um die Unterstützung der Führer des IL bemüht und sogar Rolão Preto eingeladen, an dem Unternehmen mitzuwirken.

Die ersten Manifeste der Bewegung von 1923 forderten eine Diktatur, die Wiedereinführung der Todesstrafe und die Abschaffung der Republikanischen Nationalgarde. In allen Städten sollten „faschistische Milizen, bestehend aus Freiwilligen ohne jegliche Entlohnung, gegründet werden“ als Antwort auf die „Verbrechen von Syndikalisten und Kommunisten“²⁷. Das Modell der faschistischen Milizen wurde übernommen.

Bis zu dem fehlgeschlagenen Putschversuch des Militärs vom 18. April 1925 ist die Beteiligung der Bewegung an Militärkonspirationen leicht nachzuweisen. An diesem Tag richtete *A Ditadura* einen Aufruf an die „Soldaten und Bauern“ („ihr, die ihr von den Salven der Feinde in Flandern gekreuzigt wurdet“), in dem sie zur Volksbeteiligung an dem Putsch aufrief²⁸. Raul de Carvalho wurde verhaftet, aber nicht vor Gericht gestellt. Von diesem Zeitpunkt an löste sich die Organisation auf.

Von allen in den frühen zwanziger Jahren gegründeten faschistischen Gruppierungen repräsentierten die Organisationsform und das politische Programm des NL vielleicht am ehesten die klassischen Kennzeichen faschistischer Bewegungen. Der NL bestand aus einer jungen, am Rande des kulturellen und politischen Systems stehenden Elite; er übernahm einen paramilitärischen Stil und nationalistische Parolen, die auch für die Arbeiterklasse attraktiv waren. Seinem diffusen politischen Programm begegneten jedoch vor allem Katholiken und Monarchisten mit Mißtrauen – und beim Sturz der parlamentarischen Republik spielte die Bewegung nur eine unbedeutende Rolle.

²⁶ Vgl. José Plácido Machado Barbosa, *Para além da Revolução ... a Revolução. Entrevistas com Rolão Preto*, Porto 1940, S. 108.

²⁷ *O Imparcial*, 26.7.1923, S. 1.

²⁸ *A Ditadura*, 19.4.1925, S. 1.

Der „Nationale Kreuzzug“

Wesentlich wichtiger als der NL war am Vorabend des Putsches von 1926 der „Nationale Kreuzzug“. Als eine kleine nationalistische Liga auf dem Höhepunkt des Sidónismus im Juli 1918 gegründet, war der „Kreuzzug“ im Grunde apolitisch und hatte eine heterogene Anhängerschaft. Organisatorische Kontinuität war nicht gegeben, die Zusammensetzung seiner Führung änderte sich häufig. Sein Gründer, Hauptmann João Afonso de Miranda, lud Mitglieder aller konservativen Parteien (Republikaner, Katholiken und Monarchisten) ein, an der Führung zu partizipieren. Zusammengebracht wurden diese verschiedenen Persönlichkeiten durch Parolen wie „Verteidigung des Vaterlandes“ und „Schaffung eines patriotischen Geistes“²⁹. Obwohl der „Kreuzzug“ im strengen Wortsinn wegen seines sozialen Hintergrunds und seiner organisatorischen Basis nicht als faschistische Partei bezeichnet werden kann, entwickelte er in den letzten Jahren des liberalen Regimes eine pro-autoritäre Propagandakampagne, für die der Faschismus ein wichtiger Bezugspunkt war.

Nach einem schnellen Aufstieg unter dem Sidónio-Regime verschwand der „Kreuzzug“ in den folgenden Jahren fast vollständig; erst 1921 trat er mit einem „Manifest an das Land“ wieder in Erscheinung und formulierte darin eine deutliche Kritik am Liberalismus. Gefordert wurde die Reformierung des Staates: „Ordnung auf den Straßen, Ordnung im Geist. Schließlich, Ordnung zu Hause. Ohne Ordnung kann der Staat nicht leben“, verkündete der „Kreuzzug“ bei der Wiederaufnahme seiner Aktivitäten. Es ging darum, „die Energien der Portugiesen zu intensivieren, sie wachzurütteln und in ihnen die Liebe zu ihrem Land und die Verehrung ihrer Helden zu begründen“. Hinzu kam allerdings ein eindeutiges politisches Programm mit dem Ziel, „die traditionelle Familie wiederherzustellen, den wissenschaftlichen Geist zu nationalisieren, die moralische Einheit der Nation zu unterstützen und konsequent bei der Suche nach einer Lösung für die Probleme der öffentlichen Ordnung mitzuhelfen sowie alle Konflikte zwischen Kapital und Arbeit gerecht zu lösen“³⁰.

Die politische Tätigkeit des „Kreuzzugs“ bestand während des ersten Jahres seiner Existenz im Organisieren von Konferenzen und in der Verbreitung von Aufrufen; gemeinsamer Bezugspunkt war ein nicht näher definierter Nationalismus, der verschiedene Gruppen, von der konservativen Opposition bis zur Demokratischen Partei, unter einem Dach vereinigen konnte.

Bis 1926, als die Orientierung hin zum Faschismus deutlich wurde und er seine Propagandakampagne zusammen mit den Verschwörern des 28. Mai entfaltete, tauchte der „Kreuzzug“ in regelmäßigen Abständen auf der politischen Bühne

²⁹ João Afonso de Miranda, Para a história da Cruzada Nacional, in: Cruzada Nacional D. Nun'Alvares, Nr. 1, November 1922, S. 40.

³⁰ Cruzada Nacional D. Nun'Alvares Pereira, in: A Nação, 20.9.1921.

auf³¹. Dabei wurde die zunehmende Abkehr seiner Führung vom Parlamentarismus immer deutlicher.

Im Januar 1926 wurde die Führung erneut restrukturiert. Filomeno da Camâra, einer der Verschwörer des 18. April und später extrem rechter Putsch-Planer während der Militärdiktatur, gelangte in das Präsidium der Organisation. Ebenfalls in die Führung gewählt wurden zu diesem Zeitpunkt Martinho Nobre de Melo, ein ehemaliger Minister unter Sidónio und Chefideologe des „Kreuzzugs“ in der letzten Phase der Bewegung, sowie weitere bekannte Persönlichkeiten der extremen Rechten³². In den ersten Monaten des Jahres 1926 hielt der „Kreuzzug“ sich selbst für die treibende Kraft einer „großen nationalen Bewegung mit dem Ziel, dem sterilen Kampf zwischen den Parteien für die technische Organisation der öffentlichen Regierung ein Ende zu setzen“³³. Es wäre übertrieben, den „Kreuzzug“ als die wichtigste Quelle der Inspiration für die siegreichen Putschisten vom 28. Mai 1926 zu bezeichnen. Dennoch vereinte seine letzte Führung eine kleine, aber mächtige Gruppe, die versuchte, die Militärdiktatur zu beherrschen.

Bezugspunkte zum Faschismus und zu der Diktatur von Primo de Rivera blieben hauptsächlich auf die „Geographische Gesellschaft“ beschränkt und gelangten nicht in die Öffentlichkeit. Die einzigen, nach denen 1926 von allen Konservativen gerufen wurden, waren die Militärs. Der „Kreuzzug“ versuchte, wie andere vor und nach ihm, auf den konspirativen Wagen aufzuspringen, der seit 1925 ins Rollen gekommen war.

Der Zusammenbruch der Republik

Portugals Teilnahme am Ersten Weltkrieg hatte keine gravierenden Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Sozialstruktur des Landes. Nach dem Truppenabbau während der Sidónio-Diktatur zog sich Portugal aus dem Krieg zurück. Den Republikanern gelang es zunächst, viele Veteranen, die sich von den Monarchisten und den aufständischen Regimentern betrogen fühlten, gegen die Sidónio-Diktatur zu mobilisieren. Die Heimkehrer wurden jedoch schnell wieder in die ländliche Gesellschaft integriert oder entschieden sich zu emigrieren. Die *Vitória mancata* blieb moderat, da es Portugal gelang, seine Kolonien zu bewahren, und das Land keine territorialen Ansprüche in Europa erhob.

Die Sidónio-Diktatur brachte das Land nach dem Ende des Regimes an den Rand eines Bürgerkriegs. Die Parteien bemühten sich um eine Revision der Verfassung von 1911, um das politische System zu stabilisieren. In der Krise der Nachkriegszeit erfuhr das Parteiensystem einschneidende Veränderungen: die Führergestalten aus der Zeit vor 1917 verließen die Politik. Afonso Costa von der

³¹ Vgl. José Machado Pais, *As Forças Vivas e a Queda do Regime Liberal Republicano*, Diss. Madrid 1983, S. 219.

³² Vgl. *A Reconquista*, Nr. 1, 15.1.1926.

³³ Vgl. Manifest „As Academias do País“ da Comissão Académica de Propaganda, ebenda.

Tabelle 2: Verteilung der Parteien im Parlament (1919-1926)

Parteien	1919-1921		1921		1922-1925		1925-1926	
	Anzahl der Sitze	in Prozent	Anzahl der Sitze	in Prozent	Anzahl der Sitze	in Prozent	Anzahl der Sitze	in Prozent
Demokratische Partei	86	52,8	54	33,1	71	44,6	83	50,9
Evolutionspartei	38	23,3	–	–	–	–	–	–
Unionspartei	17	10,4	–	–	–	–	–	–
Independentes	13	8	5	3,1	5	3,1	19	11,7
Reconstituítes	–	–	12	7,4	17	10,7	–	–
Sozialistische Partei	8	4,9	–	–	–	–	2	1,2
Katholische Partei	1	0,6	3	1,8	5	3,1	4	2,4
Liberale Partei	–	–	79	48,5	33	20,8	–	–
Monarchisten	–	–	4	2,5	13	8,2	7	4,3
Dissidentes	–	–	3	1,8	–	–	–	–
Regionalisten	–	–	2	1,2	2	1,3	–	–
Populares	–	–	1	0,6	–	–	–	–
Governmentais	–	–	–	–	13	8,2	–	–
Nationalisten	–	–	–	–	–	–	36	22,1
Demokratische Linke	–	–	–	–	–	–	6	3,7
UIE	–	–	–	–	–	–	6	3,7
Total	163	100	163	100	159	100	163	100

Quelle: Fernando Farelo Lopes, *Poder Político e Caciquismo na 1ª Republica*, Lissabon 1994.

Demokratischen Partei kehrte nicht aus dem Exil zurück. António José de Almeida verließ die Evolutions-, Brito Camacho die Unionspartei. Die wichtigsten Charakteristika der Republik der Vorkriegszeit allerdings blieben bestehen: Das allgemeine Stimmrecht wurde nicht eingeführt, und das politische System blieb formal weitgehend unverändert. Jedoch kam es zu einer steigenden Zersplitterung des Parteiensystems.

1919 gelang es den Konservativen (Unions-, Evolutions- und Zentrumspartei), sich unter Führung der neuen Liberalen Partei in einer Wahlgemeinschaft zu vereinigen. Zum erstenmal in der Geschichte der Republik wurde 1921 die Demokratische Partei geschlagen, und ihre Vormachtstellung schien gefährdet. Die liberalen Kabinette wurden aber durch einen Aufstand der Republikanischen Nationalgarde gestürzt, deren erklärtes Ziel die Auflösung des Parlaments von 1921 war. Die Allianz der Konservativen zerbrach in verschiedene Fraktionen („Governmentais“, Nationalisten, „Populares“), und der politische Druck wurde stärker.

Trotz einiger Abspaltungen, wie zum Beispiel die „Reconstituítes“ im rechten Spektrum und schließlich 1925 die Demokratische Linke, beherrschte die Demokratische Partei weiterhin die politische Bühne, mußte jedoch ernsthafte Verluste unter den städtischen Wählern hinnehmen. Manipulationen und Gewalt bei den Wahlen stiegen dramatisch an, die parteipolitische Linie der Demokraten wurde zunehmend diffuser. Nachdem die Demokratische Partei die wirtschaftlichen und sozialen Folgelasten des Krieges abgetragen hatte, kam sie bei den Wahlen von 1925 wieder an die Regierung. Zu diesem Zeitpunkt verlagerte sich aber die Poli-

tik schon zunehmend aus dem Parlament hinaus. Vor allem die Vereinigung der Unternehmerverbände (UIE), die ein klar antidemokratisches Programm vertrat, benutzte die Wahlen in erster Linie zur Selbstdarstellung.

Die Jahre 1919 bis 1922 wurden vom Staat, von den Unternehmen in der städtischen Industrie, von Handel und Dienstleistung als die Jahre der „roten Gefahr“ wahrgenommen. Der Höhepunkt der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft und die erste kommunistische Abspaltung in ihren Reihen waren von einer Streikwelle begleitet, die unter anderem den staatlichen Dienstleistungssektor und den Handel betraf. Als die Gewerkschaften an Stärke verloren, begannen gewaltsame Auseinandersetzungen; verbotene Organisationen wie die Rote Legion wurden von den konservativen Medien aufgebauscht. Die Demokratische Partei ermöglichte der Sozialistischen Partei den Zugang zu den Wahlen und verhalf ihr damit zu Sitzen im Parlament (im Durchschnitt 2 Mandate; 1918 hatten die Sozialisten 8 Mandate). Alle Bemühungen um ihre politische Integration jedoch scheiterten.

Die Unternehmerverbände verstärkten ebenfalls ihre politischen Aktivitäten. Ende 1922 aber war die „rote Gefahr“ gebannt, die Kämpfe gingen zurück. Neure Studien über die Unternehmerverbände und die autoritäre Machtübernahme ab 1924 zeigen, daß „ökonomische Konflikte innerhalb der Bourgeoisie den Bürger-Arbeiter-Konflikt deutlich übertrafen“³⁴.

Der wichtigste Faktor für die Einigung der neuen Rechten in den zwanziger Jahren war der Bruch mit der Monarchie. Dabei spielten auch Einflüsse aus dem Ausland wie der italienische Faschismus und die Diktatur Primo de Riveras in Spanien sowie eine neue Generation junger, von Sorel beeinflusster Integralisten eine wichtige Rolle. Die Ergebnisse dieses Wandels waren in Organisationen wie dem „Kreuzzug“ bereits erkennbar; bei seiner Reorganisierung in den zwanziger Jahren schlossen sich ihm Sidónisten, Katholiken, Integralisten und Faschisten an.

Die Rolle von Gruppen wie den Integralisten war für die Diktatur wichtiger als die des Katholischen Zentrums, das auf Grund seiner Verbindung mit der Kirchenhierarchie zurückhaltender war. Die Integralisten fanden beträchtliche Unterstützung innerhalb der Streitkräfte und als radikalisiertes Element unter den konspirativen Gruppen. Ihre Präsenz und ihr Einfluß auch innerhalb der Armee zeigen, wie ein wichtiger Teil der bürgerlichen radikalen Rechten den Putsch unterstützte, indem sie dem Militär ein politisches Programm lieferte.

Für die konservativen republikanischen Parteien und kleine Gruppen von Notabeln war es von Beginn an selbstverständlich, außerparlamentarische Mittel zur Machtgewinnung einzusetzen. Nach dem Krieg gab es einige Koalitionsregierungen und sogar einige konservative Regierungen, immer im Zusammenhang mit Krisensituationen. Die Radikalisierung der kleinen konservativen Parteien war ein entscheidender Faktor für den Sturz der Republik und führte dazu, auf das Militär zu setzen, als die Demokratische Partei aus den Wahlen von 1925 siegreich hervorging. Aus diesem Parteienspektrum hoben sich einige charismatische Figuren

³⁴ Schwartzman, *The Social Origins*, S. 184.

ab, die den Ruf der kleinen, elitären extremen Rechten nach einem Eingreifen des Militärs ebenso unterstützten wie die Bildung organisierter Gruppen innerhalb der Streitkräfte. Cunha Leal, einer der Führer der Nationalistischen Partei, war einer dieser Befürworter. Spätestens ab 1923 optierte Leal für das Eingreifen des Militärs und verhandelte mit den militärischen Fraktionen.

Betrachtet man die Spuren des Putsches von 1926, die ihm vorausgehenden Konspirationen und bestimmte militärische Teilnehmer, kommt man leicht zu falschen Schlußfolgerungen. Portugal lebte ab 1918, wie ein amerikanischer Historiker es ausdrückte, „im Königreich des Pronunciamento“³⁵. Die bürgerkriegsähnliche Situation von Dezember 1918 bis Februar 1919 war für die Armee äußerst schwierig, im ganzen Land wurden Militärjuntas gegründet, und durch die Ausrufung der Monarchie in Porto wurde erneut die Systemfrage gestellt. Auch das sidonistische Regime gewann an Attraktivität für eine steigende Zahl junger Militärs, die mit Teilen der bürgerlichen radikalen Rechten verbunden und in verschiedene Verschwörungen zu Beginn der zwanziger Jahre verwickelt waren. Erwogen werden müssen aber auch die Spannungen zwischen Zivilisten und dem Militär, die während der letzten Jahre der Republik entstanden.

Die Demokratische Partei sah sich nach dem Krieg mit einer Armee konfrontiert, die doppelt so groß war wie 1911 und neue angesehene Führer sowie eine veränderte ideologische Ausrichtung hatte. Das Hauptproblem aber waren die fast 2 000 befristet eingestellten Militäroffiziere. Als überall in Europa das Offizierskorps im Zuge der Demobilmachung verringert wurde, nahm in Portugal die Regierung Milizoffiziere in das reguläre Korps auf. Dadurch stieg 1919 die Anzahl der regulären Offiziere auf 4 500 gegenüber 2 600 im Jahre 1915³⁶.

Das mangelnde Vertrauen in das Militär führte zur personellen Verstärkung der Republikanischen Nationalgarde und ihrer Aufrüstung mit schweren Waffen. Zur „Verteidigung des Staates in der Stadt“, sowohl gegen die Arbeiterklasse als auch gegen die Armee, wurde sie „ein weiteres Element der mit der Demokratischen Partei verbundenen Bürokratie zur Kontrolle der Regierung“³⁷.

Am 18. April 1925 unternahmen Offiziere erstmals im Namen der Streitkräfte einen offenen Putschversuch. Der Widerstand einiger Einheiten und der GNR ließ den Aufstand jedoch scheitern. Wenige Monate darauf schickte ein Militärgericht die daran Beteiligten zurück in die Kasernen. Der Ruf nach einem militärischen Interregnum erreichte seinen Höhepunkt. Der Unterschied zu dem Putsch von 1926 bestand in einer stärkeren politischen Unterstützung in Form einer „Antisystem-Koalition“.

Der Militärputsch vom 28. Mai 1926, der zum Sturz der Republik führte, war mehr als ein Eingriff des Militärs in das politische Leben. Der republikanische Liberalismus wurde von einer Armee gestürzt, die durch die Beteiligung Portugals

³⁵ Wheeler, *Republican Portugal*, S. 193.

³⁶ Vgl. ebenda, S. 181.

³⁷ Ebenda, S. 185.

am Ersten Weltkrieg gespalten und politisiert war und die zum Putsch von organisierten Fraktionen in ihren eigenen Reihen aufgefordert worden war; diese reichten von konservativen Republikanern über sozial engagierte Katholiken bis zu rechtsextremen Integralisten und ihrem entsprechenden faschistischen Anhang. Von diesen extremen Rechten wurden vor allem die jungen Offiziere beeinflusst. Obwohl es sich um das Werk konspirativer Gruppen handelte, waren doch alle Details des Putsches sowohl bei den Parteien als auch in der Öffentlichkeit bestens bekannt. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Fraktionen der Verschwörer spielten eine größere Rolle als der Widerstand der Regierung.

General Gomes da Costa wurde der Anführer des Putsches. Auf seinem Weg vom nordportugiesischen Braga nach Lissabon verhandelte er bereits mit den konservativen Republikanern, die Admiral Cabeçadas anführte. Die Reise dauerte mehrere Tage, und die Lissaboner Presse hielt die Öffentlichkeit über die Verhandlungen auf dem laufenden. Ernsthaften militärischen Widerstand gegen den Putsch gab es kaum und auch keine Mobilisierung der Bürger. Die Krise der Republik mündete in eine Militärdiktatur.

Einer der Verdienste der neueren Forschung über den Sturz der portugiesischen parlamentarischen Republik ist der Nachweis der extremen ideologischen und politischen Differenzen der an dem Staatsstreich Beteiligten. Andererseits ist auch die starke politische Instabilität zu betonen, die noch die frühen Jahre der Militärdiktatur prägte. Die aufschlußreichste Perspektive ist der Blick auf das Verhältnis von Staat und Militär. Der Ruf nach dem Militär war eine Konstante der Nachkriegspolitik. Das republikanische System verfügte eindeutig nicht über eine „loyale Opposition“, da es den politischen Gegnern klar war, daß sie keine Möglichkeit hatten, auf dem Weg der Wahlen an die Macht zu gelangen.

Die Zusammensetzung der Bewegung war äußerst heterogen. Juan Linz beschreibt zwei unterschiedliche Modelle für den Sturz demokratischer Regime; der Militärputsch in Portugal stellte danach eine Mischform dar: Ein Teil der politischen Elite des liberalen Regimes nahm daran teil und zielte, wie viele innerhalb des Militärs, auf die Errichtung einer reformierten verfassungsmäßigen Ordnung. Die herrschende Partei wurde durch eine „nicht-loyale Opposition“ von der Macht ausgeschlossen³⁸. Das Ergebnis war eine Militärdiktatur, die sich mit weiteren Aktionen rasch der Konservativen entledigte, sich jedoch trotzdem nicht stabilisieren konnte. Der kleinere Partner in dieser Koalition, die Faschisten, fanden unter dem neuen Regime Gelegenheit, schnell in die Nähe der neuen Autoritäten zu rücken.

Die kleine, aber kampfbereite Arbeiterklasse unter anarcho-syndikalistischer Vorherrschaft erschreckte die herrschenden Klassen. Das republikanische Regime war unfähig, sie in den politischen Prozeß einzubeziehen. Die Rolle des portugiesischen *Bienio rosso* in der autoritären Bewegung, die den portugiesischen Libera-

³⁸ Vgl. Juan J. Linz/Alfred Stephan (Hrsg.), *The Breakdown of Democratic Regimes*, Baltimore 1978, S. 82.

lismus zu Fall brachte, sollte aber nicht überbetont werden. Die Kluft zwischen Stadt und Land, zwischen traditionellen und modernen Eliten war typisch für eine „duale Gesellschaft“ wie die portugiesische in den zwanziger Jahren; sie war wichtiger als die Kluft zwischen der Industriebourgeoisie und der Arbeiterklasse.

Einige Wissenschaftler haben versucht, das Fehlen einer großen faschistischen Bewegung in Portugal durch den Verweis auf ihren – wenn auch schwachen – Beitrag zum Sturz des Liberalismus zu „lösen“. Man versuchte zu zeigen, daß Portugal alle klassischen Bedingungen des Faschismus erfüllte: Modernismus und Futurismus, Nationalismus, das Trauma des Ersten Weltkriegs, eine Offensive der Arbeiter, Antikommunismus, politisierte Militäroffiziere, den „avant la lettre“-Faschismus von Sidónio Pais, die „Vermassung“, die Legitimationskrise des Liberalismus. Aber es bleibt erklärungsbedürftig, warum die Faschisten weder beim Sturz des Liberalismus noch unter dem anschließenden autoritären Regime die Hauptrolle spielten³⁹.

Die Vorgänge, die zum Sturz der Demokratie in Verbindung mit dem Faschismus führten, waren durch die „Übernahme der Macht von einer gut organisierten, nicht-loyalen Opposition mit einer Massenbasis in der Gesellschaft charakterisiert. Diese war mit der Schaffung einer neuen politischen und sozialen Ordnung betraut und nicht gewillt, die Macht mit Mitgliedern der politischen Klasse des alten Regimes zu teilen, außer als unbedeutende Partner in einer Übergangsphase“⁴⁰. Die Krise des portugiesischen Liberalismus ist vor allem auf das Problem der komplexen Beziehung zwischen dem Faschismus und den verschiedenen politischen Lagern zurückzuführen, die die Konservativen während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bildeten. Heute scheint es deutlich zu sein, daß der Aufstieg des Faschismus nur in einer Koalition mit Ideologien, Fraktionen und einer Wählerschaft möglich war, die bis zu diesem Zeitpunkt von den verschiedenen konservativen Parteien repräsentiert wurde. Um das Neue und Besondere daran zu verstehen, darf man sie jedoch nicht miteinander vermischen. In den Worten von Martin Blinkhorn: „Es kann nicht ernsthaft bestritten werden, daß Konservatismus und Faschismus als Bewegungen, Parteien und politische Ideologien sehr verschiedene, nur gelegentlich übereinstimmende Positionen innerhalb der europäischen Rechten des frühen und mittleren 20. Jahrhunderts besetzten.“⁴¹

Die Krise der portugiesischen Republik in der Nachkriegszeit war ein typisches Beispiel für die Schwierigkeiten, auf die der Faschismus in Gesellschaften mit erst beginnender „Vermassung“ traf und in denen politische Konkurrenten den verfügbaren politischen Raum ausfüllten⁴². Die Säkularisation war der vielleicht wichtigste von der Ersten Republik geschaffene Umbruch. Auch im Bereich der

³⁹ Vgl. António Costa Pinto, *O fascismo e a crise da 1ª República, os nacionalistas lusitanos (1923-1925)*, in: *Penélope* Nr. 3, Juni 1989, S. 43-62.

⁴⁰ Linz, *The Breakdown*, S. 82.

⁴¹ Martin Blinkhorn (Hrsg.), *Fascists and Conservatives*, London 1990, S. 13.

⁴² Vgl. Juan J. Linz, *Political Space and Fascism as a Late-Comer*, in: Stein Ugelvik Larsen u.a. (Hrsg.), *Who Were the Fascists. Social Roots of European Fascism*, Bergen 1980, S. 152-189.

Kultur ist Portugal ein deutliches Beispiel dafür, wie wenig Platz für das Auftauchen einer faschistischen Intelligenzia zur Verfügung steht, wenn „die feindliche Reaktion auf die moderne Gesellschaft und die sie begleitende Ablehnung von Liberalismus und Demokratie in traditionell religiösen Formen verbleibt und reaktionäre oder konservative Politik mit der Verteidigung der Kirche verknüpft ist“⁴³.

Die Kirche und das Katholische Zentrum bildeten ein mächtiges Hindernis für die Faschisierung der universitären und intellektuellen Eliten. Ein anderer wichtiger Streitpunkt war die Form der Regierung; die Systemfrage zerstörte das Einverständnis von Integralisten und sozialen Katholiken, die beide Verteidiger eines autoritären Korporativismus als Alternative zum Liberalismus waren. Die Unternehmerverbände, die in den frühen zwanziger Jahren in gewisser Weise die faschistischen Bewegungen unterstützten, organisierten eine Wahlgemeinschaft und verhandelten direkt mit dem Militär und konservativen Interessengruppen. Die Aussicht auf eine Militärintervention entzog der Miliz ebenfalls potentielle Anhänger. Die Milizen wurden von 1925 an überflüssig, als das Chaos nicht auf den Straßen, sondern in Parlament und Regierung herrschte.

Analog zu der Mobilisierung der städtischen Bevölkerung und der Mittelschicht, die sich fortschreitend von der Demokratischen Partei distanzieren, finden sich keinerlei Spuren einer wie auch immer ausgerichteten allgemeinen Mobilisierung der politisch konservativen Landbevölkerung durch die antirepublikanische Reaktion. Im Norden hatte die Republik die traditionellen Herrschaftsstrukturen nicht verändert, lediglich klientelistische Vereinbarungen mit den örtlichen Notabeln eingeführt. Im Süden, auf den Großgrundbesitzen, waren die Landarbeitergewerkschaften nach einem beträchtlichen Aufschwung zwischen 1910 und 1912 nahezu verschwunden. Sie spielten keine wichtige Rolle bei Portugals *Bienio rosso* in den Zwanzigern. Einen sozialen Konflikt auf dem Lande wie bei der Entstehung des italienischen Faschismus gab es in Portugal nicht.

⁴³ Ebenda, S. 164.

Fernando Rosas

Salazarismus oder die Kunst des Überdauerns

António de Oliveira Salazar wurde am 27. April 1928 als Finanzminister in die Regierung berufen und am 5. Juli 1932 zum Ministerpräsidenten ernannt. Auf diesem Posten, in der Verfassung von 1933 „Ratsvorsitz“ genannt, blieb er bis zum 27. September 1968, als der damalige Staatspräsident Américo Tomás einsehen mußte, daß der Gesundheitszustand des Diktators einer weiteren Amtsausübung entgegenstand. Salazar gehörte somit 40 Jahre ununterbrochen der Regierung an. Sein Nachfolger wurde Marcello Caetano, der bis zum Sturz der Diktatur im Jahre 1974 regierte. Versteht man die Verabschiedung der Verfassung 1933 als das Gründungsdatum des *Estado Novo* – was allerdings nicht unumstritten ist –, so existierte das Regime genau 41 Jahre.

Diese Beständigkeit eines politischen Systems und seiner Führungselite ist für Europa im 20. Jahrhundert außergewöhnlich. Parallelen lassen sich nur im Spanien Francos und in Stalins Sowjetunion erkennen. Die Frage nach den historischen Ursachen dieses Überdauerns soll dem besseren Verständnis autoritärer Regime, insbesondere Portugals, dienen. Ohne vorschnelle und vereinfachende Antworten zu geben, soll nach den Bedingungen, den Kontinuitäten und Konjunkturen, der Kultur und den Formen der Gewalt gefragt werden, die das lange politische Leben des *Estado Novo* bestimmten. Denn immerhin entstand die Diktatur Salazars in den Jahren der großen Depression von 1929, konsolidierte sich im spanischen Bürgerkrieg, überlebte den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen und überdauerte noch mehr als ein Vierteljahrhundert in der Entkolonialisierungswelle der Nachkriegszeit.

Zwei Bereiche sollen im folgenden dargestellt werden: zum einen geht es um die langfristigen äußeren und inneren Strukturen, die dauerhaft die Kontinuität des Regimes beeinflussten, zum anderen um eine Reihe von Grundelementen des politischen Verhaltens, die sich daraus ableiten lassen. Der Rückgriff darauf während der verschiedenen Krisen des Regimes ermöglichte sein Überleben in Momenten, da alles auf einen Sturz des Diktators hinzuweisen schien.

Es ist nicht möglich, die lange Dauer des *Estado Novo* ohne Berücksichtigung der internationalen Entwicklung zu erklären. Die Lage Portugals an der Peripherie des Weltwirtschaftssystems – wirtschaftlich abhängig, kaum industrialisiert, überwiegend agrarisch geprägt – führte dazu, daß die großen Krisen des Systems bis in die sechziger Jahre ohne schwerwiegende Auswirkungen blieben; sie wurden

gedämpft durch den Rückhalt Portugals in der Landwirtschaft und die Möglichkeit des Ausweichens auf die Kolonialmärkte. Ein Beispiel dafür ist die Weltwirtschaftskrise von 1929, die Portugal erst spät und nur abgeschwächt erreichte¹. So überrascht die Feststellung, daß der Kampf gegen die Auswirkungen der „großen Depression“ als Hintergrund für die Einführung des korporativen Wirtschaftssystems diente. Dieses komplexe Interessengeflecht, das zwischen den herrschenden und den beherrschten sozialen Gruppen einen Ausgleich schaffen sollte, erwies sich als ein besonders wichtiger Faktor für das Überdauern des Regimes.

Portugal war darüber hinaus eine Kolonialmacht; die Fortdauer der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen im Mutterland wurde auch durch die Kolonien garantiert. In die Kolonien flossen Waren und Kapital; sie waren die wichtigste Rohstoff- und Nahrungsmittelquelle, um den großen Konjunkturkrisen begegnen zu können und ihren sozialen und politischen Folgen entgegenzutreten. Die Kolonien bildeten den Absatzmarkt für eine auf den Auslandsmärkten nicht wettbewerbsfähige Industrie und Landwirtschaft, die somit existieren konnten, ohne sich den wirtschaftlichen und sozialen Anforderungen der Industrialisierung oder einer Agrarreform stellen zu müssen. Auch sicherten die Kolonialmärkte den Fortbestand der portugiesischen Exportwirtschaft, als Portugal durch die Krise von 1929 und die Veränderungen in der Weltwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg einige der wichtigsten Abnehmer verlor. Die Kolonien garantierten die Versorgungslage im Mutterland und ermöglichten hohe Gewinne angesichts der Wirtschaftsblockaden im Zweiten Weltkrieg; danach wurden sie zum entscheidenden Anstoß für die Bildung von portugiesischen Kapitalgesellschaften und Wirtschaftsmonopolen. Sie unterstützten somit einerseits die Entwicklung des portugiesischen Kapitalismus und hemmten ihn gleichzeitig durch die Stabilisierung der Diktatur. Dies erklärt die Anziehungskraft des Kolonialmythos ebenso wie die Tatsache, daß man in den siebziger Jahren und inmitten der Formierung des Gemeinsamen Europäischen Marktes in einem kleinen Land an der Peripherie Europas von einer atlantisch-kolonialen Gegenstrategie träumte.

Schließlich muß die spezielle geostrategische Lage Portugals und seiner Atlantikinseln bedacht werden, die inmitten der bedeutendsten Nordatlantikrouten liegen. Dieser Umstand machte Portugal zum wichtigsten Gesprächspartner der großen Seemächte oder derjenigen, die ihnen die Hegemonie der Meere am Rande Europas streitig machen wollten. Diese Position wollten sich die sogenannten Interventionisten im Ersten Weltkrieg zunutze machen, um die Beteiligung Portugals auf dem europäischen Kriegsschauplatz durchzusetzen, die britische Vorherrschaft zu erschüttern und Portugal als Sieger „unter Gleichen“ auf der Friedenskonferenz in Paris zu etablieren.

Die geostrategische Lage des Landes erwies sich jedoch als ein Faktor, den Salazar nutzte, um Portugal und den *Estado Novo* aus den großen europäischen Kon-

¹ Vgl. zu den Auswirkungen der Krise von 1929 Fernando Rosas, *O Estado Novo nos Anos Trinta*, Lissabon 1986, S. 93ff.

flikten herauszuhalten. Das Engagement im Spanischen Bürgerkrieg stellte eine Ausnahme dar, da der Erfolg Francos auch über die Zukunft des Salazarismus entschied. Ansonsten sollte Neutralität im Zusammenhang mit der luso-britannischen Allianz die Stabilität des Regimes und des Kolonialreiches gewährleisten. Während des Kalten Krieges allerdings stärkten die Aufgabe dieser isolationistischen Politik und der Beitritt zur Nato die Position des Regimes und sicherten sein Überleben. In der Phase des „stolz und allein“, in die man während der Entkolonialisierung und der Befreiungskriege in Afrika zurückkehrte, bemühte man sich weiterhin um die militärische und politische Unterstützung Europas.

Die äußeren Faktoren, so wichtig ihr Einfluß auch gewesen sein mag, können das Überdauern des Regimes freilich nicht ausreichend erklären. Zusammen mit den inneren Strukturfaktoren bildeten sie allerdings die spezifischen kulturellen und mentalen Rahmenbedingungen des portugiesischen Kapitalismus im 20. Jahrhundert. Im folgenden sollen die Besonderheiten der portugiesischen Wirtschafts- und Sozialverfassung hervorgehoben werden.

Der wirtschaftliche, soziale und politische Einfluß der Landbevölkerung verhinderte bis 1974 Bodenreformen und landwirtschaftliche Modernisierung, die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts mehrfach vorgeschlagen worden waren. Selbst als die Landwirtschaft durch die Kriegsfolgen in eine lange und unumkehrbare Krise geriet, widersetzten sich die Agrarier, deren Kapital in Immobilienspekulationen, im Import- und Exporthandel oder in Börsengeschäften steckte, mit Erfolg einem Umbau der Agrargesellschaft und hemmten so die Industrialisierung Portugals. Die Ideologie des Salazarismus kam ihnen dabei entgegen. Das nationalistische, vergangenheitsorientierte, antiindustrielle, ultrakonservative, katholische Weltbild förderte die Unbeweglichkeit des *Estado Novo* und seines Diktators und verhinderte die Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Modernisierungsvorstellungen, die nach dem Krieg unter den Eliten des Regimes aufkamen. Das Scheitern des Militärputsches von Verteidigungsminister General Botelho Moniz 1961 muß in diesem Zusammenhang gesehen werden; aus Regierungskreisen blieb dies der einzige Versuch einer gemäßigten Liberalisierung.

Die grundlegenden Arbeiten von Fernando Medeiros² haben gezeigt, daß sich der Fortbestand der überwiegend agrarisch geprägten Wirtschaftsstruktur nicht allein durch das Beharrungsvermögen der Großagrarier erklären läßt. Die traditionelle Latifundienwirtschaft förderte die Abhängigkeit der Landarbeiter. Die Kleinbauern, das ländliche Halbproletariat, produzierten überwiegend für den Eigenverbrauch und überlebten, indem sie sich als billige Arbeitskräfte den Großagrariern oder den wohlhabenden Bauern zur Verfügung stellten. Aber auch die Industrie, wie zum Beispiel die große Textilindustrie der Bezirke Porto und Braga oder der Gebiete von Alcobaça und Tomar, unterstützte diese Besitzformen: Der typische Textilarbeiter des Nordens war außerhalb der Fabrik Kleinbauer, um die niedrigen Industrielöhne auszugleichen. Diese Subsistenzwirtschaft erhöhte die

² Vgl. Fernando Medeiros, *O pão político*, Lissabon 1987.

Gewinne der Industrie und absorbierte zugleich die gesamte Freizeit der Arbeiter. Unter dem erdrückenden Gewicht des Analphabetismus – 1950 durchschnittlich immer noch mehr als 60 Prozent, in den ländlichen Bezirken sogar 70 bis 80 Prozent –, ideologisch und politisch geprägt von katholischen Pfarrern und starren lokalen Eliten, deren systematische Erforschung noch in den Anfängen steckt, stabilisierten diese verarmten, entpolitisierten und unterdrückten ländlichen Massen, vor allem im Landesinneren und im Norden Portugals, das Regime.

Dieses Phänomen beschränkte sich nicht auf den Agrarbereich, sondern betraf auch die gewerblichen Produktionsformen. Durch die langsame Industrialisierung war die portugiesische Wirtschaft von Import und Export extrem abhängig. In Verbindung mit der offiziellen staatlichen Protektion der kleinen Familienbetriebe, die sich ständig im Gegensatz zur wirtschaftlichen Dynamik befanden, und den erhöhten Produktionsanforderungen in Situationen wie dem Zweiten Weltkrieg führte dies zum Ausbau der Offizinalindustrie und der Handwerksbetriebe. Eine ähnliche Entwicklung läßt sich auch in anderen Bereichen des Dienstleistungssektors feststellen.

Das bedeutet, daß bis in die sechziger und siebziger Jahre die Wirtschafts- und Sozialstruktur von Produktionsformen geprägt war, die in gewisser Weise künstlich am Leben gehalten wurden. Der Salazarismus war ständig bemüht, den „spontanen“ wirtschaftlichen Prozessen, die zu seiner Beseitigung hätten führen können, entgegenzutreten. Dieser Protektionismus war insgesamt ziemlich lange erfolgreich und stellte einen wichtigen Faktor für die Stabilität des Regimes dar. Immer wenn im *Estado Novo* große Teile der Mittelschichten unzufrieden waren, wurde das Regime anfällig für Krisen. So entstand zwischen 1940 und 1947 eine demokratische, nicht-kommunistische Opposition, die vom städtischen und ländlichen Kleinbürgertum unterstützt wurde, das nachhaltig von den Auswirkungen des Krieges und der Kriegswirtschaft der Regierung betroffen war. Dasselbe läßt sich möglicherweise für die sechziger und siebziger Jahre konstatieren, besonders in den urbanen Zonen. Die wirtschaftliche und politische, aber auch die kulturelle und mentale Stabilität der Mittelschichten mäßigte die Schärfe sozialer Konflikte. Ihre konservativen gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen können als eine Voraussetzung der Pax Salazar gelten.

Die herrschende Klasse, seit Mitte der zwanziger Jahre durch ihre allgemeine wirtschaftliche Schwäche, ihre äußere Abhängigkeit und ihre innere Spaltung charakterisiert, war unfähig, Prozesse der Modernisierung und Veränderung einzuleiten. Im Grunde genommen ist die Geschichte des Salazarismus geprägt durch das Bemühen, das gesellschaftliche Gleichgewicht während der verschiedenen Krisen zu bewahren oder anzupassen. Die strukturelle Schwäche und politische Zerrissenheit der portugiesischen Eliten resultierte aus den gegensätzlichen Interessen der Agrarier und der Industriellen. Die Abstimmung dieser gegensätzlichen Interessen, das Zurückdrängen der Arbeiterbewegung und die Berücksichtigung der Interessen der Mittelschicht, war in den dreißiger Jahren die zentrale Aufgabe

der Sozial- und Wirtschaftspolitik des *Estado Novo*³. Auch zwischen den verschiedenen politischen Gruppierungen auf dem rechten Spektrum, die den Salazarismus unterstützten, mußte ein Ausgleich geschaffen werden. Die Stabilität des Regimes beruhte somit auch auf der strukturellen Schwäche und politischen Zersplitterung der portugiesischen Eliten.

Aufgrund des langsamen Industriewachstums, insbesondere der großen Grundstoffindustrien wie Metall, Chemie oder Zellulose, und der Bedeutung der Handwerksbetriebe war der Arbeiteranteil in der Bevölkerung bis in die fünfziger Jahre gering. 1940 machten die in der Industrie Beschäftigten 21 Prozent der gesamten Arbeitsbevölkerung aus, und es gab eine einzige Großregion mit hoher Konzentration des Industrieproletariats: die Arbeitergehenden Lissabons und der Industriegürtel nördlich und südlich des Tejo. Selbst die Arbeiter der Textilindustrie im Norden waren, wie bereits erwähnt, in der Landwirtschaft tätig.

Bis in die vierziger Jahre läßt sich allenfalls von „Industrieinseln“ sprechen: Wollindustrie in der Gegend von Covilha, Glas in Marinha Grande/Vieira de Leiria, Papier und Textilien in Tomar, Metallverarbeitung in Tramagal/Entroncamento, Hüte und Schuhe in S. João de Madeira, Konserven und Kork in verschiedenen Ortschaften der Algarve. Diese Regionen waren durch keinerlei politische Unruhen gekennzeichnet. Nur vereinzelt erhoben die Arbeiter politische Forderungen, zum Beispiel während der Kriegsjahre bei den Streiks in S. João de Madeira und in Covilha. Die portugiesische Arbeiterbewegung wurde von diesen Arbeitsbedingungen geprägt; zu ihren Charakteristika gehören das lange Vorherrschen des Anarchosyndikalismus, das späte Auftreten des Leninismus – und vor allem lange Perioden der Lethargie.

Vor diesem Hintergrund läßt sich der Fortbestand bestimmter politischer Einstellungen, die für das lange Überdauern des Salazarismus von Bedeutung waren, besser verstehen. Salazar nannte die Fähigkeit, die tragenden Säulen des Regimes an die historischen Gegebenheiten anzupassen, in einem seiner bekannten Interviews mit António Ferro⁴ das „Wissen, zu überdauern“. Seit den Zeiten des Katholischen Zentrums⁵ verstand es Salazar, die verschiedenen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Interessen der dominanten Klassen zu artikulieren und auszugleichen, um der komplexen Krisensituation zu Beginn der dreißiger Jahre begegnen zu können. Durch seine außergewöhnliche Geschicklichkeit wurde er zur unumstrittenen Führungspersönlichkeit des Regimes.

³ Vgl. Rosas, *O Estado Novo*, S. 115ff.

⁴ António Ferro (1895-1956), Journalist, war verantwortlich für das nationale Propagandaministerium von seiner Gründung 1933 bis 1949.

⁵ Das Katholische Zentrum war eine politische Partei mit engen Beziehungen zur katholischen Kirche, deren herausragender Führer in den zwanziger Jahren, während der 1. Republik, Salazar war. Nach dem Militärputsch vom 28. Mai 1926, mit dem das liberale republikanische Regime gestürzt wurde, schwand der Einfluß des Katholischen Zentrums. Mit dem Verbot der politischen Parteien durch den *Estado Novo* akzeptierte das Katholische Zentrum 1933 seine Selbstauflösung.

1947 wurde der *Estado Novo* an die veränderte weltpolitische Lage angepaßt. Die Neuformierung der Regierung unter der Führung der Nationalen Union⁶ im Februar und März dieses Jahres erweiterte den Handlungsspielraum für die Verfechter der Industrialisierung, der wirtschaftlichen Modernisierung und, in allerdings geringerem Ausmaß, der politischen Liberalisierung.

Der *Estado Novo* erlangte in der Nachkriegszeit seine innere Stabilität auf Kosten des wirtschaftlichen Aufschwungs: Die Einführung des Gesetzes zur Förderung und Reorganisation der Industrie von 1945 wurde mit der Ablösung des Finanzministers Daniel Barbosa 1948 aufgegeben⁷, die Marshallplan-Hilfe zurückgehalten⁸, eine Agrarreform blockiert⁹. Bis zur Krise von 1958/62¹⁰ erreichte man damit ein neues Jahrzehnt des „sozialen Friedens“. Der Versuch, den scharfen Widerspruch zwischen Reformern und „Ultras“ innerhalb des Regimes durch die Ablösung von Präsidialminister Marcello Caetano und Verteidigungsminister Santos Costa, den beiden profiliertesten Gegenspielern, zu überwinden, führte zur Blockierung des Regimes. Ausdruck dieser Sackgasse war der Putschversuch des Verteidigungsministers General Júlio Botelho Moniz im April 1961. Salazars Ziel war das Überdauern, das politische Überleben, und nur wo dieses von der Einführung neuer Maßnahmen abhing, war die Regierung zu Veränderungen bereit.

1958/62 zeigte sich der *Estado Novo* definitiv unfähig, den neuen Zeiten zu entsprechen. Seine Möglichkeiten zum gesellschaftlichen Ausgleich waren erschöpft, Salazar und die konservativsten Kreise widersetzten sich einer drastischen Revision der alten Kompromisse bis zum Schluß. Die Bourgeoisie war nach dem gescheiterten Putsch von 1961 und unter den Bedingungen des Kolonialkrieges zu ängstlich, um neue Abenteuer zu riskieren. Die Jahre 1961 bis 1968 waren ein langes Warten auf den Tod des Diktators.

Bis zur zweiten Nachkriegszeit hatten die gesellschaftlichen Eliten als wichtigste Einnahmequelle die Einkünfte aus den Ländereien, die Gewinne aus Import/Export und aus den Kolonien. Die Großgrundbesitzer waren unproduktiv, weitestgehend gewohnt, sich unter den Schutz des Staates zu stellen, und mißtrau-

⁶ Die Nationale Union (U.N.), gegründet durch die „Nationaldiktatur“ 1930, war in der Praxis die einzige Partei des Regimes bis 1974 (1970 änderte sie ihren Namen in Nationale Volksaktion). Die antiparlamentarische und gegen Parteien gerichtete Haltung des *Estado Novo* führte dazu, daß die U.N. offiziell nicht als Partei angesehen wurde, sondern als eine „nicht-parteiliche, zivile Versammlung“. Sie war die politische Plattform der verschiedenen Kräften der politischen Rechten, die um Einflußnahme konkurrierten.

⁷ Vgl. Fernando Rosas, O Daniel das Farturas – Notas para um Estudo da Política de Estabilização Económico des 1947/48, in: Ensaios de Homenagem a Francisco Pereira de Moura, I.S.E.G. da Universidade Técnica de Lisboa, Lissabon 1995, S. 386-407.

⁸ Vgl. Maria Fernanda Rollo, Portugal e o Plano Marshall, Lissabon 1995.

⁹ Vgl. Luciano do Amaral, O país dos caminhos que se bifurcam: política agrária e evolução da agricultura portuguesa durante o Estado Novo (1930-1954), Magisterarbeit Lissabon 1993.

¹⁰ Der Beginn dieser Krise war der Ausbruch großer Unzufriedenheit des Volks gegen das Regime wegen der Kandidatur des Generals Humberto Delgado bei den Präsidentschaftswahlen von 1958. Delgado war ein Dissident des *Estado Novo*, der die Kandidatur akzeptierte. Die Wellen dieser Krise setzten sich bis 1961/62 fort.

ten gesellschaftlichen Veränderungen, insbesondere der Industrialisierung und ihren Folgen. Sie weigerten sich, für den industriellen Fortschritt ihr Kapital einzusetzen, da sie ihre ökonomische Vorherrschaft bedroht sahen und soziale und politische Instabilität fürchteten.

Die in den dreißiger Jahren langsam beginnende und sich in der Nachkriegskonjunktur beschleunigende Industrialisierung wurde von anderen Gesellschaftsschichten getragen. Aber auch sie waren von dieser Mentalität geprägt. Die Industriebetriebe (mit Ausnahme des monopolistischen Kerns) litten unter Kapitalmangel und stärker noch unter dem Fehlen von Technikern und Verwaltungsfachleuten. Sie standen unter starkem Konkurrenzdruck – Resultat eines Überangebots auf dem portugiesischen Binnenmarkt –, und sie verfügten über keinerlei Fähigkeiten zum Dialog mit der Industriearbeiterschaft. Sie mißtrauten der freien Marktwirtschaft und verlangten nach staatlicher Protektion. Der Staat organisierte die ständische Kartellierung, beschränkte die Einführung neuer Industrien und schützte die nationalen und kolonialen Märkte. Vor allem aber sorgte er damit auch für die Unterdrückung von Forderungen der Industriearbeiter.

Selbst die modernsten Sektoren der Industrie blieben in staatlicher Abhängigkeit verhaftet. Die Regierung als Schiedsrichter, Schutzherr oder Geldgeber war eine feste Größe im ruhigen und sicheren Wachstumsprozeß dieser Sektoren, und es war wichtig, in den bestmöglichen Beziehungen zur Regierung zu stehen – selbst noch, als man begann, die korporative Organisation und die Wirtschaftspolitik des Regimes als hemmend zu empfinden. Deshalb ist es auch nicht einfach, ausdrückliche Zusammenarbeit oder Unterstützung dieser wirtschaftlichen Eliten mit reformwilligen Kräften des Regimes nachzuweisen. Noch viel schwieriger ist es, sie mit den Konspirationen von 1947 oder 1961 in Zusammenhang zu bringen. Vielleicht bestand auch deshalb die Fraktion der Reformer – zumindest bis zum *Marcelismo*¹¹ – weitgehend aus Juristen, Ökonomen oder Ingenieuren, die aus der Wirtschaft kamen und für Industrialisierung und Agrarreform plädierten.

Ängstlichkeit, Zögern und sogar politische Feigheit dieser liberalen Richtung waren somit ihre wesentlichen Merkmale. Auch sie fürchteten Unordnung und Kommunismus, den Ausbruch für sie unkontrollierbarer Entwicklungen. Und nur in Zeiten großer Regimekrisen wagten sie es, zusammen mit den Verbündeten aus dem Militär, den Führungsanspruch Salazars offen in Frage zu stellen. Aber selbst dabei herrschte sowohl am 10. April 1947 als auch am 12. April 1961 – die einzigen Umsturzversuche, die aus Regierungskreisen kamen – die Sorge um „Gesetz und Ordnung“ vor. Die Palastrevolten hatten das Ziel, den Präsidenten des Ministerrats im Rahmen der geltenden Verfassung abzusetzen, und in beiden Fällen war man bemüht, Interventionen des „Pöbels“ zu vermeiden. Diese Mentalität erklärt das Scheitern, das eben nicht ausschließlich auf die individuelle Unfähigkeit einzelner Personen zurückzuführen war.

¹¹ Bezeichnung für die Endphase des *Estado Novo*, in der seit 1968 Marcello Caetano regierte. Dem *Marcelismo* wurde durch die Militärbewegung des 25. April 1974 ein Ende gesetzt.

Es ist kaum verwunderlich, daß man nach dem Putschversuch von Júlio Botelho Moniz 1961 Staatsstreich definitiv als politisches Mittel aufgab. Auch die Ausweitung der Kolonialkriege trug entscheidend dazu bei, die Angst vor politischen Umstürzen vor dem Hintergrund einer wachsenden Radikalisierung der portugiesischen Gesellschaft zu schüren und erklärt die einhellige Unterstützung der Kriegspolitik durch die Streitkräfte nach ihrer „Säuberung“. Die Chance der Reformer kam erst mit dem *Marcelismo*. Das Scheitern dieses Reformversuches steht sicher in engem Zusammenhang mit der Prägung aller Beteiligten durch den Salazarismus.

Es ist relativ unumstritten, daß mit Ausnahme der Revolten zwischen 1927 und 1933 sowie während der Krisen von 1945/47 und 1958/62 die Aktivitäten der Opposition allgemein keine wirkliche Bedrohung für das Überleben des Salazarismus darstellten. Das wird deutlicher, wenn man versucht, die unterschiedlichen Phasen des Widerstandes voneinander abzugrenzen.

Zwischen 1927 und 1938 kann man von einem Jahrzehnt des Umschwungs sprechen, wobei die einschneidendsten Veränderungen vor 1933 vorgenommen wurden. Die Revolten vom Februar 1927 in Porto und Lissabon und vom April/Mai und August 1931 auf Madeira, den Azoren, in Guinea und Lissabon waren örtliche Bürgerkriege, die ein ideologischer, von der kommunistischen Partei inspirierter Diskurs geringschätzig als „Putsch“ zu verdecken suchte – ein für solche Bewegungen unzulänglicher Begriff. Vielmehr handelte es sich um die ebenso ehrenhaften wie verzweifelten Anstrengungen des republikanischen Radikalismus, in Verbindung mit der schwachen Arbeiterbewegung das Land gegen die Militärdiktatur, gegen den sich abzeichnenden Faschismus und für die Erneuerung der demokratischen Republik zu mobilisieren. Trotz des kollektiven Heldenmutes mußten diese Revolten scheitern, denn Salazar gelang es, die wohlwollende Neutralität der Mittelschicht zu gewinnen und die Arbeiterbewegung dadurch für lange Zeit in einen lethargischen Zustand zu versetzen; ihr fehlte eine stabile soziale Basis und politische Unterstützung, auch wenn sie mit zahlreichen Anhängern im Offizierskorps, im Staatsapparat und der Gewerkschaftsbewegung rechnen konnte. Der spanische Bürgerkrieg markierte den Höhepunkt der Macht Salazars und gleichzeitig das Ende einer Epoche der Oppositionsgeschichte.

Der Sieg der demokratischen Großmächte im Zweiten Weltkrieg veränderte die Sichtweise und die Taktik der oppositionellen Kräfte grundlegend. Mit dem Ende des Anarchosyndikalismus formierte sich zu Beginn der vierziger Jahre im Untergrund der nach leninistischen Kriterien reorganisierte PCP. Die Kommunisten profitierten nicht nur von der kriegsbedingten Unzufriedenheit der Bevölkerung, sondern auch vom internationalen Prestige der siegreichen UdSSR und wurden zur wichtigsten politischen und organisatorischen Kraft des Widerstands. Bemühungen zur Konstituierung einer nicht-kommunistischen Opposition waren vom alten Republikanismus beeinflußt, aber es machte sich schon eine andere Generation von Politikern bemerkbar, die bis in die sechziger Jahre wirkte und die

Portugiesische Sozialistische Aktion (ASP) und anschließend die Sozialistische Partei (PS) prägte.

Abgesehen von punktuellen Unstimmigkeiten war die Taktik der Opposition einheitlich. Ihr Verhalten oszillierte zwischen dem Legalismus, also dem Versuch, das Regime zur Anerkennung der Opposition zu bewegen, und der Beteiligung an revolutionären Umsturzversuchen.

Diese Pendelbewegung läßt sich ungeachtet des Programms des PCP sicherlich auch in der konkreten politischen Taktik dieser Partei feststellen, die in der Hoffnung auf eine große und befreiende „nationale Erhebung“ kulminierte. In dieser Erwartung begleitete der PCP seit den vierziger Jahren aufmerksam alle Versuche zu einem Staatsstreich, die er nach dem Scheitern jeweils schnell verurteilte. Sogar gegenüber tollkühnen Aktionen zur Stärkung der Legalität in Einheit mit den übrigen oppositionellen Kräften zeigte er sich aufgeschlossen – ungeachtet gelegentlicher Verstimmungen und Meinungsverschiedenheiten.

Darüber hinaus wußte die Opposition nicht, mit spontanen Volkserhebungen umzugehen: Normalerweise war man auf solche Ereignisse nicht vorbereitet, suchte nach möglichen Führungspersonlichkeiten aus dem Militär, lancierte Kampagnen für eine friedliche Demission Salazars und ermöglichte somit dem Regime, Zeit zu gewinnen, um sich für die Gegenoffensive zu sammeln. So geschah es während der Krise von 1945/46 und noch deutlicher bei den Präsidentschaftswahlen im „Delgado-Sommer“ 1958.

Die Ausweglosigkeit und die Frustration innerhalb der Opposition, die Fortdauer des Kolonialkrieges und die allgemeine politische Radikalisierung in den sechziger Jahren führten zu einer raschen Vermehrung linksradikaler Gruppen, die zum Teil aus dem PCP hervorgingen und den bewaffneten Kampf propagierten. Dadurch wurde der PCP zu einem radikaleren Kurs gezwungen, ohne jedoch die zentralen Vorstellungen seiner politischen Taktik aufzugeben, die auf eine reformistische Transformierung des Regimes zielte.

Sowohl der bewaffnete Kampf als auch der Dialog mit den liberalen Dissidenten erwiesen sich als wirkungslos. Daß die Opposition, oder ein Teil von ihr, durch eine Militärbewegung an die Macht gelangen würde, die sie nicht direkt vorbereitet hatte, ist eine Ironie der Geschichte. Dennoch darf die entscheidende Rolle der langjährigen Vorarbeit des antifaschistischen Widerstands nicht verkannt oder unterschätzt werden. Auch wenn die Opposition an sich keinen alternativen Machtfaktor darstellte, kamen doch aus ihren Reihen die politischen Vorstellungen und das politische Personal der revolutionären Ära¹².

¹² Die Verfassung von 1933 sah in einem Kompromiß zwischen den um die Gründung des Regimes konkurrierenden liberalen und konservativen Richtungen die Ersetzung, wenn auch mit begrenzter Macht, der Nationalversammlung vor, ein eigenartiges, theoretisch parlamentarisches Organ, dessen Abgeordnete alle vier Jahre in Direktwahl gewählt wurden. Die Wahlen zur Nationalversammlung wurden vom Regime stark kontrolliert und vollständig manipuliert. Ab 1945 wurde die Konkurrenz der oppositionellen Kräfte toleriert, obwohl politische Parteien weiterhin verboten blieben, die Zensur für die Informationsorgane aber ebenso bestehen blieb wie die Verfolgungen durch die politische Polizei.

Schließlich ist noch das „System der politischen Justiz“¹³ zu erwähnen: Die Repressionen an sich erklären nicht das Überdauern des Regimes, aber sie waren ohne Zweifel ein entscheidender Faktor für die Erhaltung des *Estado Novo* und eine Ursache für das Verstummen seiner eingeschüchterten Opponenten.

Salazar bemühte sich bereits seit 1933, eine politische Polizei einzurichten. Die PVDE, später PIDE¹⁴, war eine der zentralen Stützen des Regimes. Als Bestandteil des Alltagslebens schaffte sie ein Klima der Angst, Denunziation und Verfolgung. Die PIDE griff systematisch auf Folter und Ermordungen zurück, auf manchmal langjährige Inhaftierungen ohne Verurteilung und ohne hinreichenden Tatverdacht. Gewaltakte und Verbrechen erreichten jedoch quantitativ und qualitativ nicht die Dimensionen anderer Diktaturen. Besonders nach dem Zweiten Weltkrieg und den öffentlichen Klagen über Polizeiübergriﬀe überlegte man, die Aktivität der politischen Polizei „durch Moral und Recht“ zu begrenzen, sie mit einem Mantel der Legalität zu umkleiden – ein „Faschismus mit Toga“, wie einmal gesagt wurde.

Daneben trat eine weniger sichtbare, aber effektivere Form der Repression: In einem Land, das von Analphabetismus, reaktionärem Katholizismus und Kazi-entum geprägt war, setzte man vor allem auf Angst, Unterwürfigkeit und allgemeine Einschüchterung. Die politische Polizei sicherte den Hintergrund dieses Verstummens, denn sie bestrafte Zivilcourage. Fast ein halbes Jahrhundert lang unterlag alles der Zensur, die Versammlungsfreiheit war begrenzt. Oppositionelle und Kritiker waren vom Verlust ihres Arbeitsplatzes bedroht und mit allgegenwärtigen Schikanen selbst in der Freizeit konfrontiert. Zwangsmitgliedschaft in Miliz- und Gewerkschaftsorganisationen, Verfolgung aus religiösen Motiven und die alltägliche Willkür von Polizei und paramilitärischen „Ordnungshütern“ waren an der Tagesordnung und schufen ein Klima des Gehorsams, der Nichteinmischung und der Anpassung. Die Bevölkerung sollte ein klares Bewußtsein von der Gefahr behalten, die es bedeutete, der Regierung Widerstand entgegenzusetzen. Der Publizist und Ideologe des *Estado Novo*, João Amaral, sprach in diesem Sinne von einer „Trias, die unsere grundlegenden Haltungen in der Gesellschaft und im Leben zusammenfaßt: glauben – gehorchen – dienen“. In diesem Rahmen funktionierten die Zensur, die Kontrolle der Presse, die katholische Kirche und die lokalen Eliten als Instrumente der Unterdrückung und Einschüchterung, die dem Einsatz der politischen Polizei und der politischen Repression im engeren Sinne vorausgingen und sie des öfteren überflüssig machten. Sie sicherten dem Regime eine Autorität, die mit einzelnen Polizeiaktionen nicht ausreichend zu erklären ist.

¹³ Die Bezeichnung stammt von Manuel Braga da Cruz, *O Partido e o Estado no Salazarismo*, Lissabon 1989. Sie bezieht sich auf das weite und komplexe Polizei-, Justiz- und Gefängnisssystem, das der *Estado Novo* zur Überwachung und politischen Repression errichtete und stützt sich auf die fast absolute Macht, die der politischen Polizei gewährt wurde.

¹⁴ PVDE – Polícia de Vigilância e Defesa do Estado.
PIDE – Polícia Internacional de Defesa do Estado.

Während des *Marcelismo* wurde der Name wieder in Direcção Geral de Segurança (DGS) geändert.

Acht Punkte gilt es zum Schluß festzuhalten:

1. Der *Estado Novo* war ohne jeden Zweifel ein autoritäres Regime, das sich in die allgemeine Bewegung gegen Liberalismus und Kommunismus einfügte, die Europa zwischen den beiden Weltkriegen erlebte. Aber viele seiner besonderen Merkmale, insbesondere seine lange Dauer, erscheinen nur im Lichte der spezifischen Gegebenheiten der portugiesischen Gesellschaft beim Übergang von den zwanziger zu den dreißiger Jahren erklärbar.

2. Portugal profitierte von seiner günstigen geostrategischen Lage. Im Inneren war es von wirtschaftlicher Rückständigkeit, von der Bedeutung der traditionellen ländlichen Welt und der beginnenden Industrialisierung geprägt. Die Eliten des Landes waren gespalten in der Frage nach Auswegen aus der tiefen wirtschaftlichen und politischen Krise, in der sich das liberale System befand. Auf der anderen Seite standen neben einem modernen Industrieproletariat, das auf bestimmte Regionen begrenzt blieb, die Landarbeiter auf den Latifundien im Süden. Stabilität garantierte das Verhalten der Mittelschichten.

3. Salazar und den Salazaristen gelang es sowohl auf der wirtschaftlichen als auch auf der politisch-ideologischen Ebene, die verschiedenen Strömungen innerhalb der portugiesischen Rechten zu vereinen. Die langwierige und schwierige Herausbildung eines solchen Kompromisses ermöglichte zwischen 1926 und 1933 die Institutionalisierung eines neuen politischen Systems. Der Erhalt dieses Gleichgewichtssystems auf wirtschaftlicher, sozialer und politischer Ebene wurde von Salazar beständig überwacht. Die Anpassung an die verschiedenen historischen Umstände bis zum Übergang in den sechziger Jahren war das charakteristische Merkmal der Überlebenskunst des Salazarismus.

4. Die Strategie zur Erhaltung des Regimes gab der Politik permanenten Vorrang vor der Wirtschaft. Salazar ging es nie wirklich darum, den *Estado Novo* grundlegend zu modernisieren. Gleichgewicht und Überdauern wurden so zu politischen Geboten, denen alles untergeordnet blieb, vor allem auch die Wirtschaftsentwicklung. Wenn dies die wichtigste Grundlage für den Fortbestand des Regimes war, so ist es gewiß auch richtig, daß darin schließlich der wichtigste Faktor für seinen Sturz lag.

5. Im Bereich der Ökonomie führte dieses Überdauern um jeden Preis zu einem direkten oder über die korporativen Organisationen vermittelten Interventionismus, der eine schwere Hypothek für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung bedeutete. Denn dadurch wurde jede Modernisierung der Landwirtschaft blockiert, das industrielle Wachstum beschränkt und eine gegenüber dem Staat passive und lenkbare Bourgeoisie geschaffen, die keinen wirklichen Unternehmergeist besaß und ohne jede Risikobereitschaft reich werden konnte.

6. Politisch war der Verfassungskompromiß von 1933 schon früh ausgehöhlt und verwandelte sich in der Realität in eine Diktatur des Regierungschefs. Aber nicht nur die Bemühungen um den Ausgleich der verschiedenen Gruppierungen innerhalb der Rechten blieben erhalten, auch die weite Auslegbarkeit des Verfassungstextes trug dazu bei, die formale Legitimität des Regimes zu verlängern:

gemäßigt autoritär in seinem institutionellen Entwurf während der autoritären Welle der dreißiger Jahre, gemäßigt liberal in der demokratischen Nachkriegszeit. So kam es zur Aufrechterhaltung einer Politik der rigorosen Beschränkung und Unterdrückung grundlegender Freiheiten – insbesondere der oppositionellen Kräfte – und ab Ende der fünfziger Jahre zur Blockierung aller internen Reformversuche. Die erwiesene Unfähigkeit der reformistischen Richtungen des Regimes, einen alternativen Weg durchzusetzen, insbesondere einen Ausweg aus dem Kolonialkrieg zu finden, der seit 1961 anhielt, führte zu der Militärbewegung des 25. April 1974 und zum revolutionären Umsturz.

7. Diese Umstände helfen, die historischen Schwierigkeiten der Opposition zu verstehen, die vor allem aus den Städten und von den Feldern des Alentejo, aus den Kreisen der Industriearbeiterschaft, von den Studenten und Intellektuellen und, in den sechziger und siebziger Jahren, von den neuen Lohnabhängigen der im Aufstieg begriffenen Betriebe kam. Die Opposition war im wesentlichen der Rede- und Versammlungsfreiheit beraubt und wurde von der Polizei verfolgt. Ohne Zweifel prägte sie die politische Kultur der Eliten des Landes, aber ihr selbst gelang es nicht, eine führende Bewegung zum Sturz des Regimes ins Leben zu rufen – eine Aufgabe, die dann eine kleine Offiziersgruppe übernahm, die unzufrieden war über die ausweglose Fortdauer des Kolonialkriegs.

8. Diese Entwicklung erklärt auch die Bedeutung polizeilicher Repression: Vor der offenen Gewalt agierten präventiv Zwang, Überwachung, Einschüchterung und Demobilisierung, die das Regime mit Hilfe der Schule, der katholischen Kirche, der nationalen Gewerkschaften, des Patronats, der Pressezensur gründlich in der Gesellschaft verankert hatte. Diese „unsichtbare“ Repression und die Maßnahmen der politischen Polizei trugen wesentlich zur gewaltsamen Stabilisierung des *Estado Novo* bei.

Manuel Braga da Cruz

Der Estado Novo und die katholische Kirche

Das salazaristische Regime wurde auf Grund der engen Beziehungen zwischen Staat und katholischer Kirche von Gegnern als klerikal-faschistisch oder national-katholisch bezeichnet. Dazu trug vor allem die Tatsache bei, daß viele der führenden Persönlichkeiten des Regimes Katholiken waren. Es besteht jedoch die Gefahr, die institutionalisierten Beziehungen zwischen Staat und Kirche zu verwechseln mit den persönlichen Beziehungen zwischen Salazar, der selbst während der Ersten Republik als Führungsmittglied des Katholischen Zentrums hervorgetreten war, und seinem engem Freund Kardinal Gonçales Cerejeira, seit 1925 Patriarch von Lissabon.

Trotz der großen Bedeutung der katholischen Kirche für die Errichtung und Konsolidierung des *Estado Novo* kann daraus nicht geschlossen werden, daß es sich um ein konfessionelles Regime gehandelt habe. Die anfänglich engen Beziehungen zwischen Staat und Kirche führten in einem schrittweisen Ablösungsprozeß zur endgültigen Trennung im Konkordat von 1940. Das Konkordat markierte jedoch keinen abrupten Bruch mit der Vergangenheit, sondern erkannte die traditionelle Kirchenpolitik an, die nach dem Sturz der Ersten Republik entwickelt worden war.

Im Gegensatz zur Franco-Diktatur in Spanien wurde im Salazarismus der Katholizismus nicht zur Staatsreligion erklärt; der Name Gottes wurde nicht in die Verfassung aufgenommen; der Staatsoberhaupt mußte nicht unbedingt katholisch sein. Auch waren andere Religionen nicht verboten. Vielmehr verweigerte sich der *Estado Novo* den verschiedenen Versuchen einer Konfessionalisierung des Staates. Anders als in Spanien, wo das neue Regime aus einem grausamen Bürgerkrieg hervorgegangen war, der Züge eines religiösen Kreuzzugs trug, bestand in Portugal zwischen Katholiken und Vertretern einer laizistischen Weltanschauung eine Kooperation, die ihren deutlichsten Ausdruck in der langen Doppelherrschaft von Präsident Carmona und Salazar fand. Die anfängliche Zustimmung der Katholiken zur Religionspolitik des *Estado Novo* nahm jedoch beständig ab.

Von der Verfassung von 1933 zum Konkordat von 1940

Die Besetzung der Regierungsspitze mit einem herausragenden Mitglied der Katholischen Zentrumsparterie zu Beginn des *Estado Novo* garantierte der Kirche

Schutz vor Verfolgung und die Respektierung ihrer Aktivitäten. Dadurch gewann die Kirche wachsende öffentliche Anerkennung, Prestige und gesellschaftlichen Einfluß. Durch den Aufstieg zahlreicher Katholiken in wichtige politische Ämter eröffnete Salazar der Kirche die Möglichkeit, ihre Ziele in der Religions- und Sozialpolitik zu verwirklichen. Die kollaborierende Haltung der Kirche bei der Installierung des neuen Regimes eröffnete ihr außerordentliche Perspektiven. Nach der Auflösung der Zentrumspartei durch die Gründung der Nationalen Union als Einheitspartei 1930 und dem Beginn der Katholischen Aktion in Portugal Ende 1933 traten viele katholische Mitglieder der Nationalversammlung der Nationalen Union bei¹. Diese Integration war einerseits das Resultat einer öffentlichen Aufforderung Salazars, der das Zentrum für „unpassend“ und „überflüssig“ hielt, da es eine „nicht wünschenswerte Vermischung von Kirche und Partei“ verfolge. Salazar drängte die Zentrumspartei, ihr Interesse auf die Sozialarbeit zu richten, da das politische Problem gelöst sei². Andererseits begünstigte die Hinwendung der Kirchs Spitze zur Katholischen Aktion, die Kardinal Cerejeira bereits 1931 einleitete, die Entpolitisierung der Katholiken. Cerejeira bezeichnete die Katholische Aktion als eine „rein religiöse Organisation“, die „außerhalb und über jeder Parteipolitik“ stehe³. Sie war der Zentrumspartei, die die Bischöfe als „legales Organ zur Verteidigung der Kirche“⁴ verstanden, durchaus vergleichbar. Die Katholische Aktion konnte die Aufmerksamkeit der wichtigsten katholischen Kräfte auf sich ziehen. Einige Anhänger des Zentrums zogen es vor, ihre politische und soziale Autonomie zu bewahren und sich nicht von der Nationalen Union vereinnahmen zu lassen. Dies galt für die sich als „christliche Demokraten“ bezeichnenden Mitglieder der Gruppe Neue Ära um Alves Correia und der Gruppe für Sozialstudien in Porto, die miteinander in Kontakt standen.⁵

Die meisten Katholiken unterstützten jedoch Salazar bei seinem Versuch, die religiöse und soziale Frage zu lösen und seine Machtposition zu stabilisieren. Die katholischen Eliten suchten laizistischen Bemühungen um eine Ausrichtung des Regimes nach dem Vorbild totalitärer Modelle und der Staatsverherrlichung entgegenzutreten. Deshalb begannen sie innenpolitisch die Auseinandersetzung mit

¹ Unter anderen Diogo Pacheco de Amorim, Pinheiro Torres, José Maria Braga da Cruz, Joaquim Diniz da Fonseca, Juvenal da Araújo, Mário de Figueiredo, António Sousa Gomes und der Domherr Correia Pinto.

² Salazar in einer Rede im Saal des Staatsrats, in: Oliveira Salazar, *Discursos e Notas Políticas*, Bd. 5: 1951-1958, Coimbra 1959, S. 170f., und im Interview mit António Ferro, in: Ders., Salazar, Lissabon 1933, S. 34f.

³ Rede bei der Katholischen Jugend Lissabon am 8.2.1931, in: *Novidades*, 10.2.1931.

⁴ Offizielle Mitteilung des Episkopats mit den Richtlinien der Katholischen Aktion Portugal, in: *Novidades*, 16.11.1933.

⁵ Die Gruppe *Era Nova* versammelte eine kleine Anzahl Intellektueller, die sich selbst als Christen und Populisten, Katholiken und Republikaner bezeichneten und beabsichtigten, „den schutzlosesten Klassen beizustehen“. Der *Sémanario* wurde seit dem 30.1.1932 herausgegeben. Die christdemokratische Gruppe für Sozialstudien Porto entstand aus einer Spaltung innerhalb des Katholischen Arbeiterkreises dieser Stadt. 1929 gaben sie in der einzigen Nummer von *O Grito do Povo* (Organ der Portuenser Christdemokraten) zum Gedenken der *Rerum Novarum* bekannt, daß sie ihre Aufmerksamkeit auf die sozialen Probleme richten würden.

dem National syndikalismus und außenpolitisch mit dem Faschismus und dem Nationalsozialismus, aber auch dem Kommunismus. Diese eindeutige Unterstützung Salazars hatte ihre Gründe in der Berücksichtigung katholischer Interessen in den Anfängen des *Estado Novo*, als alle totalitären Absichten zurückgewiesen wurden. Das Regime entschied sich für Korporativismus und versprach soziale Gerechtigkeit, es eröffnete neue Perspektiven für die Missionierung in Übersee und gab der Erziehungspolitik eine christliche Ausrichtung.

Vor allem die sozialpolitischen Ziele Salazars galten als Rechtfertigung für das Engagement der Katholiken bei der Errichtung einer neuen ständischen Sozialordnung. Das wichtigste Ziel der katholischen Führer war die Christianisierung des Korporativismus, den sie als einen dritten Weg neben dem revolutionären Kollektivismus des Kommunismus und dem Individualismus des liberalen Kapitalismus betrachteten. Die Mehrheit der Katholiken begrüßte deshalb die Bekanntmachung des Nationalen Arbeitsstatuts enthusiastisch, das nach ihrer Auffassung nicht zu einem Instrument zur Unterdrückung der Arbeiter degenerieren konnte.

Zur Durchsetzung des Korporativismus bedurfte es neben der Unterstützung durch die Kirche vor allem eines starken Staates, der sich sowohl gegenüber den Arbeitern als auch den Industriellen und Großgrundbesitzern behaupten konnte.

Die Kirche unterstützte gewerkschaftliche Zusammenschlüsse und kritisierte die Verfolgung von Gewerkschaftsmitgliedern durch die Arbeitgeber. Aber als im Laufe der Jahre die Einführung des Korporativismus immer mehr verzögert wurde, wuchs auch die Kritik aus dem katholischen Lager. Die deutlichste Wirkung zeigten die Äußerungen von Abel Varzim 1939 in der Nationalversammlung, der ebenfalls zunächst das Nationale Arbeitsstatut begrüßt hatte. Er warnte vor einer Einheitsgewerkschaft, da er den Kampf der Arbeitgeber gegen die gesetzlich ungeschützten nationalen Gewerkschaften und die Beeinträchtigungen der gesetzlich garantierten Rechte der Arbeiter befürchtete⁶.

Diese wachsende kritische Haltung schlug sich vor allem in der katholischen Zeitschrift *O Trabalhador* nieder. Die Kritik wurde begleitet von einer Hinwendung zum Thomismus Maritains und zum Personalismus Mouniers, die den alten integralistischen Einfluß ersetzten. Die Bemühungen der katholischen Eliten, das entstehende System in ihrem Sinne zu beeinflussen, äußerte sich in ihrem Engagement für Religionsfreiheit und Erziehung.

Schon 1930 sprachen die Bischöfe in einem gemeinsamen Hirtenbrief von der religiösen Krise. Im Hinblick auf die Religionsfreiheit bemängelten die Bischöfe, daß die Kirche aufgrund des Dekrets von Manuel Rodrigues von 1926 keine juristische Körperschaft war.

Der *Estado Novo* wies in seiner Verfassung⁷ jeglichen Anspruch auf staatliche Einmischung in das Leben der Kirche zurück, verwehrte sich im Gegenzug allerdings ebenso gegen alle Versuche klerikaler Einmischung in die Politik. Die

⁶ Diário das Sessões, II Legislatura, Nr. 18, 17.1.1939.

⁷ Projecto de Constituição Política da República Portuguesa, Lissabon 1933.

Bischöfe mißbilligten diesen „unbedingten Vorrang des Zivilakts vor dem Empfang der Sakramente“, vor allem bei Taufe und Heirat, sowie die Beibehaltung des zivilen Scheidungsrechts: „Alle Katholiken“, mahnte der Hirtenbrief, „müssen [die Scheidung] bekämpfen und für die Rücknahme des Gesetzes arbeiten, das sie sanktioniert“.

Die Katholiken sprachen sich für den Religionsunterricht aus. Der Verfassungsentwurf besagte in Artikel 43, daß „der staatliche Unterricht von jeglichem religiösen Kult unabhängig ist, ihn aber nicht bekämpfen darf“. In den nichtstaatlichen Schulen, deren Freiheit garantiert wurde, bedurfte der Religionsunterricht keiner Genehmigung. Diese Schulen unterlagen der Finanzprüfung durch den Staat, der über ihre Berechtigung entschied, „Diplome zu verleihen, wenn ihre Programme und die Ausbildung des entsprechenden Personals nicht geringer als in öffentlichen vergleichbaren Einrichtungen sind“ (Artikel 44). Den staatlichen Unterricht konnten die Katholiken jedoch nicht beeinflussen. Diesen Teil des Verfassungsentwurfes kritisierten die *Novidades*. Sie beschuldigten die Pädagogen, von einer „feindlichen“ zu einer „agnostischen Neutralität“ überzugehen – insgesamt bewerteten sie den Verfassungsentwurf jedoch positiv und forderten die Katholiken dazu auf, ihn in der Volksabstimmung anzunehmen⁸. Nach Meinung der Bischöfe hatten die Katholiken trotzdem das Recht und die Pflicht, gegen das Verbot des Religionsunterrichts in den staatlichen Schulen zu kämpfen. Jeder sollte versuchen, seinen Kindern einen „katholischen Unterricht“ in Schulen zu ermöglichen, „in denen ihnen der Glaube nicht geraubt wird“.

Die Bemühungen der katholischen Kirche waren nicht vergebens. Der endgültige Verfassungstext von 1935 bestimmte schließlich die Orientierung des staatlichen Unterrichts „an den im Lande traditionellen Prinzipien der christlichen Doktrin und Moral“. In einem gemeinsamen Hirtenbrief äußerte sich das Episkopat 1937 erfreut „über die von höchsten Mächten des Staates getroffenen Maßnahmen zum Respekt der Rechte Gottes und zur christlichen Haltung der nationalen Erziehung“⁹.

Heftige Reaktionen provozierte jedoch ein Vorschlag bei der Diskussion um die Volksschulreform, den der Minister Carneiro Pacheco im November 1937 in der Nationalversammlung präsentierte. Darin sprach man von der „mangelnden Vorbereitung der Familie auf die Erziehungsarbeit“ und forderte „die Errichtung eines ausreichenden Netzes von kompetenten Erziehern“ zum „regelmäßigen Unterricht in staatlichen oder nichtstaatlichen Schulen mit angemessener Ausstattung und versehen mit didaktischem Material“¹⁰. Katholische Abgeordnete wie Juvenal da Araújo, Diniz da Fonseca und Pacheco de Amorim kritisierten diesen Vorschlag und betonten die wichtige Funktion der Familie für die Erziehung¹¹. Die Sorge um eine übermäßige Einflußnahme des Staates auf die Erziehung wurde

⁸ *Novidades*, 11.6.1932.

⁹ *Lumen. Revista mensal de cultura do Clero II* (1937).

¹⁰ *Diário das Sessões, I Legislatura*, Nr. 147, 27.11.1937, S. 13ff.

¹¹ *Ebenda*, Nr. 175, 24.3.1938 und Nr. 180, 1.4.1938.

auch im Zusammenhang mit dem Pfadfinderverband, der *Mocidade Portuguesa*, deutlich. Die Regierung übte Druck auf die Kirche aus, den Verband aufzulösen und drohte, den Protestanten andernfalls größere Freiheiten zuzugestehen. Kardinal Cerejeira weigerte sich, lehnte andererseits aber eine Einladung zu einem Fest der *Mocidade* Ende Mai 1938 in Lissabon ebenso ab wie kurz darauf den Besuch eines Zeltlagers. In einem Brief an den Minister erklärte er, er wolle nicht mit „seiner offiziellen Anwesenheit den Anschein erwecken, er könne die *Mocidade*, so wie sie sei, gutheißen“¹². Aus Sorge über den wachsenden staatlichen Einfluß auf die Erziehung rief das Episkopat Ostern 1938 in einem gemeinsamen Hirtenbrief die Katholiken auf, dafür zu beten, daß die portugiesische Jugend sich nicht von einem Staats- und Führerkult verführen lasse; die Anspielungen auf den deutschen Nationalsozialismus und den italienischen Faschismus waren deutlich¹³.

Ein fortbestehender Konflikt in der Beziehung zwischen Staat und Kirche lag darin, daß die Kirche weiterhin auf ihre Anerkennung als juristische Person und die Rückgabe der 1910 enteigneten Güter wartete. Der Heilige Stuhl forderte in Portugal keinen Schadensersatz für die Enteignungen, sondern lediglich die Anerkennung der Kirche als juristische Person, das Recht, Eigentum zu besitzen und zu verwalten, sowie Religionsfreiheit in staatlichen Einrichtungen, die Anerkennung ihres Rechts auf Bildung und Erziehung der Jugend und die Befreiung vom Militärdienst für Geistliche¹⁴. Im Juli 1938 wurde dem Heiligen Stuhl offiziell ein Gesprächsangebot gemacht und dem Nuntius in Lissabon ein Konkordatsentwurf übergeben, der ein Resultat verschiedener Vorbesprechungen war¹⁵. Nach harten Verhandlungen kam es zu einer Schlußfassung des Textes, der am 7. Mai 1940 in Rom offiziell unterzeichnet wurde. Wenn diese Lösung der Religionsfrage, um die sich engagierte Katholiken seit einem Jahrhundert bemühten, nicht alle Erwartungen erfüllte, so befriedete sie doch die Beziehung zwischen Staat und Kirche, deren neue Zusammenarbeit 1940 in der Ausstellung zum Ausdruck kam, welche die Erfolge der portugiesischen Kolonialpolitik und Missionierung zeigen sollte. „Volk der Entdeckungen, Volk der Kolonialisierung, Volk der Missionierung“, so Salazar, „all das ist Offenbarung desselben kollektiven Seins, Demonstration und Enthüllung derselben nationalen Politik.“¹⁶ In einem gemeinsamen Hirtenbrief forderte das Episkopat alle Portugiesen auf, sich „im Namen des Patriotismus und der Religion“ zu vereinen und bat insbesondere die Pfarrer um „patriotische Zusammenarbeit in Harmonie mit den Autoritäten“¹⁷.

¹² Brief von Kardinal Cerejeira an den Minister für nationale Erziehung Carneiro Pacheco, abgedruckt in: J. Galdes Freire, *Resistência*, S. 205-213.

¹³ Lumen. *Revista mensal de cultura do Clero I* (1938), S. 265.

¹⁴ P. António Durão, *Relações entre a Igreja e o Estado à luz das concordatas de Pio XI*, in: *Brotéria*, Nr. 22 (1936), S. 197-214; ders., *As concordatas da Santa Sé em direito internacional*, in: *Ebenda*, S. 454-470; ders., *Soberania e independência da Igreja*, in: *Brotéria* Nr. 23 (1936), S. 277-288.

¹⁵ Vgl. Franco Nogueira, *Salazar*, Bd. 3, Coimbra 1978, S. 116f.

¹⁶ Salazar, *Discursos e Notas Políticas*, Bd. 3: 1938-1943, Coimbra 1944, S. 234.

¹⁷ Lumen. *Revista mensal de cultura do Clero I* (1940), S. 348-359.

Das Konkordat und das Missionarsabkommen, beide 1940 unterzeichnet, garantierten diesen Geist der Verständigung und Zusammenarbeit. Indem der Staat die Beziehungen zur Kirche befriedete, gewann er nicht nur die Sympathie und Zustimmung der meisten Portugiesen, sondern brachte auch den katholischen Konservatismus auf seine Seite. Die Kirche zog alle Forderungen nach Rückgabe ihrer Güter und nach Entschädigungen zurück. Kirchliches Eigentum, das sich im Besitz des Staates befand, ohne im öffentlichen Dienst Verwendung zu finden oder als „nationales Monument“ von öffentlichem Interesse klassifiziert war, wurde allerdings zurückerstattet. Zugleich wurden den Kirchen und Priesterseminaren Abgabefreiheit gewährt und Unterstützung für Diözesen und Missionarsvereinigungen in Übersee sowie für Ausbildungs- und Freizeitstätten zugesichert. Der Staat verband seine finanzielle Hilfe für die Missionierung mit politischen Forderungen: portugiesische Staatsbürgerschaft des gesamten Klerus; Unterstellung der Missionare unter die portugiesischen Gesetze und Gerichte; Anhörungsrecht der Regierung bei der Nominierung der obersten Missionare. Konkordat und Missionarsabkommen charakterisierte Cerejeira Jahre später folgendermaßen: „Es handelte sich darum, unsere Provinzen in Übersee portugiesisch zu machen und zu bewahren. Das erforderte die offene und ehrliche Begegnung beider Seiten, der Kirche und des Staates.“¹⁸ Und Salazar betonte, die Missionierung werde definitiv in die portugiesische Kolonialisierung integriert: „Indem das Prinzip der Trennung beibehalten wird in Übereinstimmung mit den verschiedenen Anschauungen und den Tendenzen der Zeit, ermöglicht [das Konkordat] eine Erneuerung der Kirche und eine dauerhafte Rückeroberung ihrer bedeutenden Rolle bei der Bildung der portugiesischen Seele. Unter politischen Gesichtspunkten wird mit dem Konkordat beabsichtigt, die Religion als gesellschaftsstabilisierenden Faktor zu nutzen.“¹⁹

Pius XII. pries im Oktober 1940 vor dem neuen portugiesischen Botschafter Carneiro Pacheco „die ehrliche, von Vertrauen und gegenseitiger Achtung inspirierte Zusammenarbeit“ – und lobte Salazar: „Der Herr gab der portugiesischen Nation einen Regierungschef, der nicht nur die Liebe seines Volkes, sondern Respekt und Hochachtung der Welt zu gewinnen wußte.“²⁰ Die Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche, die damit ihren Höhepunkt erreicht hatte, galt international als beispielhaft.

Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen

Die sozialen Spannungen, die sich durch den Krieg verschärften, blieben nicht ohne Auswirkungen auf das Verhältnis von Staat und Kirche. Einerseits resultierten

¹⁸ Der Patriarch, A situação da Igreja em Portugal, Rede am 29.11.1956, in: Lumen. Revista mensal de cultura do Clero 22 (1956).

¹⁹ Salazar, Discursos e Notas Políticas, Bd. 4: 1943-1950, Coimbra 1951, S. 372f.

²⁰ Novidades, 22.10.1940.

die Schwierigkeiten aus den Spannungen innerhalb des portugiesischen Katholizismus und daraus, daß sich während des Krieges und in der unmittelbaren Nachkriegszeit die Lebensbedingungen der Portugiesen deutlich verschlechterten und das Regime seinen Rückhalt auch in Bevölkerungskreisen verlor, die ihm bis dahin noch Unterstützung gewährt hatten. Andererseits erhöhte die Niederlage Deutschlands und Italiens die Akzeptanz demokratischer Ideen unter den Katholiken, die, ermutigt durch Äußerungen des Papstes²¹, vor allem in Ländern mit starkem katholischem Einfluß, wichtige demokratisch-christliche Parteien aufkommen ließen²². Den beständig wachsenden Wunsch nach mehr Freiheit und größerer politischer Beteiligung der katholischen Kreise vermochte ein Regime nicht zu befriedigen, das die Einflußnahme des Staates auf das Leben der Bürger eher verstärkte.

Der Wunsch nach politischer Partizipation sowie die Enttäuschung der durch das Konkordat geweckten Erwartungen der katholischen Kirche trafen zeitlich mit den vermehrten Autonomieforderungen der Kolonien zusammen. Die strikte Aufrechterhaltung der portugiesischen Politik in Übersee führte in diesem internationalen Rahmen zu neuen und wachsenden Spannungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der Lissaboner Regierung.

Die Enttäuschung der katholischen Kreise über die nur langsam vorangehende korporative Umgestaltung der portugiesischen Gesellschaft wurde immer deutlicher. Die allgemeine Begeisterung, mit der zu Beginn der dreißiger Jahre der Korporativismus von den Katholiken aufgenommen worden war, wich nun der Desillusionierung und Skepsis. Deshalb änderten sozial engagierte Katholiken ihre Strategie: Der aus den dreißiger Jahren stammende *Entrismo* (Aktivität innerhalb des Systems) sollte abgelöst werden vom Aufbau einer eigenständigen Organisation. In den dreißiger Jahren hatten sich die Katholiken gegen eigene Gewerkschaften entschieden, die ihnen durch das Nationale Arbeitsstatut dann grundsätzlich verwehrt wurden²³. Das Mandat von Abel Varzim als Abgeordneter der Nationalversammlung bildete den Höhepunkt dieser Strategie einer Durchdringung der staatlichen Institutionen. Die Enttäuschung über die Gewerkschaften und die Arbeitslosigkeit in den Jahren 1939/40 führten zu einer erneuten Diskussion um die Stärkung autonomer katholischer (Arbeiter-)Organisationen im Rahmen der Katholischen Aktion. Die Zeitschrift *O Trabalhador* erschien jetzt wöchentlich und brachte das wachsende Unbehagen zum Ausdruck, begleitet von deutlichen Zweifeln am Funktionieren des korporativen Systems. Der Unterstaatssekretär für die Korporation bezichtigte das Blatt in einer offiziellen Note im Februar 1948 eines „marxistischen Stils“, und ein paar Monate später folgte der permanenten Zensur

²¹ Siehe vor allem die Radiobotschaft von Pius XII. an Weihnachten 1944.

²² Als Vorbild dienten vor allem die PDC in Italien, die CDU in Deutschland, die MRP in Frankreich, die PSC in Belgien, die ÖVP in Österreich und andere.

²³ Vgl. José Barreto, *Comunistas, 29 católicos e os sindicatos sob Salazar*, in: *Análise Social*, 3. Serie, Nr. 125/126 (1994), S. 287-317; *Fátima patriarca, A questão social no salazarismo (1930-1947)*, Bd. 1, Lissabon 1995, S. 204ff.

das offizielle Verbot mit der Begründung, die „Seele der Nation“ zu schädigen²⁴. Der Mentor der Zeitung, Abel Varzim, wurde auf Druck der Regierung von seinen Aufgaben als Direktor des sozialwirtschaftlichen Sekretariats, als Professor des *Instituto Superior de Serviço Social de Lisboa* und als Assistent der Arbeiterorganisation LOC abgelöst²⁵. Die zunehmende Bereitschaft breiter Kreise der Katholischen Aktion zu sozialkritischem Engagement wurde von der Kirche unterstützt, deren soziales Programm durch die „Katholischen sozialen Wochen“ ab 1940 intensiver verbreitet wurde²⁶ und das sich in den fünfziger Jahren in verschiedenen privaten oder öffentlichen Versammlungen manifestierte.

Die Unzufriedenheit über die mangelnde Respektierung von Gesetzen und garantierten Freiheiten brachte einige Katholiken der demokratischen Opposition näher. Cerejeira war mehrfach gezwungen, sich gegen die Vorwürfe einer zu engen Verbindung zwischen Staat und Kirche zu verteidigen, indem er auf die politische Unabhängigkeit der Kirche und den laizistischen Charakter des *Estado Novo* verwies²⁷.

Kritik aus den Reihen der Katholiken kam bereits am Ende des Zweiten Weltkriegs. Als sich 1945 die Bewegung Demokratischer Einheit (MUD) gründete, wurde sie von Persönlichkeiten wie Pater Joaqui, Alves Correia und Francisco Veloso unterstützt, letzterer ein ehemaliger enger Gefährte von Salazar und Cerejeira. Der Christdemokrat Veloso rechtfertigte seinen Beitritt zum MUD in einem Interview mit dem *Diário de Lisboa*. Correia nahm an der Gründungsversammlung des MUD teil, wurde 1946 des Landes verwiesen und starb 1951 im Exil in den USA²⁸. Kardinal Cerejeira war zunehmend gezwungen, sich gegen die Anschuldigung zu verteidigen, Regime und Kirche stünden in einem Abhängigkeitsverhältnis²⁹.

Auch die wachsende politische Opposition gegen den Salazarismus, das immer deutlicher werdende Defizit an persönlicher und politischer Freiheit, hatten Einfluß auf die katholische Welt, und 1951 wurde die Religionsfreiheit während der Verfassungsrevision ein wichtiger Diskussionspunkt. Trotz eines gegensätzlichen,

²⁴ Vgl. Domingos Rodrigues, Abel Varzim, Apóstolo português de justiça social, Lissabon 1990.

²⁵ Ebenda, S. 194ff.

²⁶ Die 1. Katholische Sozialwoche beschäftigte sich unter Vorsitz von Fezas Vital mit den „Grundlegenden Aspekten der christlichen Soziallehre“ und fand im Juni 1940 in Lissabon statt. Die zweite Veranstaltung über „Christliche Grundlagen einer neuen Ordnung“ fand in Coimbra im März 1943 statt, die dritte über „Das Problem der Arbeit“ 1949 in Porto und die vierte und letzte über „Das Erziehungsproblem“ in Braga im Oktober 1952.

²⁷ Siehe u.a. den Brief an die portugiesischen Katholiken im November 1945 nach dem Wahlkampf der MUD, *Diário da Manhã*, 8.11.1945, die Ansprache an den Klerus des Patriarchats vom 20.11.1946, Sonderdruck des Correio de Coimbra 1946 und die Rede vom 29.11.1956, in: Lumen. Revista mensal de cultura do Clero 22 (1956).

²⁸ Die Entlassung von P. Alves Correia geschah auf Druck der Regierung nach der Veröffentlichung eines berühmt gewordenen Artikels in der Zeitschrift *República* über die republikanischen Opfer des 19.10.1921 mit dem Titel „Das Böse und die Heuchelei“.

²⁹ Manuel Gonçalves Cerejeira, A verdade incontestável sobre a Igreja e o „Estado Novo“, Sonderdruck des Correio de Coimbra, 20.11.1946.

von Marcello Caetano erstellten Gutachtens der Ständekammer wurde der Katholizismus auf Vorschlag der Regierung in der Verfassung als „Religion der portugiesischen Nation“ festgeschrieben. Die Verfassungsrevision von 1951 beschränkte, wie Francisco de Sá Carneiro Jahre später zutreffend bemerkte, auch die bis dahin uneingeschränkte Anerkennung aller übrigen religiösen Assoziationen und Organisationen³⁰.

Die offizielle Haltung des Staates zu Fragen der Religion stellte sich 1959 erneut, zunächst mit der Einweihung des Cristo-Ri-Monuments in Almada (Salazar widersetzte sich der Absicht, Portugal dem Herzen Christi weihen zu lassen³¹) und schließlich anlässlich der Verfassungsrevision im selben Jahr. Der Vorschlag des monarchistischen Abgeordneten Carlos Moreira, die Anrufung Gottes in die Präambel der Verfassung aufzunehmen, wurde zuerst von der Ständekammer, dann von der Nationalversammlung mit 43 zu 37 Stimmen abgelehnt.

In der Schulpolitik wurden die Erwartungen der Katholiken enttäuscht, da der Staat den katholischen Privatunterricht weder unterstützte noch offiziell anerkannte. 1954 wurde der 25. Geburtstag der Divini Illius Magistri vom Papst zur feierlichen Bestätigung der katholischen Prinzipien bei den Rechten und Pflichten von Familie, Kirche und Staat in Erziehungsfragen genutzt³². Zugleich forderte man die Einrichtung einer katholischen Universität. Diese Idee Kardinal Cerejeiras gewann in den fünfziger Jahren Anhänger, vor allem nach der Vierten Katholischen Sozialwoche 1952; die Gründung einer Fachhochschule, die man seit den dreißiger Jahren gefordert hatte, genügte den Ansprüchen nicht mehr. Cerejeira überreichte Salazar einen Vorschlag zur Gründung einer Fakultät in S. Vicente de Fora, an der kanonische Wissenschaften gelehrt werden sollten³³. Salazar hielt diese Idee für „einen unrealistischen Traum“ und neigte eher dazu, den Vorschlag einer Neugründung der theologischen Fakultät in Coimbra zu akzeptieren, die während der Ersten Republik geschlossen worden war³⁴. Darüber hinaus ging es um die Demokratisierung der Zulassungsbedingungen zur Universität und die Reglementierung der Studentenverbindungen, wie sie im Gesetz Nr. 40 900 festgelegt worden war und die ebenfalls von den katholischen Universitätsorganisationen abgelehnt wurde³⁵.

³⁰ Francisco Sá Carneiro, *As revisões da Constituição Política de 1933*, Porto 1971, S. 69-72.

³¹ Vgl. Franco Nogueira, Salazar, Bd. 5, Porto 1984, S. 68ff.

³² Guilherme Braga da Cruz, *Problemas da educação: Direitos da Família, da Igreja e do Estado*, in: ders., *Obras Esparsas*, Bd. 6, Teil 2, Coimbra 1985, S. 89, 97.

³³ António Montes Moreira, *O Cardeal Cerejeira, fundador da UCP*, in: *Lusitania Sacra*, 2. Serie, II (1990), S. 188f.

³⁴ *Universidade Católica*, Apontamento do Presidente do Conselho ao Ministro da Educação, Arquivo Salazar, AOS.

³⁵ Vgl. 1. Nationalkongress der katholischen Universitätsjugend. *Das katholische Denken und die Universität*, Lissabon 1953; Paulo Fontes, *As organizações estudantis católicas e a crise académica de 1956-1957*, in: *Universidade(s), História, Memória, Perspectivas*, Actas 5, Congresso da História da Universidade, 7. Centenário, Coimbra 1991, S. 457-480. Vgl. auch Guilherme Braga da Cruz, *Organizações circum-escolares. Parecer da Câmara Corporativa sobre a proposta de Lei n° 48, que se transformou o Decreto-Lei n° 40 900*, in: Ders., *Obras Esparsas*, Bd. 4, Teil 2, *Estudos Doutrinários e Sociais*, Coimbra 1958, S. 335ff.

Die Eröffnung eines Gymnasiums in Beira, wo der Gymnasialunterricht ausschließlich der Kirche unterstand, führte schließlich zu einem Konflikt zwischen dem dortigen Bischof und dem Minister für die Kolonien: Sebastião Soares de Resende äußerte in einem Hirtenbrief Kritik an der Regierung, was Salazar als Mißbrauch des Konkordatsrechts bewertete; der Diktator war der Meinung, daß der Bischof seinen Text der Zensur hätte vorlegen müssen und forderte vom Nuntius dessen Bestrafung. In den sechziger Jahren verschärfte sich der Konflikt mit dem Bischof von Beira weiter³⁶.

Die wachsende Unzufriedenheit über die Politik des salazaristischen Regimes war aber auch Ausdruck der allgemeinen Veränderungen in der portugiesischen Gesellschaft und der innerkirchlichen Veränderungen anlässlich des Pontifikats Johannes' XXIII. und des Zweiten Vatikanischen Konzils.

Die Spaltung der Katholiken

Der Präsidentschaftswahlkampf von 1958 spaltete das katholische Lager. Die Mehrheit unterstützte weiterhin Salazar, einige enthielten sich jedoch der Stimme oder unterstützten die demokratische Kandidatur des Generals Humberto Delgado. Mitten im Wahlkampf kritisierte eine Gruppe katholischer Persönlichkeiten in einem Brief an die Zeitschrift *Novidades*, daß diese während des Wahlkampfes „fast ausschließlich Werbung für die offizielle Kandidatur“ gemacht habe³⁷. Der Bischof von Porto entschied sich nach den Wahlen, einen kritischen Brief an Salazar zu schicken, der schnell berühmt wurde: Wenn er auch die Person Salazars und seine Haltung in der Außen-, Übersee- und Wirtschaftspolitik bewundere, so müsse er die Einstellung zu den sozialen Problemen sowie das Streikverbot kritisieren. Der Bischof stellte fest, „daß die sozialen und politischen Spannungen sich gefährlich erhöhen“; der Korporativismus nehme den Arbeitern ihr „natürliches Versammlungsrecht“. Er müsse deshalb fragen, ob die Kirche frei sei, ein eigenes politisches Programm zu erstellen und mit eigenen Kandidaten bei Wahlen antreten könne. Statt über diesen Brief zu diskutieren, schickte der Diktator den Bischof ins Exil, aus dem dieser erst nach zehn Jahren zurückkehren sollte. Und er drohte: „Es wäre überaus schmerzlich für mich, der ich einiges zur religiösen Befriedung und der Freiheit der Kirche in Portugal beigetragen habe, (...) wenn ich Schutzmaßnahmen treffen und im Namen einer in ihrer Sphäre genauso legitimen Macht sagen müßte, welches die Grenzen sind, denen im nationalen Interesse unbedingt Respekt verschafft werden wird.“³⁸

³⁶ Vgl. Carlos Moreira de Azevedo, Perfil biográfico de D. Sebastião Soares de Resende, in: Sebastião Soares de Resende, Bispo da Beira, Profeta em Moçambique, Difel 1994, S. 1297-1315.

³⁷ Vgl. P. José da Felicidade Alves, Católicos e Política. De Humberto Delgado a Marcello Caetano, Lissabon, o.J., S. 13-30.

³⁸ Salazar, Discursos, Bd. 5, S. 516.

In seiner Weihnachtsbotschaft bezog sich Kardinal Cerejeira auf Salazars Drohung und betonte die wechselseitige Autonomie, jedoch nicht ohne hinzuzufügen, daß „das Geistige das Weltliche richtet – und nicht vice versa“³⁹. Im Januar 1959 nahmen die Bischöfe in einem Hirtenbrief Stellung; ihre Ziele seien nicht weltlichen, sondern geistigen Charakters und sie seien deshalb nicht vergleichbar „mit einer politischen Partei“⁴⁰. Gleichwohl hielt Salazar den Hirtenbrief für „vorsichtig, vage und zweideutig“.

Die Zunahme der Gewalt von Seiten der politischen Polizei (PIDE), die sich allmählich internationaler Kritik ausgesetzt sah, beunruhigte die katholische Kirche immer stärker. Im August 1958 wandte sich Kardinal Cerejeira, von der Frau des brasilianischen Botschafters (dessen Kanzlei sich in der Nähe der PIDE befand) aufmerksam gemacht, in einem Brief an den Innenminister: Er berichtete von den Bitten, „im Namen der Kirche bei der Regierung zu intervenieren, damit die Polizei zur Verteidigung des Staates keine Mittel verwende, die das Evangelium und die Humanität verbieten“⁴¹. Tage später schrieb eine Gruppe katholischer Priester und Laien, die nicht als „Progressisten“ bezeichnet werden wollten, an Salazar und sprach von den repressiven Maßnahmen des Staates, der „Methoden zuläßt und anwendet, die ein wohlherzogenes menschliches Gewissen nicht tolerieren kann und christlicher Geist unbedingt ablehnen muß“; die Gruppe forderte, die Verantwortlichen ihres Amtes zu entheben⁴². Die Wahl Papst Johannes' XXIII., der die Durchführung eines allgemeinen Konzils verkündete, ermutigte auch die kritischen Kirchenkreise in Portugal. Der gescheiterte „Putsch der Kathedrale“ im März 1959 war ein Zeichen zunehmender Radikalisierung; Die Teilnehmer, darunter Manuel Serra, hatten sich im Kreuzgang der Kathedrale von Lissabon versammelt und wurden dort von der politischen Polizei verhaftet. Aber es gab auch innerkirchliche Kritik: Im April 1961 kritisierte Kardinal Cerejeira in Fátima offen die fortschrittlichen Katholiken, die versuchten, „die christliche Hoffnung des Glaubens mit dem marxistischen Mythos einer neuen Welt und der Entstehung eines neuen Menschen“ in Einklang zu bringen und die dafür ausschließlich der politischen Aktion vertrauten und das geistige und moralische Handeln vergäßen⁴³. Zwei bekennende Katholiken schlossen sich nun der Opposition an: Francisco Lino Neto in Lissabon und António Alçada Baptista in Castelo Branco.

Die Veröffentlichung der Enzyklika „Mater et Magistra“ von Johannes XXIII. gab der katholischen Opposition weiteren Auftrieb. Anlässlich des einjährigen Bestehens von *Pacem in Terris* entstand im April 1964 die PRAGMA, eine Koopera-

³⁹ Zitiert bei Franco Nogueira, Salazar, Bd. 4, Porto 1980, S. 42.

⁴⁰ Carta Episcopal do Episcopado. 2 Documentos de Sua Eminencia Rev. ma o Sr. Cardeal Patriarca, Lissabon 1959.

⁴¹ José Geraudes Freire, Restistência Católica ao Salazarismo-Marcelismo, Porto 1976, S. 226f.

⁴² Zu diesem Brief vgl. Felicidade Alves, Católicos, S. 65 und S. 89ff. Er war der Anlaß für ein Strafverfahren gegen die Unterzeichner, abgedruckt in: Francisco Salgado Zanha, A quinta causa. Os católicos e os Direitos do Homem, Lissabon 1969.

⁴³ Cerejeira, Obras Pastorais, Bd. 5, Lissabon 1973, S. 330ff.

tive zur Verbreitung von Kultur und gemeinschaftlicher Aktion, die von Katholiken mit Verbindung zum Studentenmilieu in der Absicht gegründet wurde, den Dialog mit anderen Gesellschaftsgruppen zu suchen. In Porto wurde kurz darauf unter dem Namen *Confronto* eine vergleichbare Kulturkooperative gegründet. PRAGMA wurde drei Jahre später geschlossen, die Mitglieder wurden verhaftet und der „Verbreitung zersetzender Ideen und subversiver politischer Lehren“ angeklagt⁴⁴.

1965 manifestierte mitten im Wahlkampf die katholische „Gruppe der 101“ ihre Unterstützung für die Opposition. Diese Haltung provozierte die Reaktion einer anderen, systemtreuen katholischen Gruppe, die einen Protest veröffentlichte⁴⁵. Zum Ende des Jahrzehnts mehrten sich die Konflikte zwischen Pfarrern und kirchlichen Autoritäten. Hervorzuheben ist der Fall des Pfarrers von Belém, Felicidade Alves, der ab 1969 die GEDOC-Hefte herausgab, die jedoch von der Kirche abgelehnt und zensiert wurden. Ebenfalls 1968 begann die Publikation einer katholischen Untergrundzeitung mit dem Titel „Recht auf Information“, die auf die Kriegsproblematik in den Kolonien aufmerksam machte. Der Beginn des *Marcelismo* ermöglichte eine kurze Entspannung, deshalb konnte im Juni 1969 Bischof António Ferreira Gomes in die Diözese Porto zurückkehren.

In den sechziger Jahren führte die internationale Kritik an Portugals Kolonialpolitik zu dessen schrittweiser diplomatischer Isolierung und zu einer Verschlechterung der Beziehungen zum Vatikan. Die unnachgiebige Haltung der portugiesischen Regierung in Afrika, die in einer zunehmenden Verschärfung des Konfliktes und schließlich in bewaffneten Aufständen und Kriegen mündete, hatte Auswirkungen auf die Kirche und die katholische Welt. Die Bischöfe, die auf die Verschlechterung des internationalen Klimas aufmerksam geworden waren, bezeichneten Anfang 1961 die portugiesischen Überseegebiete in einer gemeinsamen Erklärung als „von der Vorsehung anvertrautes Erbe“; Portugal habe eine evangelisierende und zivilisatorische Mission⁴⁶.

Im Februar 1961 begannen die angolanischen Befreiungsbewegungen den bewaffneten Kampf, es folgten Guinea (1963) und Mozambique (1964). In Luanda wurden verschiedene Mitglieder des einheimischen Klerus, darunter der Vikar der Diözese, festgenommen und als Gefangene nach Portugal geschickt, wo sich bereits Joaquim Pinto de Andrade befand. Der Erzbischof von Luanda, Moisés Alves de Pinho, verteidigte jedoch die Pfarrer⁴⁷. Im Dezember 1961 wurden Goa, Damão und Diu von Indien besetzt und annektiert. Das Episkopat sprach vom „Schmerz der Heimat“, machte aber auf die Tatsache aufmerksam, daß „die historische Mission Portugals nicht beendet sei“. In der Zwischenzeit trafen die Nomi-

⁴⁴ Vgl. PRAGMA, 1967. Informação aos sócios.

⁴⁵ Vgl. Felicidade Alves, *Católicos*, S. 177-220.

⁴⁶ Vgl. Cerejeira, *Obras Pastorais*, Bd. 6, S. 387ff.

⁴⁷ Unter den festgenommenen und deportierten Pfarrern befanden sich der spätere Kardinal von Luanda, Alexandre do Nascimento, Bischof Franklin da Costa und auch der Generalvikar der Diözese, Monsignore Manuel Mendes das Neves.

nierungen neuer Bischöfe auf den Widerstand der Regierung. Sie widersetzte sich zuerst dem Wechsel des Bischofs von Beira nach Lourenço Marques, wo Kardinal Gouveia gestorben war, und anschließend dem Wechsel in eine Diözese der Metropole wegen „nicht akzeptabler Stellungnahmen“ und „heftigen Attacken gegen die Regierung“. Ebenso war sie gegen die Nominierung eines schwarzen Bischofs für Nova Lisboa in Angola⁴⁸.

Die größte Gefährdung für den Fortbestand des Konkordats stellte jedoch die Reise des Papstes nach Bombay dar, um 1964 am internationalen Eucharistischen Kongreß teilzunehmen. Die portugiesische Regierung betrachtete den Papstbesuch als Anerkennung der gewaltsamen Eroberung Goas und deshalb als eine „grundlose, nutzlose und ungerechte Belastung“ der Beziehungen zu Portugal. Die Zensurbehörden wurden instruiert, nichts über den Kongreß zu veröffentlichen, und Salazar drohte sogar, das Konkordat aufzukündigen und die Religionspolitik radikal zu ändern. Mehrere portugiesische Pastoren protestierten öffentlich gegen die Beschuldigung des Papstes durch die portugiesische Regierung, was zu einem Ordnungsruf des Nuntius und zu einem scharfen Austausch von Argumenten führte. Einige Pfarrer, wie der spätere Kardinal António Ribeiro, der die Papstreise im staatlichen Fernsehen verteidigte⁴⁹, wurden sogar ihrer Funktionen enthoben.

Die Veröffentlichung der Beschwerde der Bischöfe in Rom über die Haltung der portugiesischen Regierung wurde dagegen von Kardinal Cerejeira, dem Vorsitzenden der portugiesischen Bischofskonferenz, verhindert⁵⁰. Ein Teil des Lissaboner Klerus äußerte jedoch dem Staatspräsidenten gegenüber Befürchtungen⁵¹, und auch aus weltlichen Kreisen wurden die Bischöfe aufgefordert, das Schweigen der Kirche zu brechen⁵². Bei seiner Rückkehr aus Indien versuchte Paul VI. die politischen Auswirkungen seiner Reise bei der portugiesischen Regierung zu mildern und sandte 1965 als Kompensation die Goldene Rose zum Heiligtum nach Fátima. Er entschied sich darüber hinaus, 1967 persönlich zum 50. Jahrestag der Erscheinungen von Fátima zu kommen.

1965 wurden die Beziehungen zwischen dem Regime und dem Episkopat durch den Fall des Bischofs von Beira erneut belastet. Bei seiner Rede zum 25. Jahrestag des Konkordats und des Missionarsabkommens lobte Kardinal Sebastião in Lourenço Marques das trotz der „beklagenswerten“ Umstände „bemerkenswerte“

⁴⁸ Franco Nogueira, *Diálogos Interditos*, Porto 1988.

⁴⁹ Salazar vertraute Franco Nogueira an, daß der junge D. António Ribeiro, Bischof von Telepte und Gehilfe des Patriarchen der „Liebling des Kardinals“ sei, aber solange er Ministerpräsident sei, niemals Kardinal, „nicht einmal Bischof irgendeiner Diözese“ würde. Franco Nogueira, *Um político confessa-se*, Porto 1986, S. 308. Deshalb widersetzte er sich dessen Nominierung für Beira, Mozambique.

⁵⁰ Vgl. Manuel de Almeida Trindade, *Memórias de um Bispo*, Coimbra 1993, der eine „occasion manquée“ feststellte: „Die Kirche versäumte eine Gelegenheit, mutig ihren Standpunkt zu manifestieren“, ebenda, S. 291.

⁵¹ Vgl. Felicidade Alves, *Católicos*, S. 298f.

⁵² Ebenda, S. 289-297.

Werk der Missionskirche von Mozambique und kritisierte das Desinteresse der Regierung an einer ausreichenden Finanzierung des katholischen Unterrichtes. Die unzensurierte Publikation in der Zeitschrift der Diözese führte zur Suspendierung des Prälaten und dem Beginn eines Prozesses, der bis nach dessen Tod andauerte⁵³. Salazar meinte einmal mehr, daß die freie Verbreitung der Schriftstücke der Bischöfe nur für kircheninterne Mitteilungen gelte und nicht für Texte, die sich mit politischen und sozialen Problemen auseinandersetzten. Der Diktator dachte auch daran, dem Bischof von Beira die Rückkehr in seine Diözese in Mozambique zu verbieten – so, wie er es mit dem Bischof von Porto gemacht hatte⁵⁴.

Im Zusammenhang mit diesem Fall wollte der Heilige Stuhl das Konkordat in diesem Bereich revidieren. Aber da Salazar befürchtete, daß die freie Zirkulation aller Publikationen der Katholischen Aktion erreicht werden sollte, verweigerte er jede Revision des Vertrags⁵⁵. In der Zwischenzeit regte sich die Kirche in Mozambique. Eine Gruppe von Missionspfarrern sandte im Februar 1968 einen Brief an die Bischofskonferenz, in dem sie die mangelnde Freiheit der Kirche gegenüber dem Staat und ihre finanzielle Abhängigkeit kritisierte⁵⁶. Einige Bischöfe bekundeten in Hirtenbriefen und Eingaben ihre Besorgnis über die mangelnde soziale Gerechtigkeit und über die im Krieg begangenen Verbrechen, was zu scharfen Reaktionen bei einigen Siedlern führte⁵⁷.

1970, schon in der Zeit Marcello Caetano, empfing Paul VI. in einer Privataudienz im Vatikan die Führer der Freiheitsbewegungen, die gegen Portugal kämpften. Dies führte zu der größten Krise in den Beziehungen zwischen Staat und Kirche. Auf die vom portugiesischen Botschafter beim Vatikan überreichte Protestnote antwortete Staatssekretär Kardinal Villot, daß es sich nur um den Empfang von „Katholiken oder Christen“ außerhalb ihrer Funktion als Politiker gehandelt habe⁵⁸. Das Ereignis trug trotzdem zur Erhöhung des kritischen Bewußtseins weiter Kreise angesichts des Kriegs in Übersee bei. 1971 wurden die *Padres Brancos* aus Mozambique ausgewiesen⁵⁹, und ein Jahr später fand ein Prozeß gegen die Pfarrer der Gemeinde von Macuti in Beira statt, die angeklagt waren, ein im November von Militärkommandos begangenes Massaker an Zivilisten in Mucumbura im Distrikt Tete kritisiert zu haben. Der Prozeß endete mit der Verurteilung der Pfarrer – obwohl verschiedene Bischöfe sie verteidigt hatten – und gewann großen Einfluß auf die öffentliche Meinung.

Im Zusammenhang mit der Kritik an weiteren Massakern, insbesondere die von Wiriyamu und Chawola, wurden 1972 auch die Pfarrer von Burgos verhaftet und

⁵³ Vgl. dazu A. Carlos Lima, *Aspectos da Liberdade Religiosa. Caso do Bispo da Beira. Peças de um Processo*, Lissabon 1970; ders., *Caso do Bispo da Beira. Documentos*, 1990.

⁵⁴ Vgl. Nogueira, *Um político*, S. 115.

⁵⁵ Vgl. Franco Nogueira, Salazar, Bd. 6, Porto 1985, S. 59f.

⁵⁶ Vgl. Felicidade Alves, *Católicos*, S. 223-244.

⁵⁷ Vgl. Freire, *Resistência*, S. 103-112.

⁵⁸ Vgl. Marcello Caetano, *Mandato Indeclinável*, Lissabon 1970, S. 209-213.

⁵⁹ Vgl. *Igreja Católica em Moçambique, Delfos* (o. J.).

später ausgewiesen. Ende März 1973 überreichte die Bischofskonferenz von Mozambique dem Generalgouverneur einen Brief, der ihre „große Entrüstung“ und ihren „vehementen Protest“ wegen der Geschehnisse in Tete ausdrückte. Der Bischof von Nampula und einige Missionare dieser Diözese wurden zu Ostern 1974 ausgewiesen, weil sie ein Dokument an die Bischofskonferenz gesandt hatten, in dem sie die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des mozambikanischen Volkes forderten und sowohl das Konkordat als auch das Missionarsabkommen kritisierten.

In der Neujahrsnacht 1972/73, als Katholiken eine Mahnwache für den Frieden in der Rato-Kapelle in Lissabon organisierten, um auf die Kriege in Afrika aufmerksam zu machen, trat die Polizei in Aktion, verhaftete die Organisatoren und brachte sie vor Gericht. Herausragende Figuren der katholischen Opposition wie Francisco Pereira de Moura, Teotónio Pereira und Luis Moita wurden anschließend aus ihren Ämtern im öffentlichen Dienst entlassen. Der Fall führte im Parlament zu einer heftigen Polemik zwischen dem „liberalen“ Abgeordneten Miller Guerra und dem „Ultra“ Casal Ribeiro⁶⁰.

Der Vorfall war eines der letzten Indizien dafür, wie sehr sich die Beziehungen zwischen Staat und Kirche nach anfänglich enger Zusammenarbeit bei der Begründung einer neuen Sozialordnung verschlechtert hatten; es kam schließlich fast zum offenen Bruch großer Teile der katholischen Kirche mit dem Regime. Zuvor hatten sich beide Seiten jahrzehntelang um die Respektierung der jeweiligen Binnenautonomie bemüht. Zwar besaß der Staat, hauptsächlich wegen seines Einspruchsrechts bei der Nominierung von Bischöfen, ein effizientes Mittel, Einfluß geltend zu machen, aber die katholische Kirche nahm auch ihrerseits Einfluß auf politischer Ebene und konnte dadurch totalitäre Tendenzen abschwächen.

⁶⁰ Vgl. O Caso da Capela do Rato no Supremo Tribunal Administrativo, Porto 1973.

José Maria Brandão de Brito

Die wirtschaftliche Entwicklung des Estado Novo

Dieser Beitrag versucht eine Bilanz der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Portugals zwischen dem Putsch vom 28. Mai 1926 und der Unterzeichnung des Beitrittsvertrages zur Europäischen Union im Jahre 1985.

Während sich das Regime in den dreißiger Jahren konsolidierte, ließ die Wirtschaftspolitik damals noch keine klaren Konturen erkennen; deutlich war nur die Notwendigkeit einer Sanierung der Finanzen. Deshalb akzeptierte die nach dem Putsch gebildete Regierung ohne Widerspruch die Bedingungen, die Oliveira Salazar für die Übernahme des Finanzministeriums stellte. Seine Rede zum Amtsantritt am 27. April 1928 machte Geschichte; sie trug den Titel „Bedingungen für eine Finanzreform“. Der selbstbewußte Duktus der Rede ließ schon den Diktator erahnen, der nicht bereit sein würde, die Macht zu teilen, und der zum allgemeinen Erstaunen der Versammlung gegen Ende erklärte: „Nur wenig kann erreicht werden, wenn das Land nicht zu allen notwendigen Entbehrungen bereit ist und auf meine Intelligenz und meine Ehre vertraut.“¹

Weiter forderte Salazar, daß jedes Ministerium sich verpflichte, den Haushaltsplan des Finanzministeriums einzuhalten, sich also einzuschränken und seine Dienstleistungen innerhalb des ihm vom Finanzministerium zugewiesenen Budgets zu organisieren; Maßnahmen mit direkten Auswirkungen auf die Ein- und Ausgaben des Staates sollten vorher mit dem Finanzministerium diskutiert und vereinbart werden; schließlich verlangte er ein Vetorecht des Finanzministeriums bei allen Erhöhungen der laufenden oder planmäßigen Kosten und eine Verpflichtung zur Zusammenarbeit, „damit die Maßnahmen zur Kostenreduzierung oder zur Eintreibung der Einnahmen soweit wie möglich nach einheitlichen Kriterien organisiert werden können“².

Der neue Finanzminister verlor keine Zeit; gut zwei Wochen nach der Machtübernahme waren die Grundlagen der Haushaltsreform ausgearbeitet. Es folgten 1929 eine Kredit- und eine Steuerreform und im folgenden Jahr die Reorganisation der Generaldirektion für Beiträge und Steuern, die Gründung der Generalinspektion für Finanzen, die Reform des öffentlichen Rechnungswesens und die Gründung des Rechnungshofes.

¹ António de Oliveira Salazar, *Discursos*, Bd. 1: 1928-1934, Coimbra 1948, S. 5.

² Ebenda, S. 4f.

Die staatlichen Sparmaßnahmen der sogenannten Finanzdiktatur unter Oliveira Salazar verlangten vor allem von der Stadtbevölkerung große Opfer. Zusammen mit den Auswirkungen der großen Weltwirtschaftskrise führten sie zu einem Rückgang der portugiesischen Wirtschaft, das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf blieb zwischen 1928 und 1932 bei konstanten Preisen praktisch unverändert bei 1 500 Escudos im Jahr³.

Auch nachdem Salazar 1932 Ministerratspräsident geworden war, entstanden noch weitere wichtige Gesetze, die entscheidend zur Konsolidierung des *Estado Novo* beitrugen: die Verkündung der Verfassung der Republik Portugal⁴ und des Nationalen Arbeitsstatuts⁵ im Jahre 1933; die Fortführung der 1929 begonnenen Weizenkampagne⁶; die Entwicklung der Grundlagen der Industrielenkung, die seit 1926 vorbereitet wurde⁷ (1931 wurde ein erstes Dekret verabschiedet⁸, 1937 wurde sie gesetzlich verankert⁹). Hinzu kam schließlich 1935 die Verabschiedung des Gesetzes Nr. 1914 über die Ökonomische Rekonstituierung als erster Versuch einer langfristigen Wirtschaftsplanung, dessen Umsetzung durch den Ausbruch des Spanischen Bürgerkrieges und die angespannte weltpolitische Lage am Vorabend des Zweiten Weltkrieges jedoch stark beeinträchtigt wurde¹⁰.

Zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise von 1929, die die Schwächen der portugiesischen Wirtschaft deutlich gemacht hatte, traten auf eigene Initiative 1931 erstmals ein Nationalkongreß der Ingenieure¹¹ und 1933 ein Kongreß der portugiesischen Industrie¹² zusammen; die Weltwirtschaftskrise war von entscheidender Bedeutung für den Verlauf beider Kongresse. Der Nationalkongreß der Ingenieurwissenschaften war die erste wichtige Stellungnahme der portugiesischen Ingenieure zur Wirtschaftslage. Die dort gehaltenen Reden betonten die Bedeutung des technischen Fortschritts und formulierten ein voluntaristisches Konzept wirtschaftlicher Aktivität. In ihren Thesen verteidigten die Kongreßteilnehmer die industrielle Konzentration, ausgehend von dem bestehenden Stand der Handwerksbetriebe; sie verwiesen auf die dringende Notwendigkeit einer Elektrifizierung des Landes

³ Vgl. Nuno Valério, O Produto nacional de Portugal entre 1913 e 1947, uma primeira aproximação, in: *Cadernos da Revista de História Económica e Social*, Lissabon 1983, S. 99. Die von Nuno Valério vorgelegten Werte wurden anhand konstanter Preise seit 1914 erstellt.

⁴ In Kraft getreten am 11.4.1933 nach der Volksabstimmung vom 19. März; vgl. Dekret Nr. 22 241 vom 23.9.1933.

⁵ Dekret Nr. 23 048 vom 23.9.1933.

⁶ Dekret Nr. 17 252 vom 16.8.1929.

⁷ Das erste angenommene Gesetz im Rahmen der Industrielenkung war das Dekret Nr. 12 051 vom 31.7.1926. Es änderte die Ordnung der Weizenlieferung, verbot die Errichtung neuer Fabriken und förderte die Konzentration von Mühlen.

⁸ Dekret Nr. 19 354 vom 14.2.1931.

⁹ Gesetz Nr. 1956 vom 17.5.1937.

¹⁰ Vgl. Ana Bela Nunes/Nuno Valério, A Lei de Reconstituição Económica e a sua execução – um exemplo dos projectos e realizações da política económica do „Estado Novo“, in: *Estudos de Economia* 3 (1983), S. 331-359.

¹¹ 1. Congresso nacional de Engenharia, Lissabon 1931, Imprensa Libânio da Silva, Lissabon 1931.

¹² 1. Congresso da Indústria Portuguesa (Indústria Continental). *Textos e Comunicações*, Lissabon de 8 a 15 de outubro de 1933, Associação Industrial Portuguesa, Lissabon 1933.

und die Verbesserung der Infrastruktur. Noch wichtiger war der Kongreß der portugiesischen Industrie zwei Jahre später. Auf diesem Kongreß wurde die Übernahme industrieller Produktionsformen in der Landwirtschaft gefordert; der Staat dürfe nicht länger den Privatunternehmern Konkurrenz machen; vordringlichste Aufgabe sei es, den Industrialisierungsprozeß zu beschleunigen. Gleichwohl wies das Konzept stark interventionistische Züge auf; dem Staat allein blieb vorbehalten, durch Subventionen den Wiederaufbau des Landes zu sichern.

Die Dokumentation der Kongreßbeiträge gibt über die Vorstellungen der Industriellen genaueren Aufschluß und gilt als Beginn des portugiesischen Industriationalismus. Die Teilnehmer forderten:

- ein verbessertes Ausbildungskonzept für technische Berufe;
- die Nutzung der Rohstoffe aus den Kolonien und zunehmende Importsubstitutionen durch den Aufbau einer Eisen- und Stahlindustrie, der Industrie für Staniol, Kupfer, Wolfram und der entsprechenden Hüttenkunde, der teerhaltigen Produkte, Erdöle und Papierherstellung, sowie den Ausbau traditioneller Industriesektoren wie der harz- und wolleverarbeitenden Industrie und der Gerbereien;
- die Errichtung großer Wasserkraftwerke und die Verbilligung der für die Industrie notwendigen Energie, wobei es Aufgabe des Staates sei, ein Stromnetz zu errichten;
- die Regelung der Mindestlöhne und der Mindestarbeitszeit;
- die Schaffung eines Staatsfonds und die Erhöhung der Industriekredite;
- ein einheitliches Konzept für den Ausbau des nationalen Kommunikations- und Transportnetzes und die Koordination von Eisenbahn- und Straßenbau;
- Genehmigung zur Kartellbildung in bestimmten Industriezweigen, auch wenn eine beschränkte staatliche Lenkung der privatwirtschaftlichen Initiativen nicht völlig abgelehnt wurde und man in der Vielfalt der portugiesischen Wirtschaft „das Geheimnis ihrer außerordentlichen Widerstandskraft gegen die Mißgeschicke der Krise“ sah;
- die Modernisierung der Landwirtschaft, vor allem durch die Nutzung von Kunstdünger und moderner Technologie.

Die Industriellen widersetzten sich der Vorstellung, daß Portugal ein wesentlich agrarisch strukturiertes Land bleiben müsse. In diesem Punkt waren ihre Vorschläge ziemlich kühn: sie forderten ein Agrargesetz, das im Süden den Großgrundbesitzern die Gründung großer Agrarbetriebe ermöglichen würde und schlugen vor, die überzählige Bevölkerung des Nordwestens Portugals dort anzusiedeln; sie plädierten für die Umstellung auf Monokulturen, die von der jeweiligen Bodenbeschaffenheit abhängig gemacht werden sollten; schließlich forderten sie ausdrücklich die Liquidierung der Handwerksbetriebe.

Man kam jedoch nicht sehr weit mit diesen Vorschlägen: nicht nur, weil sie den allgemeinen Grundsätzen des kurz darauf festgeschriebenen korporativen Staates nicht entsprachen, sondern auch, weil sich die Regierung noch auf keine bestimmte Wirtschaftsstrategie verpflichten lassen wollte; der Vorschlag der Industriellen

wurde als verfrüht erachtet. In seiner Rede zum Abschluß des Kongresses erklärte Salazar: „Ich habe die hier präsentierten Thesen und ihre Diskussion mit größtem Interesse verfolgt. Darunter sind einige ehrgeizige Vorschläge, die zu weitreichend sind und über die augenblicklichen Möglichkeiten hinausgehen. Die Erkenntnis dringend notwendiger Maßnahmen (...) und die entworfenen Richtlinien müssen vom Staat studiert werden, um sie in angemessener Form in seine allgemeine Politik aufzunehmen.“¹³

Zusammenfassend läßt sich sagen: Ingenieure und Industrielle versuchten gleichermaßen, die Industrialisierung zu fördern, um die Wirtschaftskrise zu beheben, sie akzeptierten jedoch die Bedingungen, die ihnen dafür auferlegt wurden. Sie begannen sich der staatlichen Bevormundung anzupassen und signalisierten nur gelegentlich ihr Nichteinverständnis. Festzuhalten ist, daß während der ersten 20 Jahre des *Estado Novo*, genauer: bis zur Verabschiedung des zweiten Gesetzes über die Industrielenkung¹⁴, die wirtschaftliche Entwicklung Portugals von dem Kampf zwischen den Vertretern ländlich-bäuerlicher Interessen einerseits und der Industrie andererseits bestimmt war¹⁵. Diese Auseinandersetzungen und die daraus resultierenden Folgen bildeten die am schwierigsten zu überwindende Kluft in der Debatte über die wirtschaftliche Entwicklung Portugals, zumal sie in Zusammenhang standen mit der allgemeinen Auseinandersetzung um die zukünftige Gesellschaftsordnung.

Während des Zweiten Weltkrieges wurde diese Diskussion unterbrochen. Das Primat hatte die Wirtschaftspolitik, da diese, so Salazar, „die Voraussetzung moralischer Verteidigung ist, und das Nationalbewußtsein der wichtigste Faktor, auf den bei der politischen Verteidigung zu zählen ist“¹⁶. Die Regierung kontrollierte und regulierte den Außenhandel, versuchte, die agrarische Subsistenzwirtschaft zu dynamisieren und rationierte schließlich einige Produkte – zuerst Brennstoffe, später auch Nahrungsmittel. Das grundlegende Ziel während der Kriegsjahre war es jedoch, „den bestehenden Normalzustand soweit wie möglich zu bewahren“¹⁷, insbesondere im Bereich der lebensnotwendigen Produkte und der industriellen Rohstoffe. Oliveira Salazar zufolge wurde das Ziel trotz zunehmender Schwierigkeiten weitgehend erreicht. Aus all dem zog der Diktator den Schluß, daß die Bevölkerung die Situation verstand und akzeptierte, daß die Produktionsrate gesteigert und der Verbrauch ohne größere Störungen auf ein Minimum reduziert worden sei¹⁸. Dies sei vor allem deshalb möglich gewesen, weil „unsere Landwirtschaft

¹³ Oliveira Salazar, *A acção governativa e a produção industrial*, in: Ders., *Discursos*, Bd. I, S. 252.

¹⁴ Gesetz Nr. 2052 vom 11.3.1952.

¹⁵ Vgl. José Maria Brandão de Brito, *A Industrialização portuguesa – O condicionamento industrial nos Pós-guerra (1948-1956)*, Lissabon 1989, S. 128, und ders., *Corporativismo e industrialização: elementos para um estudo do condicionamento industrial*, in: *Ler História* 6 (1985), S. 56ff.

¹⁶ Oliveira Salazar, *Discursos e notas políticas*, Bd. 3: 1938-1943, Coimbra 1944, S. 322.

¹⁷ Ebenda.

¹⁸ Vgl. dazu die Studie von Fernando Rosas, *Portugal entre a Paz e a Guerra. Estudo do Impacte da II Guerra Mundial na Economia e na Sociedade Portuguesas (1939-1945)*, Lissabon 1990.

nicht industrialisiert ist (...) und es ihr gelang, mehr und sogar teurer zu produzieren, ohne spürbare Auswirkungen auf die Preise“¹⁹.

Parallel dazu bekräftigte João Pinto da Costa Leite, seit 1937 Minister für Handel und Industrie, ab 1940 Finanzminister, daß sich während des Zweiten Weltkriegs „die nationale Wirtschaft infolge der Umstände immer stärker in Richtung einer gelenkten Wirtschaft entwickelte“²⁰. In der Tat stellte der Krieg einen ersten entscheidenden Wendepunkt in der Wirtschaftsentwicklung Portugals dar; er beschleunigte die industrielle Entwicklung²¹. Indem er die Anfälligkeit der portugiesischen Wirtschaft deutlich werden ließ, ergab sich für die Verfechter der Industrialisierung die große Chance, ihre Vorschläge durchzusetzen, so 1944/45 die Arbeitsgesetzgebung.

Auch wenn der Zweite Weltkrieg den Interventionismus der Zentralverwaltung verstärkte, beschleunigte er dennoch den Prozeß der Industrialisierung. Nicht zufällig wurden 1944 Gesetze über die Elektrifizierung des Landes und 1945 über die industrielle Entwicklung und Reorganisation verabschiedet und die Leitlinien von Ferreira Dias publiziert, der dafür als Unterstaatssekretär für Industrie die Hauptverantwortung trug.

Die dritte Phase der wirtschaftlichen Entwicklung Portugals umfaßte die ersten 15 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. In dieser Zeit wurde die Wirtschaftspolitik grundlegend reformuliert. Das Gesetz über die industrielle Entwicklung und Reorganisation schrieb die Umstrukturierung der weiterverarbeitenden Industrie und die Förderung neuer Bereiche zum Schutz des Binnenmarktes und der Importsubstitution fest. Ziel war die Beseitigung der Kriegsfolgen (Inflation, knappe Grundversorgung, Arbeitslosigkeit etc.), die Beschleunigung des Industrialisierungsprozesses und die Anhebung des allgemeinen Lebensstandards.

Verspätet und „beschämt“ akzeptierte die Regierung die amerikanische Hilfe im Rahmen des Marshallplans.²² In diesem Kontext sah sie sich zum ersten Mal gezwungen, einen mittelfristigen Entwicklungsplan zu formulieren, der als Rahmen für die amerikanische Finanzhilfe dienen konnte, deren Verwaltung gemeinsam der *Economic Cooperation Administration* (ECA) und der OEEC unterstand²³. Der erste Entwicklungsplan für die Jahre 1953-1959 war jedoch nicht mehr als eine Zusammenstellung von kaum ausformulierten staatlichen Großprojekten und

¹⁹ Oliveira Salazar, *Discursos*, Bd. 3, S. 326f.

²⁰ J. P. Costa Leite (Lumbrales), *Economia de Guerra*, Porto 1943, S. 361.

²¹ Vgl. Francisco Pereira de Moura, *Por onde vai a Economia portuguesa?*, Lissabon 1969, S. 19; José Nascimento Ferreira Dias Júnior, *Linha de Rumo. Notas de Economia Portuguesa*, Bd. 2, Lissabon 1945, S. 170ff.

²² Siehe Fernando Rollo, *Portugal e o Plano Marshall. Da rejeição a solicitação da ajuda financeira norte americana (1947-1952)*, Lissabon 1994; J. M. Brandão de Brito, *The portuguese response to the Marshall Plan*, in: *Estudos de Economia* 10 (1990), S. 415-421.

²³ Vgl. Rollo, *Portugal. Der den amerikanischen Direktiven für die einzelnen Länder folgende Plan wurde von Araújo Correia veröffentlicht unter dem Titel Estudos de Economia Aplicada. O Problema Económico Nacional*, Lissabon ²1950.

Investitionsprogrammen; er erreichte nur eine jährliche Wachstumsrate des Brutto- sozialprodukts von etwa 3 Prozent²⁴.

Es folgten weitere, erfolgreichere Entwicklungspläne. Dennoch blieben die langfristigen Ziele im wesentlichen unverändert. Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen des *Estado Novo* zielten vor allem auf die Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens der Bevölkerung, die Steigerung der Produktivitätsrate, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Verbesserung der beruflichen Qualifikation und den Kampf gegen die hohe Analphabetenrate. Mit zunehmender Berücksichtigung marktwirtschaftlicher Grundsätze veränderte sich die Rolle der staatlichen Wirtschaftsplaner. Neben staatlichen Investitionsprogrammen bemühte man sich zunehmend, auf die Privatwirtschaft einzuwirken, um notwendige Investitionen zu fördern.

Im Jahre 1957, als die neue Ausrichtung der Wirtschaftspolitik schon erkennbar war, fanden in Lissabon gleichzeitig Kongresse der Landwirtschaft und der Industrie statt, auf denen man versuchte, eine Bilanz der Wirtschaftspolitik zu ziehen²⁵. Die Diskussionsbeiträge, unter denen die Eröffnungsrede von Marcello Caetano und eine Studie der portugiesischen Wirtschaft hervorstachen²⁶, ließen vor allem zwei Forderungen erkennen: Erstens wollte man eine Förderung des Wirtschaftswachstums erreichen durch engere Beziehungen zwischen der Metropole und den Besitzungen in Übersee, den Abbau der Handelsschranken und eine Standortveränderung der Industriebetriebe, welche die Rohstoffe aus den Kolonien weiterverarbeiteten. Die Industrielenkung sollte auf alle nationalen Territorien ausgeweitet, die Vorbehalte gegen die Industrialisierung durch eine Förderung der technischen Ausbildung und der Industriekredite abgebaut werden. Zweitens machten die Kongreßteilnehmer deutlich, daß man eine Anpassung der portugiesischen Wirtschaft an gesamteuropäische Strukturen mit dem Ziel der Integration des Landes in die internationalen Wirtschaftsorganisationen anstrebte²⁷.

Diese Kongresse hatten einen sichtbaren Einfluß auf die Wirtschaftspolitik. Sie bestimmten die Diskussion über den zweiten Entwicklungsplan (1959-1964), der zu dieser Zeit in Vorbereitung war, und die Verhandlungen über Portugals Beitritt zur EFTA, und sie förderten die Herausbildung eines „Wirtschaftsraumes Portugal“.

In den sechziger Jahren wurde versucht, das traditionelle Wirtschaftsmodell allmählich zu modifizieren und einige Änderungen durchzusetzen, so beispielsweise den schrittweisen Abbau des Verwaltungsapparates und die vorsichtige Integra-

²⁴ Vgl. Relatório Final da Execução do Plano de Fomento (1953-1958), Presidência do Conselho, Inspeção Superior do Plano de Fomento, Lissabon 1959, S. 11.

²⁵ 2. Congresso dos Economistas Portugueses, INE, Centro de Estudos Económicos, Lissabon 1957; I Congresso da Indústria Portuguesa, Bde.1-9, Associação Industrial Portuguesa, Lissabon 1957.

²⁶ Francisco Pereira Mouro u.a., Estudo sobre a indústria portuguesa, in: Discursos, Conclusão e Estudo sobre a Indústria Portuguesa, II. Congresso da Indústria Portuguesa, Associação Industrial Portuguesa, Lissabon 1957.

²⁷ Vgl. Brandão de Brito, A Industrialização, S. 177ff.

tion des Landes in die Weltwirtschaft. Portugal war Gründungsmitglied der EFTA, wurde 1960 in den IWF aufgenommen und trat 1962 dem GATT bei. Die portugiesischen Behörden gestatteten jetzt in begrenztem Umfang den Zuzug von ausländischem Kapital. Weiter bemühte man sich um die Konsolidierung des sogenannten „Wirtschaftsraumes Portugal“ – eine Mischung zwischen britischem Commonwealth und dem Gemeinsamen Europäischen Markt, der das Zentrum und die wichtigsten überseeischen Besitzungen umfaßte.

Zwar konnte das Wirtschaftswachstum gesteigert werden²⁸, die politische Lage wurde jedoch zunehmend geprägt durch den Ausbruch der Befreiungskriege in Übersee und eine Reihe sozialer Mißstände, die zu einem neuen Emigrationsschub führten. Das hatte zur Folge, daß Portugal als einziges Land innerhalb der OECD eine Bevölkerungsabnahme um etwa 1 Prozent zu verzeichnen hatte. Diese Probleme konnten auch mit dem sogenannten Zwischengeschalteten Entwicklungsplan (1965-1967) nicht gelöst werden, obwohl er erstmals „ein zusammenhängendes Bild der Wirtschaftslage vermittelte und die Aufmerksamkeit auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung gerichtet war“²⁹. Das Hauptziel des neuen Plans war die „Beschleunigung des Wachstums des Bruttosozialprodukts bei gerechterer Ertragsverteilung“ und die Erhöhung der Ausgaben für Gesundheits- und Wohnungsbaupolitik³⁰.

Die Ablösung Salazars durch Caetano 1968 signalisierte eine Liberalisierung und fiel mit dem Inkrafttreten des dritten Entwicklungsplans³¹ zusammen, der zum ersten Mal auch Überlegungen bezüglich einer Korrektur des regionalen Ungleichgewichts formulierte. Dies war ein allerletzter Versuch, sich der neuen Zeit anzupassen. Man erwog die Aufhebung der Industrielenkung und versuchte, die Einflußsphäre des Marktes für die weiterverarbeitende Industrie zu verbreitern; man veränderte die Verfassung, stärkte und konsolidierte Wirtschafts- und Finanzgruppen als strukturierende Elemente der Wirtschaft, und man schuf bessere Aufnahmebedingungen für Direktinvestitionen aus dem Ausland³². Alle diese Maßnahmen erwiesen sich jedoch als ungenügend; auch wenn das allgemeine Wachstum hoch blieb (die durchschnittliche Wachstumsrate in diesem Jahrzehnt betrug jährlich 7 Prozent), schien sich die Landwirtschaft mit maximal 1,5 Prozent doch endgültig von dieser Entwicklung abgekoppelt zu haben.

²⁸ Vgl. Edgar Rocha, *Crescimento Económico em Portugal nos anos de 1960-1973: alguns aspectos*, in: *Análise Social*, 3. Serie, Nr. 84, 20 (1984/5), S. 621ff.

²⁹ Manuela Silva, *O planeamento em Portugal: lições da experiência e perspectivas de futuro*, in: *O planeamento Economico lições da experiência*, Lissabon 1984, S. 19.

³⁰ Grundlage III des Gesetzes Nr. 2133 vom 20.12.1967, „Über die Organisation und Ausführung des 3. Entwicklungsplans für 1968-1973“, in: *III Plano de Fomento para 1968-1973*, Bd. 1, Presidência do Conselho, Lissabon 1968, S. 11.

³¹ *III Plano de Fomento para 1968-1973*, Bd. 1, *Proposta de lei e projecto para o Continente e as Ilhas*, Secretaria Geral da Assembleia Nacional, Lissabon 1967.

³² Vgl. Américo Ramos dos Santos, *Abertura e bloqueamento da economia portuguesa*, in: *Portugal Contemporâneo*, Bd. 5 (1958-1974), Lissabon 1990, S. 109-150.

Das in der Endphase des sogenannten Marcello-Frühlings verabschiedete Gesetz Nr. 3/72 sollte die Industrielenkung ablösen. Die Grundlagen der neuen Industrie- und Wirtschaftspolitik hatte Rogério Martins vorgeschlagen, der Staatssekretär für Industrie. Martins bemühte sich um eine konsequente Ausrichtung der portugiesischen Wirtschaft auf die externen Märkte und kam damit eindeutig den Interessen und Strategien der fortschrittlichsten Sektoren der portugiesischen Industrie entgegen³³.

Diese Lösungsvorschläge waren jedoch offensichtlich zu spät. Zu den innenpolitischen Schwierigkeiten kam hinzu, daß sich die EFTA, auf die so viele Hoffnungen gesetzt worden waren, durch den Beitritt Großbritanniens, Dänemarks und Irlands zur EG 1973 unaufhaltsam aufzulösen begann. Trotz der Bemühungen um einen Assoziationsvertrag mit der Europäischen Gemeinschaft, der erst 1972 erreicht werden konnte, wirkten die weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten nach der ersten Ölkrise ebenfalls der Umsetzung der angestrebten Maßnahmen entgegen.

Die letzte Phase war von besonderer wirtschaftlicher Instabilität gekennzeichnet. Zwar leitete der 25. April 1974 die Demokratisierung und Entkolonialisierung ein, doch das portugiesische Wirtschaftssystem geriet aufgrund der gleichzeitigen starken internationalen Rezession in eine tiefe Krise. Infolge hoher Arbeitslosigkeit, Inflation und Staatsdefizit brach die instabile portugiesische Wirtschaft zusammen. Staatliche und private Investoren verstrickten sich in einen aussichtslosen Kampf, sie verfügten weder über den Handlungsspielraum noch über die notwendige Macht, um den Krisenprozeß umzukehren. Die Verstaatlichung der wichtigsten Finanz- und Wirtschaftsbereiche war von revolutionärer Logik, nicht aber von wirtschaftsstrategisch konsistenten Überlegungen bestimmt.

Auch die Agrarreform im mittleren Süden des Landes, wo Großgrundbesitz vorherrschte, wurde ohne ein schlüssiges Konzept in Angriff genommen, obschon sie als Aushängeschild einer gelungenen Sozialpolitik galt, war sie doch praktisch ab Ende 1975 politisch und wirtschaftlich zum Scheitern verurteilt. Somit waren die beiden wichtigsten wirtschaftspolitischen Folgen der Revolution gestoppt, kurz nachdem die neue Regierung eingesetzt war.

Als 1977 die erste Absichtserklärung gegenüber dem IWF unterzeichnet wurde, von der man sich eine allgemeine wirtschaftliche Stabilisierung versprach, wurden neue wirtschaftspolitische Ziele formuliert. Die Rückkehr zu „normalen“ Verhältnissen sollte durch die Rationalisierung der portugiesischen Wirtschaft und die Hinwendung zu marktwirtschaftlichen Strukturen erreicht werden. Schließlich begann der Wiederannäherungsprozeß an das vereinigte Europa. Den offiziellen Aufnahmeantrag in die Europäische Gemeinschaft stellte Portugal im März 1977.

³³ Vgl. José Maria Brandão de Brito, *Rumos velhos e novos da industrialização portuguesa*, in: *Conferência sobre a Evolução Recente e Perspectivas de Transformação da Economia Portuguesa*, Bd. 4, CISEP, Lissabon 1984, S. 2550.

Bis zur vollen Mitgliedschaft dauerte es noch neun Jahre – eine Zeit, in der unterschiedliche wirtschaftspolitische Maßnahmen erprobt wurden. Der sogenannte Mittelfristige Plan (1977-1980), den die erste demokratisch gewählte Regierung nach der Aprilrevolution erstellt hatte, wurde aufgegeben. Die antizyklische Wirtschaftspolitik stellte den Staat vor neue Schwierigkeiten, und es blieb weiterhin problematisch, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft mittels der Devisenpolitik zu verbessern. Die Bemühungen um eine Erhöhung der Investitionsrate und der Exporte geschahen häufig auf Kosten des Verbrauchs und der Importe.

Die wirtschaftspolitische Bilanz des Wirtschaftsplanes, der im ersten Abkommen mit dem IWF festgelegt worden war und keine sozialpolitischen Maßnahmen erwähnte, kann als positiv erachtet werden. Der Ausgleich der Auslandsschulden wurde 1979/80 erreicht, ebenso war ein gewisser Erfolg bei der Bekämpfung der Inflation zu verzeichnen, die von 25 Prozent im Jahre 1977 auf 16 Prozent 1979 sank, sowie bei der Wiederaufnahme der Produktion, bei den Investitionen und bei der Senkung der Arbeitslosenquote³⁴.

Der Erfolg war freilich nur von kurzer Dauer: Die Maßnahmen veränderten die Wirtschaft nur an der Oberfläche. Nach dem Ende des Wahlzyklus 1979/80, in dem große Anstrengungen unternommen worden waren, um ein positives Bild zu vermitteln, das der tatsächlichen wirtschaftlichen Situation aber nicht entsprach, stellte sich das Problem der Auslandsverschuldung 1981/82 mit neuer Dringlichkeit. Die Auslandsschulden wurden – gemessen am Saldo der Bilanz der allgemeinen Transaktionen, insbesondere mittels der Handelsbilanz – wieder unkontrollierbar. Gründe dafür waren neben zwei schlechten Jahren in der Landwirtschaft der Anstieg des Dollars, die neue Ölkrise, die Erhöhung der internationalen Zinssätze und Defizite in der portugiesischen Industrieproduktion. Die neuen Schwierigkeiten bei der Bezahlung der Schulden im In- und Ausland machten ein anderes Vorgehen zur wirtschaftlichen Stabilisierung notwendig und führten zur Unterzeichnung eines neuen Abkommens mit dem IWF, jetzt unter Führung der Regierung des sogenannten *Bloco Central*, der sich nach schwierigen und zähen Verhandlungen aus Mitgliedern der zwei wichtigsten Parteien des Landes zusammensetzte: der *Partido Socialista* und der *Partido Social Democrata*.

Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation war die portugiesische Regierung gezwungen, sich dem harten Stabilisierungsprogramm zu unterwerfen, das der IWF erstellt hatte. Es umfaßte ausnahmslos Restriktionen der Devisen-, Währungs- und Haushaltspolitik und verfolgte zwei Ziele: Reduzierung der Auslandsverschuldung und Absenkung interner Kosten. Das Land vermochte diese rigiden Sparmaßnahmen zu verkraften, und obgleich die sozialen und wirtschaftlichen Kosten in vielen Fällen Unternehmern und weiten Bevölkerungskreisen un-

³⁴ Vgl. José Maria Brandão de Brito u.a., Portugal: Economic Developments and 18th Months Intervention by the International Monetary Fund. The South-North Conference on „The International Monetary System and the New International Order“, Lissabon 1980.

erträglich hoch erschienen, wurden die wichtigsten Ziele erreicht, in einigen Bereichen sogar übertroffen. Aus der Sicht der internationalen Gemeinschaft hatte Portugal mit Hilfe der verordneten Maßnahmen seine wirtschaftliche Situation stabilisiert. Nach langer Verhandlungsphase war Portugal 1985 endlich auf den Beitritt zur Europäischen Union vorbereitet.

Valentim Alexandre

Der Estado Novo und das Kolonialreich

Die Kolonialfrage ist in Portugal auch heute noch ein zentrales Thema in den politischen Auseinandersetzungen. Diese Bedeutung verdankt sich weitgehend der langen imperialen Tradition des Landes, die schon im 15. Jahrhundert mit der Errichtung der ersten Faktoreien und befestigten Plätze an der Westküste Afrikas begann. Sie wurde im 16. Jahrhundert im Osten mit dem Zentrum Indien fortgesetzt und im 17. und 18. Jahrhundert mit dem brasilianischen Reich. Im Anschluß an den Erfolg der brasilianischen Sezessionsbewegung 1822 wurde es bei den politischen Eliten Portugals zur gängigen These, das Land könne ohne Kolonien nicht überleben, denn in diesem Falle würde es unvermeidlich von seinem Nachbarn Spanien absorbiert. Um dies zu verhindern, müsse in Afrika auf der Basis der kleinen, immer noch unter portugiesischer Herrschaft stehenden Gebiete umgehend ein „neues Brasilien“ geschaffen werden. Diese Idee bestimmte während des 19. und 20. Jahrhunderts das portugiesische Nationalbewußtsein; in der Errichtung eines neuen Kolonialreichs sah man die Möglichkeit, das historische Erbe zu bewahren und die Existenz der Nation zu garantieren.

Diese Aufgabe sollte sich allerdings schwieriger gestalten als erwartet, sowohl wegen der begrenzten finanziellen Mittel des Mutterlandes als auch wegen der wirtschaftlichen Strukturen in den afrikanischen Besitzungen, deren Schwerpunkt weiter auf dem Sklavenexport nach Brasilien und Kuba lag, während die Handelsbeziehungen mit Portugal nur schwach entwickelt waren. Obwohl das Vorhaben schon in den 1830er Jahren formuliert worden war, wurde es in Afrika erst im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts, im Zeitalter des Hochimperialismus, zeitgleich zur Entstehung der Kolonialreiche anderer europäischer Mächte in Afrika, in Angriff genommen.

Das Jahrzehnt nach der Berliner Konferenz (1885) führte zur endgültigen Festlegung der kolonialen Grenzen, wobei das portugiesische Gebiet nicht den Erwartungen entsprach: Zur Gründung eines „neuen Brasilien“ hatte man auf eine zusammenhängende, von Küste zu Küste reichende Zone in Zentralafrika zwischen Angola und Mozambique sowie einen Teil des unteren Kongo spekuliert. Dennoch besaß Portugal jetzt Gebiete, die größer waren als die bis dahin besetzten Enklaven, vor allem Angola an der Westküste mit mehr als 1 200 000 Quadratkilometer und Mozambique an der Ostküste mit 738 000 Quadratkilometer. Hinzu kamen noch das kleine Guinea sowie die im Atlantik gelegenen Kapverdischen In-

seln und S. Tomé e Príncipe; außerdem, als Reste des alten Reiches im Osten, Besitzungen in Asien: Goa, Damão und Diu auf dem indischen Subkontinent, Macau im Süden Chinas und Timor.

Nach Festlegung der Kolonialgebiete auf der Landkarte mußte der Herrschaftsanspruch an Ort und Stelle durchgesetzt werden – eine Aufgabe, die mehr als drei Jahrzehnte im Zentrum der portugiesischen Kolonialpolitik stand. Seit Mitte der 1890er Jahre begann eine Reihe von „Befriedungsfeldzügen“, die in jeder der drei Kolonien auf dem afrikanischen Kontinent von sehr verschiedenem Ausmaß waren.

Militärische Aktivitäten waren an sich nicht neu, da die Verwaltung in Übersee in dem vorangegangenen halben Jahrhundert zur Lösung der zahlreichen, lokal begrenzten Konflikte auf die Streitkräfte vertraut hatte. Darüber hinaus hatte man einige größere Eroberungsfeldzüge geführt, am Kongo in den 1850er Jahren und in Sambia ab 1869. Insbesondere nach dem Sieg von 1895 über das gefürchtete Reich Ngoni (im Süden Mozambiques) setzte man zunehmend auf militärische Maßnahmen; der Herrscher von Ngoni wurde nach seiner Gefangennahme in einem patriotischen Triumphzug durch die Straßen Lissabons geführt, die Sieger als Nationalhelden gefeiert (vor allem António Enes, Mouzinho de Albuquerque, Paiva Couceiro, Aires de Ornelas, Freire de Andrade, Eduardo da Costa und Caldas Xavier). Sie bestimmten in den folgenden Jahren die Grundzüge der Kolonialpolitik, und sie rechtfertigten auch unter Berufung auf die Thesen des seit den 1880er Jahren in Portugal bekannten Sozialdarwinismus den Einsatz von Gewalt zur Unterdrückung „rückständiger“ oder „minderwertiger“ Rassen.

Die lange Reihe kleiner Feldzüge resultierte teilweise aus der politischen Zersplitterung vieler afrikanischer Gesellschaften; sie resultierte aber auch aus dem Druck, der in sehr unterschiedlicher Weise von den portugiesischen Machthabern und Siedlern – selbst in benachbarten Zonen – ausgeübt wurde. In einigen Fällen weiteten sich die Konflikte aus und umfaßten ganze Volksgruppen.

Ihren Höhepunkt erreichten diese Feldzüge während des Ersten Weltkriegs. Wegen der Konflikte mit deutschen Truppen im Süden Angolas und im Norden Mozambiques wurde das portugiesische Heer in bis dahin unbekanntem Ausmaß mobilisiert. Das Ziel war die „Befriedung“ der noch nicht vollständig unterworfenen afrikanischen Völker. Auf angolanischem Gebiet wurden 400 Offiziere und 12 000 weiße Soldaten stationiert, an der Ostküste mehr als 19 000 Mann. Zugleich stieg die Zahl schwarzer Hilfssoldaten sowie der Träger für militärische Transporte. Diese Strategie wurde in geringerem Umfang auch in Guinea erfolgreich angewandt. Ende 1920 war die „Befriedung“ in den drei afrikanischen Gebieten unter portugiesischer Vorherrschaft weitgehend abgeschlossen¹.

Aber die Kontrolle über das gesamte Reichsgebiet blieb unsicher, da es einer unzureichend organisierten Militärverwaltung unterstand. Die Strategie kolonialer

¹ Vgl. René Pélissier, *História das Campanhas de Angola*, Bd. 1, Lissabon 1986, S. 233ff., Bd. 2, S. 234-250; *História de Moçambique*, Bd. 1, Lissabon 1987, S. 205-212.

Ausbeutung beschränkte sich noch wie im 19. Jahrhundert weitgehend auf die Beherrschung der Handelswege. Nach dem Ende des Sklavenhandels Mitte des 19. Jahrhunderts – der brasilianische Markt schloß 1851, der kubanische 1866 – stützte sich die Kolonialwirtschaft in Angola vor allem auf den Export einheimischer Produkte, insbesondere Kaffee, Wachs und (ab 1870) Gummi. Noch um die Jahrhundertwende waren die Plantagen lediglich kleine Zentren des Kaffee- und Zuckerrohranbaus (letzterer vor allem für die Herstellung von Zuckerrohrschnaps für den Binnenmarkt) mit sklavereiähnlichen Arbeitsbedingungen. Das Verbot der Produktion von Zuckerrohrschnaps und der Zusammenbruch des Gummieports nach dem Sturz der Weltmarktpreise (seit 1901, verstärkt ab 1913) führten zu einer Wirtschaftskrise.

Während Mozambique mit dem Mutterland nur schwache wirtschaftliche Beziehungen unterhielt, war es mit Südafrika eng verbunden, sowohl durch seinen Hafen und die Eisenbahnlinie von Lourenço Marques (Delagoabucht) als auch durch die Abwanderung von Arbeitern in die Minengebiete von Transvaal. Etwa zwei Drittel des Gebietes waren der direkten Verwaltung durch die portugiesischen Behörden entzogen, sie waren seit Ende des 19. Jahrhunderts zwei „Hoheitlichen Kompanien“ mit ausländischem Kapital übertragen: der Kompanie von Nyasa (im Norden zwischen den Flüssen Lurio und Rovuma) und der Kompanie von Mozambique (im Zentrum zwischen dem Sambesi und dem 22. Breitengrad), die hauptsächlich von den Steuern und der Rekrutierung von Arbeitskräften für die Minen von Rand und die inzwischen am unteren Sambesi errichteten Plantagen profitierten. Die anderen Kolonien waren, mit Ausnahme der Inseln von S. Tomé e Príncipe, deren Kakaoplantagen relativ wichtige Kapitalinvestitionen des Mutterlandes darstellten, von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung.

Zu Beginn der zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts begann der portugiesische Staat hauptsächlich auf äußeren Druck mit einer Entwicklungs- und Modernisierungspolitik in den Kolonien. Da der Völkerbund die „Zivilisierung“ der eingeborenen Völker und die Förderung des Wohlstands in den Überseegebieten gefordert hatte, fürchtete Portugal, seine Kolonialpolitik in Afrika könne als Vorwand dienen, Angola und Mozambique zu teilen und Ländern mit größerer wirtschaftlicher Kapazität zu überlassen.

Die neue Politik konzentrierte sich vor allem auf Angola und verfolgte prinzipiell zwei Ziele: Erstens sollte die Vorherrschaft Portugals durch die Errichtung einer Zivilverwaltung und die Intensivierung der „weißen Kolonialisierung“ verstärkt, zweitens sollte die Wirtschaft durch eine verbesserte Infrastruktur (Hafen-, Straßen- und Eisenbahnbau) modernisiert werden. Die Schwierigkeiten häuften sich jedoch bald: Fehlende finanzielle Mittel, eine galoppierende Inflation und die Unfähigkeit, die Auslandsschulden zu begleichen, führten zu einem raschen Ende dieser Politik.

In Mozambique, wo es ebenfalls finanzielle Schwierigkeiten gab, kam es zu vermehrten Spannungen mit Südafrika, das den Hafen und die Eisenbahn von Lourenço Marques kontrollieren wollte. Südafrika drohte sogar mit der Annexion der

gesamten südlichen Zone des Territoriums. In S. Tomé ging die Kakaoproduktion durch Krankheitsbefall der Pflanzen, Übernutzung des Bodens und Preisverfall zurück. Mitte der zwanziger Jahre wurde deutlich, daß sich die Hoffnungen auf eine rasche Modernisierung der Kolonien nicht erfüllen würden.

Mit der Krise kehrte das alte Schreckgespenst einer Aufteilung des Kolonialreichs zwischen den Großmächten wieder und mehrte in Portugal die Sorgen um die koloniale Zukunft des Landes. Man fürchtete die kolonialen Interessen Italiens und vor allem Deutschlands. 1925 veröffentlichte der amerikanische Soziologe Edward Ross einen Bericht, worin die portugiesischen Machthaber in Angola und Mozambique sklavenähnlicher Praktiken bezichtigt wurden. In Lissabon wurde der Bericht allgemein als weiterer Teil einer internationalen Konspiration mit dem Ziel angesehen, dem Land seine Gebiete in Übersee zu nehmen. Hinzu kamen Spekulationen über die Gefahr eines weißen Separatismus, über den in Lissabon 1924/25 immer wieder Gerüchte kursierten.

All das war Grund genug, den Nationalismus der radikalsten portugiesischen Eliten neu zu beleben und führte zur Bildung einer Bewegung zur Verteidigung der Kolonien, der sich Persönlichkeiten der verschiedensten politischen Richtungen anschlossen. Man betonte die Unantastbarkeit des Kolonialreiches als Ziel der „historischen Mission“ Portugals und als Garantie für das politische Überleben des Landes.

Die Krise des portugiesischen Imperialismus trug entscheidend zum Fall der Ersten Republik am 28. Mai 1926 bei. Die anschließende Militärdiktatur verabschiedete ein Gesetzespaket, das der Kolonialverwaltung zu mehr Effizienz verhelfen sollte. Die neuen Rechtsordnungen der Kolonialverwaltung (Dekret Nr. 12 421 vom 2. Oktober 1926) begrenzten die Autonomie der Kolonialregierungen und stärkten die Kontrollfunktion des Mutterlandes. Dem gleichen Ziel diente das Statut der katholischen Mission Portugals in Afrika und Timor. Wie es in der Präambel der Verordnung hieß, sollte damit der Einfluß ausländischer Missionen, insbesondere der Protestanten, bekämpft werden.

Aber das war nur ein Aspekt eines umfassenderen Projekts: Man wollte sich vor allem der Unterstützung der Kirche versichern, da der Staat allein keine umfassende Kontrolle ausüben konnte. Ein anderes Dokument, das sogenannte politische, zivile und strafrechtliche Statut der Eingeborenen von Angola und Mozambique (Dekret Nr. 12 533 vom 30. Oktober 1926, abgeändert durch das Dekret Nr. 16 473 vom 6. Februar 1929), verlieh der Unterscheidung der Bevölkerung in „Zivilisierte“ und „Eingeborene“ Gesetzescharakter. Letztere unterstanden nicht dem allgemeinen Gesetz, sondern ihren traditionellen Gebräuchen und Sitten unter staatlicher Aufsicht. Die Arbeitsordnung der Eingeborenen (Dekret Nr. 16 199 vom 6. Dezember 1928) schaffte die gesetzliche Verpflichtung zur Arbeit ab. Auf diese Weise wurde der Rechtfertigung der Zwangsarbeit die Basis entzogen. Es handelte sich dabei jedoch lediglich um einen taktischen Rückzug angesichts der Forderungen des Völkerbunds und der Internationalen Arbeiterorganisationen, der von den radikalsten Gruppen innerhalb des Regimes scharf kritisiert wurde – ohne Grund allerdings, denn die Zwangsmaßnahmen wurden von den neuen Gesetzesbestimmungen nur kurzfristig berührt.

Die vier Dekrete bildeten die Grundlage der portugiesischen Kolonialpolitik in den folgenden Jahren. Aber erst mit dem *Estado Novo* wurde diese Politik systematisch umgesetzt und der Staatsapparat in den Dienst der Errichtung des Kolonialreichs gestellt. Der *Acto Colonial* markierte den Übergang zu dieser neuen Phase. Das Dokument wurde am 8. Juli 1930 veröffentlicht und war fortan Verfassungsrecht auf dem Gebiet der portugiesischen Kolonien; Salazar war damals Interimsminister für die Kolonien. Artikel 2 bekräftigte: „Es ist das Wesen der portugiesischen Nation, ihre historische Aufgabe zu erfüllen und Gebiete in Übersee zu besitzen, zu kolonialisieren sowie die dort lebenden Eingeborenen zu zivilisieren.“ Diese Formel kann als ideologische Grundlage der Kolonialpolitik des *Estado Novo* gelten.

Eine zentrale Funktion der Kolonialideologie war auch die Stärkung des inneren Zusammenhalts der Nation gegen äußere Gefahren und Ansprüche zu einem Zeitpunkt, da sich die Spannungen mit dem Völkerbund verschärften. Schließlich bekräftigte man einen kollektiven Mythos, der dazu diente, nationale Energien zu mobilisieren und das Vertrauen in die Staatsmacht zu stärken. Die Ideologen des *Estado Novo* – insbesondere Armindo Monteiro, Minister für die Kolonien von 1931 bis 1935 und in dieser Zeit wichtigster Theoretiker in der Kolonialfrage – betonten die koloniale Mission als Ausdruck eines „kollektiven Ideals“, das „seit Jahrhunderten in der Seele der Nation“ verwurzelt sei. Ein Abgehen von dieser Politik würde die Unabhängigkeit des Landes in Frage stellen. Es blieb nicht nur bei Worten: Mit Nachdruck bemühte sich das Regime, in der gesamten Bevölkerung ein Bewußtsein für die Notwendigkeit seiner Kolonialpolitik zu schaffen. Das geschah durch öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen wie Konferenzen der Kolonial-Gouverneure, Kolonialwochen, Publikationen und Ausstellungen. Höhepunkt war der Besuch des Staatspräsidenten in den afrikanischen Kolonien 1938 und bei der „Ausstellung der portugiesischen Welt“ 1940. Auch das Bildungssystem wurde in bis dahin unbekanntem Ausmaß in den Dienst der Kolonialreichsidee gestellt.

Artikel 2 des *Acto Colonial* verankerte schließlich die Legitimierung der Herrschaft über die „eingeborene“ Bevölkerung. Sie wurde mit der Idee der Überlegenheit der westlichen Zivilisation – mit anderen Worten: der weißen Rasse – gerechtfertigt, die zur Unterwerfung von Völkern verpflichtete, die vermeintlich oder zumindest aus eigener Kraft unfähig seien, sozial und geistig höherentwickelte Lebensformen zu erreichen.

Abgesehen von seiner Signalwirkung bedeutete der *Acto Colonial*, der durch das Statut des portugiesischen Kolonialreichs und die Verwaltungsreform in Übersee (Dekrete Nr. 23 228 und 23 229 vom 15. November 1933) ergänzt wurde, auch eine umfassende Restrukturierung des kolonialen Machtssystems zugunsten des Mutterlandes. Die im vorangegangenen Jahrzehnt gewährte Entscheidungsautonomie wurde stark beschränkt, und dem Minister für die Kolonien wurden weitreichende legislative und exekutive Befugnisse übertragen. Diese Neuorientierung betraf auch die Wirtschaftspolitik; man versuchte, den Einfluß ausländischer Investoren in den Überseegebieten zurückzudrängen. Die Gewährung oder Erneuerung von Konzessionen wurde erschwert, was in den Folgejahren zu ihrem

schrittweisen Erlöschen für große Teile Mozambiques führte. Im sogenannten Kolonialpakt wurde den Kolonien die Aufgabe zugeschrieben, der Industrie im Mutterland die benötigten Rohstoffe zu liefern und die Märkte in Übersee portugiesischen Produkten vorzubehalten.

Neu war diese Politik indes nicht; insbesondere die Gesetze zum Schutze portugiesischer Exporte in die Kolonien hatten eine lange Tradition. Knapp hundert Jahre vorher hatte man damit begonnen, und mit den Gebührenlisten von 1892 war der Protektionismus intensiviert worden, besonders für Wein und Textilien. Diese Bestimmungen waren 1914 gemildert worden, das Prinzip jedoch bestehen geblieben. Der *Estado Novo* beschränkte sich nun darauf, das allgemeine Protektionsminimum auf 50 Prozent zu begrenzen und die durch die Inflation der dreißiger Jahre entwerteten Zollgebühren zu aktualisieren.

In der Tat neu war jedoch die Beständigkeit, mit der das salazaristische Regime versuchte, den kolonialen Markt zu regulieren: Durch die Einrichtung von Devisenfonds in Angola (1931) und Mozambique (1932) gewann der Staat die Kontrolle über die verfügbaren externen Zahlungsmittel. 1936 wurde das Prinzip der Industrielenkung auf die Gebiete in Übersee ausgeweitet. Das bedeutete, daß eine Regierungsgenehmigung für den Aufbau von Industriebetrieben notwendig wurde; dies machte es möglich, die Industrialisierung in den Kolonien zu begrenzen oder sogar vollständig zu unterbinden. Im folgenden Jahr wurden die sogenannten Organismen zur wirtschaftlichen Koordination eingeführt, mit denen der Export verschiedener Kolonialprodukte kontrolliert werden sollte².

Diese Strategie wurde von allen Kolonialmächten verfolgt. Die Erfolge waren im Falle Portugals jedoch mäßig, wenn man nur die dreißiger Jahre betrachtet: Der Handel mit den Kolonien betrug nie mehr als 15 Prozent, ebenso die Exporte nach Übersee. In beiden Fällen blieb man somit unter den zwischen 1890 und dem Ersten Weltkrieg erreichten Werten³. Einen bescheidenen Erfolg stellte dagegen die Steigerung der Textilexporte nach Angola und Mozambique dar und die Importe von Konsumgütern aus den Kolonien, vor allem Mais und Zucker. Der portugiesische Markt wurde seit 1930 ausschließlich mit Zucker aus den Kolonien versorgt, zu höheren Preisen als auf dem Weltmarkt⁴.

Von vielleicht größter Bedeutung war der noch in den dreißiger Jahren begonnene Anbau von Baumwolle in Angola und Mozambique, dessen Intensivierung schon lange eines der Ziele der portugiesischen Kolonialpolitik war; unter der Militärdiktatur wurde dieses Projekt mit dem Dekret vom September 1926 wieder aufgenommen. Man übernahm ein Modell, das schon in Belgisch-Kongo angewandt worden war und eine Aufteilung des Kolonialgebietes in mehrere Zonen vorsah. Diese wurden Konzessionären übergeben, die dort das Exklusivrecht für den Aufkauf von Baumwolle hatten, die von den „Eingeborenen“ angebaut wur-

² Dekret Nr. 27 552 vom 5.3.1937, in: *Diário do Governo*; siehe Joana Pereira Leite, *La formation de l'économie coloniale au Mozambique*, Diss. Paris 1989, S. 192.

³ Gervase Clarence-Smith, *The Third Portuguese Empire, 1825-1975*, Manchester 1985, Anhang 3, Graphiken 1 u. 2.

⁴ Ebenda, S. 150 und Anhang 3; Fernando Rosas, *O Estado Novo nos Anos Trinta, 1928-1938*, Lissabon 1986, S. 141f.

de. Aber der entscheidende Impuls kam erst 1932 mit der Festlegung eines garantierten Mindestpreises für Baumwolle aus den Kolonien auf dem Markt des Mutterlandes. Dieser Preis lag über dem Weltmarktniveau und wurde durch die Kontingentierung bestimmter Qualitäten aus dem Ausland ergänzt⁵. Die Produktion stieg zwischen 1932 und 1936 von 2 378 auf 7 048 Tonnen⁶.

Grundlage dieses Systems war die Unterdrückung der afrikanischen Bauern. Sie wurden gezwungen, ein Produkt anzubauen, das ihnen zu Billigstpreisen abgekauft wurde⁷. Dies war eine der traditionellen Formen von Zwangsarbeit, die trotz der Vorschriften der Arbeitsordnung von 1928 weiterbestanden. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung in den dreißiger Jahren wurde allmählich der Druck auf die Arbeitskräfte geringer. Die Verhältnisse waren jedoch von Region zu Region sehr verschieden und abhängig von der Nachfrage einerseits und der Effizienz der zu dieser Zeit noch schwach entwickelten portugiesischen Verwaltung andererseits.

Der durch den Zweiten Weltkrieg bedingte Konjunkturaufschwung gab dieser Politik neue Impulse. Bis 1941 waren die Probleme, die durch das Schließen einiger Märkte und die Transportmittelknappheit entstanden waren, überwunden. Durch die Wiederherstellung der internationalen Handelswege stieg die Nachfrage nach den wichtigsten Produkten aus den Kolonien, wodurch der Exporthandel von Angola und Mozambique einen Aufschwung erlebte und gleichzeitig die dortige Binnenwirtschaft dynamisierte; der Druck auf die afrikanischen Bauern wuchs. Zugleich verstärkte Portugal mittels neugegründeter Organisationen zur wirtschaftlichen Koordination die Kontrolle über die Handelsbeziehungen der Kolonien. Die Methoden waren die schon im vorangegangenen Jahrzehnt erprobten: Schutzzölle, Festpreise für Kolonialprodukte (jetzt unter denen des Weltmarkts) und die Festlegung von Mindestabnahmemengen für den portugiesischen Markt. Gegen Kriegsende gingen 20 Prozent der portugiesischen Exporte in die Kolonien, Portugal war jetzt der wichtigste Handelspartner von Angola und Mozambique⁸.

Auch nach dem Krieg expandierte der Überseehandel; die hohen Rohstoffpreise begünstigten dies und führten vor allem in Angola zu einem Kaffeeboom. Die Handelsbeziehungen zwischen Mutterland und Kolonien erreichten hier ihren Höhepunkt. In den fünfziger Jahren wurden Baumwolltextilien in allen Kolonien fast ausschließlich aus Portugal importiert. Der Import portugiesischen Weins betrug 1955 bis 1959 über 1 Million Hektoliter pro Jahr (gegenüber durchschnittlich 180 000 Hektoliter zwischen 1930 und 1934), was fast 80 Prozent des Gesamtexports entsprach. Die Bandbreite portugiesischer Produkte, die in die Kolonien exportiert wurden, erweiterte sich zunehmend. Dazu gehörten jetzt unter anderem Bier, Fischkonserven, chemische Produkte, Reifen und Maschinen. Parallel dazu begann jedoch auch in Angola und Mozambique ein allmählicher Industrialisie-

⁵ Ebenda, S. 143.

⁶ Vgl. F. Ribeiro Salgado, *A Evolução do Comércio Especial Ultramarino*, Lissabon AGC 1939, Karte 44.

⁷ Vgl. Leroy Vail/Landeg White, *Capitalism and Colonialism in Mozambique*, London 1980, S. 272ff.

⁸ Vgl. Fernando Rosas, *Portugal entre a Paz e a Guerra, 1939-1945*, Lissabon 1990, S. 239ff.

rungsprozeß unter der Kontrolle der wichtigsten Konzerne Portugals, die ab Mitte der vierziger Jahre erstmals größere Summen direkt in die Produktion (insbesondere im Bereich der Anpflanzungen) investierten, wobei sie den Rückzug ausländischen Kapitals während des Kriegs ausnutzten⁹. Neu war auch die Bereitschaft des Staates, öffentliche Gelder in den Kolonien zu investieren; der erste Entwicklungsplan (1953-1958) gewährte relativ hohe Beträge in erster Linie für die Verbesserung der Infrastrukturen.

Schließlich nahm bereits in der Nachkriegszeit die Emigration nach Angola und Mozambique zu: In Angola stieg die Zahl der Weißen von 44 000 im Jahre 1940 auf 173 000 im Jahre 1960; in Mozambique im selben Zeitraum von 27 500 auf 97 000. Das plötzliche Interesse für die Kolonien stand in engem Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Aufschwung. Wichtig waren aber auch die Anstrengungen des *Estado Novo*, der sich seit den dreißiger Jahren bemühte, das Ansehen der Kolonien zu verbessern und vom Stigma der Verbannung zu befreien, das bis dahin auf Afrika gelastet hatte.

Bis Ende der fünfziger Jahre erfolgte der Handel zwischen Portugal und seinen afrikanischen Gebieten noch im wesentlichen gemäß dem „Kolonialpakt“. Aber das Bild änderte sich in den sechziger Jahren durch eine neue Wirtschaftspolitik, deren Ziel ein portugiesischer Einheitsmarkt war, der das Mutterland und die Kolonien umfassen und den freien Verkehr von Personen, Waren und Kapital ermöglichen sollte. Diese wirtschaftliche Neukonzeption folgte der politischen Integration der Kolonien, wie sie in der Verfassungsänderung von 1951 festgelegt worden war; sie entsprang gleichzeitig aber auch einer ökonomischen Notwendigkeit. Denn durch das Wachstum der Basissektoren (Elektrizität, Metallurgie, Chemie, Erdöl) verlor die Textilindustrie, bisher wichtigste Grundlage des „Kolonialpakts“, an Bedeutung und Einfluß. Und schließlich versuchte man sich durch die Formierung des „Wirtschaftsraums Portugal“ für die Verhandlungen über einen gemeinsamen europäischen Markt eine solidere Ausgangsposition zu schaffen.

Nicht allein aufgrund dieser Politik, aber doch in ihrem Rahmen erlebte Mozambique ein beachtliches Wirtschaftswachstum; noch mehr jedoch galt dies für Angola, wo man zwischen 1963 und 1973 einen Anstieg von jährlich 7 Prozent verzeichnete¹⁰. Dies erleichterte den beiden Ländern die Durchsetzung auf dem internationalen Markt, wo die Bedingungen angesichts der Konjunktursteigerung und der hohen Preise günstig waren. 1961 begann eine vermehrte Öffnung gegenüber ausländischen Investoren, die sich ab 1965 verstärkte. Der Ausbruch der Kolonialkriege (in Angola 1961, in Guinea 1963 und in Mozambique 1964) hatte nicht die befürchteten negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft. Da nur die Grenzgebiete von den bewaffneten Auseinandersetzungen betroffen waren, wurde die Produktion in Angola und Mozambique nicht unterbrochen.

Die Kriege spielten trotzdem eine wichtige Rolle für die Entwicklung der Kolonien: Sie gaben einerseits den Anstoß zur Abschaffung alter, immer noch bestehender Ausbeutungsmechanismen und erhöhten gleichzeitig die Investitionen des

⁹ Ebenda, S. 265ff.

¹⁰ Fernando Rosas, O „Estado Novo“ (1926-1974), Bd. 7 der *História de Portugal*, hrsg. von José Mattoso, Lissabon 1994, S. 489ff.

Staates für zivile und militärische Zwecke. Die Exporte nach Portugal sanken dabei in Angola seit Beginn der sechziger Jahre beständig, von ursprünglich über 40 auf 26 Prozent in den Jahren 1972 und 1973, in Mozambique zwischen 1967 und 1973 von mehr als 30 auf 19 Prozent. Die Exporte von Portugal nach Übersee gingen zwischen 1968 und 1972 von 23,6 auf 12,6 Prozent des gesamten Exports zurück¹¹. In diesen Zahlen spiegelte sich die Unfähigkeit Portugals, die Produktionssteigerung der Kolonien zu absorbieren und ihnen die benötigten Güter zu liefern.

Die modernsten und dynamischsten Sektoren der portugiesischen Industrie (Metallurgie, Chemie, metallhaltige Produkte, Maschinen, Transportausrüstung) waren inzwischen freilich kaum mehr von den Kolonien abhängig¹². Portugal sah sich auf wirtschaftlichem Gebiet mit einer Entwicklung konfrontiert, die durch die globale Liberalisierung des Handels und die Internationalisierung des Produktionsprozesses verursacht wurde. Die nach dem Zweiten Weltkrieg alle Kolonialmächte betreffende Legitimationskrise stellte aber eine weitaus größere Bedrohung dar. Ausgelöst wurde sie einerseits durch die Forderungen nach einem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Wichtiger war jedoch, daß man die Überzeugung von der Überlegenheit der westlichen Zivilisation und den Glauben an die „Mission“ der europäischen Nationen verloren hatte.

Die Kolonialmächte reagierten allgemein mit der Abschaffung der gravierendsten Formen wirtschaftlicher Ausbeutung in Afrika und gewährten der Bevölkerung zunehmend mehr politische Rechte. Portugal stand hinter dieser Entwicklung nicht zurück: 1944 wurde erstmals gefordert, die juristischen und institutionellen Vorschriften der veränderten politischen Situation anzupassen. Im folgenden Jahr begab sich der Minister für die Kolonien nach Übersee, um sowohl aus dem Recht als auch aus der administrativen Praxis die deutlichsten Zeichen von Rassendiskriminierung und Zwangsarbeit zu eliminieren¹³. Über leichte Korrekturen kam man dabei jedoch nicht hinaus.

Eine so begrenzte Reform war als Antwort auf eine die Fundamente des Kolonialsystems berührende Krise offensichtlich ungenügend. Dies zeigte sich schnell angesichts des Kampfes der neuen Indischen Union gegen die portugiesische Vorherrschaft über Goa, Damão und Diu, drei kleine Gebiete auf dem indischen Subkontinent, unmittelbar nach der Unabhängigkeit Indiens im Jahre 1947. Das Problem blieb jahrelang ungelöst, weil Lissabon sich stets einem Referendum verweigerte. Da jedoch auch eine Verschlechterung der Situation in Afrika vorhersehbar war, entschied sich die portugiesische Regierung schließlich 1951 dafür, durch eine Verfassungsrevision den *Acto Colonial* außer Kraft zu setzen. Die Reichsidee, welche die Zwischenkriegszeit geprägt hatte, wurde durch eine assimilatorische Konzeption ersetzt: Die Kolonien hatten nun den Status von „Überseeprovinzen“ und bildeten zusammen mit dem Mutterland eine gemeinsame Nation. Gleichzei-

¹¹ Vgl. Leite, *La formation*, S. 298.

¹² Vgl. Edhar Rocha, *Portugal, anos 60: crescimento económico e relações com as colónias*, in: *Análise Social*, 2. Serie, Nr. 3, 13 (1977), S. 593-617.

¹³ Die Maßnahmen Marcello Caetano sind zusammengestellt in: *Providências Legislativas*, AGC, 1945.

tig übernahm das Regime aufgrund äußeren Drucks als offizielle Doktrin den *Luso-tropicalismo* – eine bereits in den dreißiger Jahren von dem brasilianischen Soziologen Gilberto Freyre formulierte Theorie, wonach die Beziehungen der Portugiesen zu den kolonisierten Völkern auf dem Verständnis und der Übernahme ihrer Werte basierten und sich durch biologische und kulturelle Vermischung zu einem Ganzen verbinden würden.

Aber diese neuen juristischen und ideologischen Fundamente berührten die politische Wirklichkeit des Kolonialsystems kaum. Das 1953 verkündete Gesetz für die portugiesischen Überseegebiete führte lediglich kleinere Veränderungen in der Überseeverwaltung ein; gegen eine Assimilation der Bevölkerung war das Eingeborenenstatut gerichtet, welches 1954 modifiziert wurde und in der Praxis der überwiegenden Mehrheit der afrikanischen Bevölkerung die portugiesische Staatsbürgerschaft entzog. Die Zahl der „Assimilierten“ war verschwindend gering: Sie betrug weniger als 1 Prozent, als das Statut 1961 schließlich abgeschafft wurde. Dies bezeugte den fehlenden politischen Willen der Kolonialmacht, die politischen Eliten und Autoritätspersonen innerhalb der traditionellen afrikanischen Gesellschaften als Vermittler zwischen beiden Kulturen anzuerkennen. Die Kreolen, die bis ins 19. Jahrhundert diese Funktion ausgefüllt hatten, verloren mit dem Vordringen europäischer Bevölkerungsgruppen und der Diskriminierung durch die portugiesischen Behörden jeden politischen Einfluß.

Diese Situation verschärfte sich, als der Entkolonialisierungsprozeß in Afrika sich in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre zu beschleunigen begann. Für Portugal wurde die Situation kritisch, als Belgisch-Kongo im Juni 1960 unabhängig wurde. Die geographische Nähe des neuen Staates zu Angola sowie die ethnische Identität der Bevölkerung in den jeweiligen Grenzgebieten machten es wahrscheinlich, daß dieser Vorgang schon bald auf angolanischem Gebiet Auswirkungen zeigen würde. Anfang 1961 war es soweit: Der Aufstand gegen den Zwangsanbau von Baumwolle im Gebiet des unteren Kasanga wurde brutal niedergeschlagen; im Februar folgte eine Revolte in Luanda mit einem mißlungenen Angriff auf die Gefängnisse zur Befreiung der politischen Gefangenen; im März folgte der Kongo-Aufstand (im Nordwesten Angolas), begleitet von einem Massaker an weißen Siedlern, sogar an Mestizen und „Assimilierten“. Dieser Aufstand markierte den Beginn des Kolonialkriegs.

Der *Estado Novo* wurde durch den Ausbruch des Konflikts in Angola schwer erschüttert. Zum ersten und einzigen Mal in seiner Amtszeit mußte Salazar im April 1961 befürchten, infolge militärischer Unruhen, in die sogar der Verteidigungs- und der Heeresminister verwickelt waren, die Macht zu verlieren.

Nach dem Scheitern der Unruhen wurde die Afrikapolitik verändert: Man beschloß die umgehende Vorbereitung einer militärischen Gegenoffensive im Aufstandsgebiet Kongo; man appellierte an das Nationalbewußtsein der Portugiesen, um diese für die geplanten Maßnahmen zu mobilisieren; schließlich sollte die Verabschiedung einer großen Zahl gesetzlicher Maßnahmen (darunter die Abschaffung des Eingeborenenstatuts, des Zwangsanbaus und der Zwangsarbeit) die politische Situation in den Kolonien stabilisieren, um dem internationalen Druck besser standhalten zu können und den afrikanischen Aufstandsbewegungen ihre so-

ziale Motivation zu entziehen. Aber einmal mehr waren die Änderungen zu begrenzt: Die Bevölkerung wurde jetzt „Gemeindeämtern“ unterstellt, die „Nachbarn nach traditionellem Recht“ vereinten und von einem nach lokalen Gebräuchen gewählten „Gemeindevorsteher“ geleitet wurden¹⁴. Der „Gemeindevorsteher“ blieb jedoch, wie die ehemaligen Behörden, von der portugiesischen Administration abhängig. Nach der Niederschlagung der ersten großen Unruhen begannen in Guinea 1963 und in Mozambique im darauffolgenden Jahr die Guerillakämpfe.

In den Kolonialkriegen der sechziger und siebziger Jahre manifestierte sich einerseits ein erstarkender afrikanischer Nationalismus. Der Konflikt zwischen den „weißen Bastionen“ Afrikas und den Ländern mit schwarzer Mehrheit war jedoch andererseits auch ein zwar am Rande gelegener, aber wichtiger Schauplatz des Kalten Krieges. In diesem Kontext war es Portugal möglich, diplomatische und militärische Unterstützung zur Bekämpfung der Guerilla zu erhalten. Allein die USA übten während der Regierung Kennedys politischen Druck auf Lissabon aus, vor allem 1961, als ein Embargo von amerikanischem Militärmaterial gegen Portugal verhängt wurde. Das Embargo wurde jedoch mehrmals unterlaufen: Die strategische Bedeutung der Basis von Lagos, das den USA 1944 mit einem Zeitvertrag überlassen worden war, hinderte Washington, der Afrikapolitik Lissabons entschiedener zu begegnen. Noch offener war die Unterstützung durch Länder wie Frankreich oder die Bundesrepublik Deutschland. Die afrikanischen Nationalbewegungen ihrerseits suchten Unterstützung vor allem bei den Staaten des kommunistischen Lagers, die sich durch diese Hilfe ihre militärische Präsenz in Angola, Mozambique und Guinea sichern konnten; mit Ausnahme von Guinea hatte das jedoch keinen sichtbaren Einfluß auf die Wirtschaft in diesen Ländern.

Auch die Regierung Marcello Caetano, der Salazar 1968 ablöste, führte die notwendigen Reformen nicht durch; die „schrittweise Autonomie“ der Kolonien, festgeschrieben in der Verfassungsrevision von 1971, schloß die überwiegende Mehrheit der afrikanischen Bevölkerung weiterhin vom Wahlrecht aus. In Portugal selbst entfremdete der lange Krieg, dessen Ende nicht abzusehen war, wichtige Institutionen und gesellschaftliche Gruppen dem Regime, vor allem Kirche und Streitkräfte. Das Resultat war der von der Bevölkerung mit Begeisterung unterstützte Aufstand des Militärs am 25. April 1974 und die sich anschließende schnelle Entkolonialisierung.

Der *Estado Novo* beschränkte sich im wesentlichen auf die Fortführung der traditionellen Kolonialpolitik, sein Imperialismus war nicht expansionistisch – angesichts des äußeren Drucks benötigte er seine ganzen Kräfte zur Bewahrung der vorhandenen Gebiete. Auch die politischen Grundsätze zur Rechtfertigung der Kolonialpolitik waren nicht neu. Das Salazar-Regime beschränkte sich auf die Wiederaufnahme der großen Themen des portugiesischen Nationalismus, deren Ursprung in der Mitte des 19. Jahrhunderts lagen: Die „heilige Erbschaft“ aus der Zeit der Entdeckungen sicherte die nationale Identität und die Unabhängigkeit gegenüber Spanien auf der iberischen Halbinsel. Im Gegensatz zu anderen Kolonial-

¹⁴ Dekret Nr. 43 896 vom 6.9.1961, in: *Diário do Governador*.

mächten blieben in Portugal die Gegner des Kolonialismus – mit Ausnahme der letzten Jahre des *Estado Novo* – immer nur eine Minderheit.

Auch auf der Ebene der ideologischen Legitimation der Vorherrschaft Portugals über die Länder in Übersee behielt der Salazarismus im wesentlichen die schon bekannten Rechtfertigungen bei, die auf dem Glauben an die Überlegenheit der europäischen Zivilisation gegenüber Völkern beruhten, die man als „Primitive“ oder „Wilde“ bezeichnete und die man für unfähig hielt, sich von selbst zu einem zivilisierten Leben zu „erheben“. Der ideologische Diskurs proklamierte eine „Vormundschaft“ über die „Eingeborenen“ – eine Mission, für welche die Portugiesen durch die vermeintlich vorurteilslose Art, mit der sie sich auf die Einwohner in Übersee einzulassen wüßten, besonders qualifiziert seien.

Schließlich übernahm der Salazarismus auch in der kolonialen Wirtschaftspolitik die bereits aus dem 19. Jahrhundert stammenden Interessen und Ziele. Das galt insbesondere für den Versuch, ein Handelssystem einzuführen, das die Textil- und Baumwollindustrie im Nordosten Portugals begünstigte.

Jedoch gab es in der Kolonialfrage auch eine Reihe von Unterschieden zwischen Republik und *Estado Novo*: Vor allem vor dem Zweiten Weltkrieg war ein gewisses Pathos charakteristisch sowie die Fähigkeit des autoritären Regimes, nicht nur auf die Eliten, sondern – durch Propaganda und insbesondere durch einen streng kontrollierten Schulunterricht – auf die gesamte portugiesische Bevölkerung einzuwirken. Während die ideologische Ausrichtung zur Zeit der Republik zwar ethnozentrisch war, aber dem gängigen liberalen und humanitären Denken verhaftet blieb, bezog der *Estado Novo* in seiner ersten Phase (vor allem unter Armindo Monteiro) seine Vorstellungen von den portugiesischen Kolonialisten des Jahrhundertbeginns, die überwiegend vom Sozialdarwinismus beeinflusst waren. Diese ideologische Differenz führte jedoch zu keiner Veränderung der politischen Praxis in Afrika. Als der Salazarismus nach dem Zweiten Weltkrieg allmählich zu neuen Formen ideologischer Rechtfertigung überging, gefährdete er dadurch seine Identität.

Der *Estado Novo* unterschied sich auch durch die Effizienz, mit der er die „Nationalisierung“ der Kolonialwirtschaft in die Praxis umsetzte. Die Depression der dreißiger Jahre und der Zweite Weltkrieg verringerten den äußeren Druck. Diese hartnäckige Verteidigung eines wirtschaftlichen Nationalismus widerspricht eindeutig der sehr verbreiteten These, wonach der moderne portugiesische Kolonialismus zum wirtschaftlichen Nutzen der Großmächte auf die formale Ausübung der politischen Vorherrschaft beschränkt gewesen sei. Die Lage Portugals an der Semiperipherie des kapitalistischen Systems machte diese Theorie besonders attraktiv. Aber sie bestätigt sich durch die hier gemachten Beobachtungen nicht: Die Präsenz ausländischen Kapitals wurde immer nur als notwendiges Übel geduldet, nicht aber gefördert. Ferner ist festzustellen, daß die Kolonialpolitik auf streng nationalistischer Linie blieb, häufig sogar auf Kosten der Wirtschaft in den Überseegebieten.

Erst spät realisierte der *Estado Novo* einige traditionelle Forderungen portugiesischer Kolonialpolitiker wie die Ansiedlung der europäischen Bevölkerung in Angola und Mozambique, die von dem wirtschaftlichen Aufschwung beider Ge-

biete nach dem Zweiten Weltkrieg begleitet wurde. Die gängige Vorstellung von einem „Sonderweg“ des portugiesischen Kolonialismus wird dadurch in Frage gestellt. Statt dessen bleibt festzuhalten, daß das portugiesische Kolonialreich dieselbe Entwicklung nahm wie die Kolonien aller anderen imperialistischen Großmächte in Afrika: Festlegung der Grenzen, militärische und administrative Okkupation, wirtschaftliche Ausbeutung. Auch die „archaischen“ Produktionsformen mit Zwangsarbeit und Zwangsanbau fanden sich in den afrikanischen Kolonien Frankreichs oder Belgiens in gleicher Weise und können keineswegs als Anzeichen für die besondere Rückständigkeit des portugiesischen Kapitalismus gelten. Zwischen den politischen und wirtschaftlichen Zielvorstellungen der europäischen Kolonialmächte auf dem afrikanischen Kontinent bestanden keine prinzipiellen Unterschiede.

António Reis

Revolution und Demokratisierung

Der Sturz der Diktatur am 25. April 1974 war das Werk der Streitkräfte, nicht der zivilen Opposition. Obgleich die Agonie des spätsalazaristischen Systems seit langem offensichtlich war, sorgte erst die ausweglose Situation des Kolonialkriegs, für die das Militär zum Sündenbock gemacht zu werden fürchtete, für den revolutionären Funken. Zwar hatte eine schwere Wirtschaftskrise, die von dem plötzlichen Anstieg der Erdölpreise auf dem Weltmarkt ausging und spürbare soziale Folgen zeitigte, Widerspruch sogar von Seiten der katholischen Kirche ausgelöst, aber selbst die Kommunistische Partei, die als einzige über einen organisierten Geheimapparat verfügte, war nicht in der Lage, ernsthafte Offensiven zu starten. Die am 19. April 1973 in Deutschland gegründete Sozialistische Partei, die aus der *Acção Socialista Portuguesa* (Sozialistische Aktion Portugals) hervorging, war im Ausland besser organisiert als zu Hause, wo sie sich darauf beschränkte, ihr neues Programm über ihre Untergrundpresse zu verbreiten. Die extreme Linke war in viele Fraktionen gespalten, die fast alle maoistisch ausgerichtet und auf das studentische Milieu begrenzt waren. Nur den Revolutionären Brigaden, die durch eine Spaltung der in Algerien ansässigen Patriotischen Front der Nationalen Befreiung entstanden waren, gelang es, mit einigen bewaffneten Aktionen gegen militärische Einrichtungen das Regime zu beunruhigen.

Die liberalen Oppositionsgruppen waren nach einem gescheiterten Treffen im Sommer 1973 unfähig, eine Organisation zu schaffen. Sie beschränkten sich darauf, ihre Meinung im *Expresso* und über die SEDES (Studiengesellschaft zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung) zu verbreiten. Der Einfluß anderer Presseorgane wie der von den Sozialisten beherrschten Tageszeitung *República* oder von *Seara Nova*, einer monatlich erscheinenden Zeitschrift mit einer Auflage von 30 000 Exemplaren, in der Sozialisten und Kommunisten zusammenarbeiteten, war hingegen deutlich spürbar. Auch die fortschrittlichen Katholiken unternahmen einige gegen das Regime gerichtete Aktionen; die spektakulärste war 1972 eine Mahnwache gegen den Kolonialkrieg in der *Capela do Rato* in Lissabon, die zu Gefängnisstrafen und zur Entlassung einiger Teilnehmer aus dem öffentlichen Dienst führte.

Dennoch war man in den ersten Monaten des Jahres 1974 weit entfernt von einer dynamischen, politisch organisierten Bewegung wie in den Jahren 1958 oder auch 1969. Trotz der Streiks für höhere Löhne, die Anfang 1974 durch den starken

Anstieg der Inflationsrate auf fast 30 Prozent ausgelöst wurden, standen die Zeichen eher auf Beruhigung. Nicht die schwache zivile politische Opposition, sondern die Ausweglosigkeit des Kolonialkriegs und die daraus resultierende zunehmende Unzufriedenheit der Militärs führte in die Revolution – und machte die Einzigartigkeit des 25. April 1974 aus.

Im Gegensatz zu den bis dahin versuchten Staatsstreichen wurde der Putsch vom 25. April ausschließlich durch das Militär geplant und ausgeführt. Die Ausarbeitung des politischen Programms der sogenannten Bewegung der Streitkräfte (MFA) geschah ohne vorherige Absprache mit der zivilen politischen Opposition, obgleich die Bildung einer zivilen Übergangsregierung zur Vorbereitung von Parlamentswahlen und eine neue Wirtschafts- und Sozialpolitik zur Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse gegen die Macht der Monopole zu den Hauptforderungen der Offiziere zählten.

Planung und Umsturz

Am 9. September 1973 kamen die oppositionellen Militärs in der Nähe von Evora unter dem Vorwand einer berufsständischen Veranstaltung zum ersten Mal zusammen. Das Ergebnis war ein von etwa 400 aktiven Offizieren unterzeichnetes Dokument, das eine kritische Auseinandersetzung mit den integralistischen Thesen darstellte, welche die Ultrarechten auf dem Kongreß der Kämpfer in Übersee im Juni 1973 in Porto aufgestellt hatten. Nur so ist zu verstehen, daß sich die Bewegung trotz des sukzessiven Nachgebens der Regierung Caetano hinsichtlich der Standesinteressen des Militärs gegenüber den ehemaligen Angehörigen der Milizen und trotz einer deutlichen Gehaltserhöhung nicht auflöste, sondern noch schneller politisierte.

Ab Anfang März 1974 schlossen sich die ehemaligen Milizangehörigen der Bewegung an und nahmen bereits an dem Treffen in Cascais am 5. März teil. Dort wurde ein erstes programmatisches Thesenpapier mit dem Titel „Die Bewegung, die Streitkräfte und die Nation“ verabschiedet. Ziel war immer noch, die Militärhierarchie und den Präsidenten der Republik dazu zu drängen, den politischen Forderungen nachzugeben. Aber die Zwangsversetzung einiger Führer der Bewegung und schließlich die Entlassungen von Spínola und Costa Gomes durch die Regierung beendeten die letzten Illusionen über die Möglichkeit eines legalen Regierungswechsels. Die Empörung über diese Entlassungen führte jedoch zu einer übereilten Aktion der Anhänger Spínolas: Am 16. März erhob sich das Regiment von Caldas da Rainha – gleichsam ein Test für die Verteidigungsbereitschaft der Regierung. Major Otelo Saraiva de Carvalho, der sich zusammen mit dem in der Zwischenzeit auf die Azoren versetzten Hauptmann Vasco Lourenço und dem für das politische Programm verantwortlichen Major Vítor Alves die Führung der Bewegung teilte, übernahm nun die Vorbereitung des Militärputsches.

Der Überraschungsfaktor sollte für den Erfolg der geplanten Operation entscheidend sein. Deshalb wurde die Falschinformation lanciert, vor dem Heeresministerium sei für den 2. Mai 1974 eine Demonstration der Offiziere geplant, während die politische Polizei sich vor allem auf die gewohnten Demonstrationen zum 1. Mai konzentrierte. Verteidigungsminister Silva Cunha gab später zu: „Zwischen dem 16. März und dem 25. April gab es keinerlei Informationen über das, was vorbereitet wurde.“

In genau dieser Zeit wurden das politische Programm und der Operationsplan fertiggestellt. Ersteres verlangte neben der demokratischen Umgestaltung die Abschaffung der Zensur, die Auflösung der politischen Polizei (PIDE), der *Legião* sowie der *Mocidade Portuguesa* und erlaubte die Bildung „politischer Vereinigungen“ als „mögliche Ausgangsbasis für spätere politische Parteien“. Der Operationsplan sah die Konzentration von Truppen aus verschiedenen Landesteilen in Lissabon vor, die Übernahme der Kontrolle über den Hörfunk und das Fernsehen, über den Flughafen und das Hauptquartier der Militärregion sowie die Verhaftung von Regierungsmitgliedern und des Präsidenten. Außerdem wollten sich die Mitglieder der Junta zur nationalen Rettung dem Land vor den Kameras des staatlichen Fernsehens (RTP) präsentieren.

Die Ausstrahlung zweier Lieder – *E depois do Adeus* um 22.55 Uhr am 24. April und *Grândola Vila Morena* um 0.25 Uhr am 25. April – signalisierte den Beginn der Operation „Ende des Regimes“. Ein in der Kaserne Pontinha installiertes Übertragungs- und Abhörsystem sicherte die Koordination der Operation. In den frühen Morgenstunden des 25. April wurden das Fernsehen und der *Rádio Clube Português* besetzt und die ersten Mitteilungen des MFA ausgestrahlt. Besetzt wurden auch die *Emissora Nacional*, das Hauptquartier der Militärregion von Lissabon, sowie der Flughafen. Um sechs Uhr morgens war der *Terreiro do Paço* unter der Kontrolle einer Einheit der *Escola Prática de Cavalaria* (EPC) von Santarém. Im ganzen Land bemächtigten sich der Bewegung angehörende Offiziere mit oder ohne Zustimmung der entsprechenden Kommandanten ihrer Einheiten. Die obersten Militärs wurden gezwungen, das Heeresministerium zu verlassen. Sie flüchteten sich in die Kaserne der Militärpolizei in Ajuda, die zusammen mit der *Cavalaria 7* die einzigen wichtigen regierungstreuen Einheiten darstellten.

Inzwischen deutete sich die Gegenoffensive der Regierung an, die eine Einheit der *Cavalaria 7* zum *Terreiro do Paço* schickte und über wesentlich mehr Waffen verfügte als die EPC. Hier erwiesen sich die Entschlossenheit und der Mut des jungen Hauptmanns Salgueiro Maia, der die Einheit der EPC von Santarém kommandierte, als entscheidend: Nachdem er die erste Abteilung der Einheit der *Cavalaria 7* zur Aufgabe überredet hatte, trat er gegen 10 Uhr morgens dem Brigadier, der die regierungstreuen Kräfte befehligte, entgegen. Dieser zögerte nicht und gab Schießbefehl. Aber niemand gehorchte ihm, und einige der Panzer stellten sich an die Seite von Salgueiro Maia. In diesem Moment wurde über das Gelingen des Putsches entschieden: Die Schwäche des Regimes und die moralische Überlegenheit der Revoltierenden wurden deutlich.

Maia verfügte sich anschließend zur Carmo-Kaserne, um Caetano zur Aufgabe zu zwingen. Die Reste der Regierungstruppen versuchten mit Hilfe der GNR und der Einsatzpolizei, Maia am Chiado und dem Camões-Platz aufzuhalten. Sie hatten jedoch keinen Erfolg, da sie nicht durch die Menschenmenge gelangten, die sich entgegen der Empfehlungen der Bewegung zwischen diesen Plätzen und dem Carmo versammelte. Alsbald sahen sich die Regierungstruppen von Panzern aus Estremoz umstellt. Die GNR zog sich schließlich zurück, und die Angehörigen der *Cavalaria 7* schlossen sich der Bewegung an.

Zwischen 15.00 Uhr und 17.30 Uhr folgten gespannte Verhandlungen zwischen dem Kommandoposten des MFA in Pontinha sowie Hauptmann Maia auf der einen und Caetano auf der anderen Seite. Dieser zog es vor, Spinola zu kontaktieren, den er bat, zum Carmo zu kommen, um ihm die Macht zu übergeben. Nach dem Einverständnis des MFA akzeptierte Spinola. Caetano und die anwesenden Regierungsmitglieder wurden unter den Pfiffen der Menge in einem Panzer in die Kaserne von Pontinha gebracht. Am späten Nachmittag wurden auch die obersten Militärs verhaftet und die Übergabe von *Lanceiros 2* erzwungen. Um 18.40 Uhr strahlte RTP das erste freie Telejournal aus und verbreitete die Nachricht des MFA von der Aufgabe der regierungstreuen Truppen – eine Meldung, die das Radio 20 Minuten zuvor gesendet hatte.

Allerdings mußte noch die politische Polizei ausgeschaltet werden, die auf die Menschenmenge schoß, welche ihren Sitz belagerte. Dabei wurden vier Menschen getötet und zahlreiche verletzt. Am Morgen des 26. April ergab sich die PIDE, und erst in der folgenden Nacht wurden die politischen Gefangenen befreit.

In der Nacht vom 25. auf den 26. April entwickelten sich auch schon die ersten Auseinandersetzungen, in denen Spinola und seine Anhänger gegen die Offiziere standen, die die Operation zum Sturz des Regimes koordiniert hatten und sich als Führer der Bewegung sahen. Sie versuchten, sich des Kommandos zu bemächtigen, während Spinola sich weigerte, die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker in das kolonialpolitische Programm des MFA zu integrieren. Unterbrochen wurde diese Diskussion für die Präsentation der Junta vor den Fernsehkameras von RTP, nachdem Spinola auf Vorschlag von Costa Gomes zum Präsidenten gewählt worden war. In seiner Proklamation garantierte Spinola das „Überleben der Nation auf allen Kontinenten“ – ein klarer Widerspruch zum MFA-Programm. Spinola stellte alle vor vollendete Tatsachen, und nach einer langen Diskussion in den Morgenstunden wurde das Programm um 7.30 Uhr an die nationale und internationale Presse verteilt. Man wolle „die Fundamente für eine Politik in Übersee legen, die zum Frieden führt“, hieß es darin bezüglich der Kolonialfrage.

Die Meinungsverschiedenheiten, die sich schon bei den Vorbereitungstreffen, besonders in Cascais, gezeigt hatten, traten nun wieder in den Vordergrund. Der Wunsch nach einer Beendigung des Kolonialkrieges, der wichtigste Antrieb der Militärbewegung, bestimmte entscheidend den anschließenden politischen Prozeß. Dies war der Ausgangspunkt für die Niederlage der Gruppe um Spinola,

denn sein Vorschlag zur Lösung des Kolonialproblems garantierte nicht die sofortige Beendigung der Feindseligkeiten. Die schnelle ideologische Radikalisierung vieler bis dahin kaum politisierter Militärs war unbestreitbar das Produkt dieser Auseinandersetzung; viele übernahmen nun die Vorstellungen der Befreiungsbewegungen, gegen die sie bis dahin gekämpft hatten. Das Trauma des Krieges führte in kurzer Zeit zur Ablösung des Kolonialmythos, an dessen Stelle eine antiimperialistische Ideologie trat.

Jahrzehntelange politische, ideologische und kulturelle Deformation und das Fehlen demokratischer Praxis hatten die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung in einen Zustand der Unmündigkeit versetzt. In weniger als zwei Jahren versuchte man, Jahrzehnte europäischer Geschichte in einem Land zu verwurzeln, das gerade erst aus einem langen Zustand der Lethargie erwacht war und das die furchtbare Last einer beständigen wirtschaftlichen Rückständigkeit, großer sozialer Ungleichheit und enormen kulturellen Mangels trug.

Die Entwicklung nach dem 25. April

Der Beginn der Demokratisierung Portugals war zunächst von den internen Auseinandersetzungen der Militärs geprägt. Schon am 1. Mai 1974 aber wurde die Bedeutung der Volksbewegung und der Rolle der linken Parteien und Gewerkschaften deutlich, die sich der Anti-Spinola-Fraktion der Streitkräfte anschlossen, während das rechte politische Spektrum Spinola favorisierte. Nach dem 28. September 1974 versuchten die Kommunistische Partei (PCP) und ihre Verbündeten im MFA, die Politik gemeinsam zu bestimmen. So weckten sie den Widerspruch der Sozialisten (PS) und erstes Mißtrauen bei den gemäßigeren Mitgliedern des MFA, das sich besonders nach dem 11. März und vor allem nach dem 1. Mai 1975 vergrößerte, als die Absicht der radikalen Militärs und ihrer Parteiverbündeten deutlich wurde, revolutionären Veränderungen den Vorzug vor Wahlen zu geben.

Spinola ging aus der ersten Runde seines Kampfes mit der Führungsgruppe des MFA als Sieger hervor. Er konnte seine Position in der Kolonialfrage durchsetzen und nominierte umgehend Offiziere seines Vertrauens für das Kommando von Militär und Polizei. Die Tatsache, daß er dank Costa Gomes zum Präsidenten der Junta und deshalb auch zum Präsidenten der Republik gemacht wurde, erlaubte es ihm auch, als Ministerpräsidenten der Übergangsregierung einen seiner Vertrauten zu nominieren, den liberal-konservativen Adelino Amaro da Costa. Im Gegenzug sah er sich genötigt, bei der Zusammensetzung der Übergangsregierung nachzugeben und die Beteiligung der Kommunisten – vielleicht aus taktischen Motiven – an der Seite des MDP/CDE zu akzeptieren. Mit sechs von acht Ministern (drei vom PS, zwei vom PCP und einem vom MDP/CDE) besaß die Linke die Mehrheit im Ministerrat. Die Unterstützung der Bevölkerung, die sich bei den großen Massenkundgebungen des 1. Mai gezeigt hatte, kam darin zum Ausdruck. Um die

Führer des MFA besser kontrollieren zu können, entschied sich Spínola, sie in den Staatsrat – ein Organ mit provisorischer verfassunggebender Gewalt – zu integrieren.

Die schnelle Neutralisierung des MFA war eine *conditio sine qua non* für Spínola, wollte er seine Strategie in der Kolonialfrage vorantreiben. Die Führer des MFA zeigten sich jedoch entschlossen, nicht auf eine aktive Einmischung in den Prozeß der Entkolonialisierung zu verzichten, um das definitive Ende der Feindseligkeiten zu garantieren, das schließlich das Hauptziel ihrer revolutionären Aktion gewesen war.

Freilich wurde das Land längst schon von einer unkontrollierbaren Welle politischer und sozialer Agitation überrollt; breite Bevölkerungsschichten kämpften für eine umgehende Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und für die Ausübung bisher vorenthaltener Rechte. Während die maoistische extreme Linke und vor allem der MRPP Parolen ausgaben wie: „keine Soldaten mehr für die Kolonien“, versuchten die Linksparteien ihren Rückhalt in der Bevölkerung zu stärken. Der PCP eroberte Positionen in den Gewerkschaften und den Medien, und der MDP/CDE dominierte die Gemeindeverwaltungen. Spínola und Costa, die sich inzwischen ihrer mangelnden Regierungsautorität bewußt wurden, fürchteten einen unkontrollierbaren Linksruck. Deshalb planten sie ein Verfassungsreferendum bis zum 31. Oktober 1974 und gleichzeitig die Direktwahl eines Präsidenten. Dies hätte einen Aufschub der im Programm des MFA vorgesehenen Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung bis Ende 1976 bedeutet. Der Staatsrat, der der Position des Koordinationsausschusses des MFA nachgab, lehnte deshalb ab, und am folgenden Tag, dem 9. Juli, trat Costa als Regierungschef zurück. Seine Ersetzung durch Oberst Vasco dos Santos Gonçalves, Mitglied im Kontrollausschuß des MFA, bestätigte die wachsende Macht des MFA; er stellte acht von sechzehn Ministern der zweiten Regierung.

Der Prozeß der Entkolonialisierung bekam dadurch mächtige neue Impulse. Spínola sah sich gezwungen, ein vom Staatsrat am 27. Juli verabschiedetes Gesetz zu akzeptieren, welches das Recht der Völker auf Selbstbestimmung und die Unabhängigkeit der Territorien in Übersee anerkannte. Offenbar erkannte der General nun die Undurchführbarkeit seiner Vorstellungen, die auf Ablehnung bei den Befreiungsbewegungen im Kampfgebiet gestoßen waren. Jedenfalls wurde ihm angesichts der Situation in Guinea, wo der Gouverneur Carlos Fabião schon mit dem PAIGC über einen Waffenstillstand verhandelte, und in Mozambique, wo die dort stationierten Truppen eine Beschleunigung der Entkolonialisierung forderten, die Notwendigkeit bewußt, den Realitäten Rechnung zu tragen. Nur in Angola war die militärische Situation noch unter Kontrolle, da die Freiheitsbewegung gespalten war und die weiße Bevölkerung eine gewisse Macht besaß.

In einer Fernsehrede verkündete Spínola, die anstehende Entlassung der Kolonien in die Unabhängigkeit werde „in noch zu vereinbarenden Form und Zeit“ geschehen. Er bestand also weiterhin darauf, im Entkolonialisierungsprozeß eine führende Rolle einzunehmen und begann nach Verbündeten zu suchen. Militäri-

sche Verbündete wurden allerdings knapp, nachdem am 12. Juli der linke *Comando Operacional do Continente (COPCON)* gegründet und Otelo Saraiva de Carvalho anvertraut worden war. Spinolas Rückhalt bei den Parteien war nun auf die extreme Rechte begrenzt, die der Entkolonialisierung noch immer mit völliger Ablehnung gegenüberstand und mit Spinolas Thesen nur aus taktischen Erwägungen sympathisierte.

Die von den Parteien der extremen Rechten geplante Manifestation der „schweigenden Mehrheit“ am 28. September 1974, die Spinola einen Vorwand zur Ausrufung des Notstands und zur Machtübernahme liefern sollte, konnte durch das gemeinsame Vorgehen des COPCON leicht unterlaufen werden. In der Nacht vom 27. auf den 28. September wurden die wichtigsten Organisatoren verhaftet, und auf Initiative des PCP errichteten linke Polizeikräfte Barrikaden auf den Zufahrtsstraßen nach Lissabon. Der Koordinationsausschuß des MFA verbot offiziell die Manifestation auf der *Praça do Império*.

Im Bewußtsein ihres Sieges gingen die Führer des MFA noch weiter, entließen die drei mit Spinola verbündeten Generäle der Junta und begrenzten zugleich die Macht des Präsidenten. Spinola versuchte, vom Staatsrat die Ausrufung des Notstands zu erreichen; er hatte jedoch keinen Erfolg. So blieb nur noch der Rücktritt, den er am 30. September in einer dramatischen Ansprache verkündete und dabei dem Kontrollausschuß des MFA die Verantwortung für Entkolonialisierung und Demokratisierung aufbürdete. Während der PCP und sein Verbündeter, der MDP/CDE, diesen Erfolg zur Stärkung ihrer Positionen im Staatsapparat und in den Medien nutzten, erinnerte der PS an das Versprechen des MFA, bis April 1975 freie Wahlen durchzuführen. Nachfolger Spinolas wurde General Costa Gomes. Dieser entwickelte eine vermittelnde Strategie, die zur Übereinstimmung mit dem Kontrollausschuß des MFA führte, der als der große Sieger aus der Krise vom 28. September 1974 hervorging.

Mit der Entscheidung für die Entlassung der Kolonien in die Unabhängigkeit begann in der Führung des MFA eine Auseinandersetzung über die Gesellschaftsordnung, die in Portugal zu errichten sei: demokratischen Ordnungsvorstellungen, deren Vertreter eine nur vorübergehende Kontrolle durch das Militär vorsahen, stand ein sozialistisch-revolutionäres Gesellschaftsmodell unter Führung einer militärischen Avantgarde gegenüber. Während der PCP zunächst die Rolle des Schlichters bei sozialen Spannungen übernommen und eine aktive Intervention in dem militärinternen Konflikt vermieden hatte, ging er jetzt zu einem immer offensiveren Verhalten über und erforschte vor allem die Möglichkeit einer Allianz mit der Gruppe im MFA um Vasco Gonçalves, die sich teilweise ihren strategischen und ideologischen Optionen gegenüber aufgeschlossen zeigte. Gleichzeitig verstärkte die von der dritten Übergangsregierung veranlaßte Aufstellung von Wählerlisten den Einfluß der Parteien, die jetzt ihre Möglichkeiten zur Mobilisierung der Massen erkannten und sich in unverzichtbare Verbündete oder in gefährlichere Opponenten der Militärs verwandelten.

Machtkampf im Vorfeld der Wahlen

Von Oktober bis Dezember 1974 organisierte sich der MFA als Kollegialsystem, über dem der sogenannte Rat der Zwanzig stand, der sich aus der JSN, dem Koordinationsausschuß, den fünf Ministern des Militärs der dritten Übergangsregierung und dem Kommandanten des COPCON zusammensetzte. Vervollständigt wurde dieser Oberste Rat durch die Delegiertenversammlung des MFA („Versammlung der Zweihundert“), die eine beratende Funktion hatte und in der die Linie Vasco Gonçalves' die Mehrheit besaß. Der Präsident der Republik verlor damit seine zentrale Machtstellung. Diese Umstrukturierung wurde von dem wachsenden Einfluß der Verteidiger eines marxistisch-kollektivistischen Modells begleitet, das von den Offizieren der 5. Division im Bulletin des MFA dargelegt und von der Armee unterstützt wurde. Die Nähe zum PCP wurde dabei immer deutlicher.

Die Mehrheit der Militärs der Bewegung des 25. April 1974 hingegen verteidigte jetzt einen unabhängigen sozialistischen Weg, den weder der PCP, dessen Führungsanspruch ihnen suspekt war, noch der PS bestimmte, der ihrer Meinung nach zu sehr von der europäischen Sozialdemokratie durchdrungen war. Daneben entstand eine Gruppierung, die sich aus Teilen wichtiger Operationseinheiten der Militärregion Lissabon um den COPCON und um Otelo bildete, die auf einen sozialistisch-populistischen, antibürokratischen und basisorientierten Weg setzte und Verbindungen zum *Partido Revolucionário do Proletário* (PRP) und zur *União Democrática Popular* (UDP) hatte.

Im Bewußtsein der wirtschaftlichen und sozialen Krise entschloß sich die dritte Übergangsregierung zu einigen großen Strukturreformen. Außerdem wagte sie einige Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Rechte der Arbeiter. Unter der Leitung des Ministers Melo Antunes wurde nun ein Ausschuß gegründet, der ein Programm zur Wirtschafts- und Sozialpolitik erstellte, das als Melo-Antunes-Plan bekannt wurde. Der Ausschuß favorisierte eine Mischwirtschaft und sah eine Staatsbeteiligung von 51 Prozent an den wichtigsten Industriebetrieben und Geldinstituten vor. Man plädierte für ein Bündnis zwischen der Mittelschicht und den Arbeiterklassen, gegen den radikalen Klassenkampf und für einen von den Supermächten unabhängigen Weg.

Die Diskussion über diese Vorschläge innerhalb der Regierung und des Rats der Zwanzig machte die ideologischen Differenzen innerhalb des MFA deutlich und führte zu einer Aufspaltung. Die Debatte schädigte das Vertrauen der Wirtschaft in die Politik, der Rückzug von Investitionen und Kapitalflucht ins Ausland waren die Folge. Am 7. Februar 1975 wurde der Melo-Antunes-Plan verabschiedet, obwohl Vasco Gonçalves für radikalere Lösungen – wie die Verstaatlichung der wichtigsten Produktions- und Finanzsektoren – eintrat. Unterstützung dagegen kam aus den Reihen der *Confederação da Indústria Portuguesa* (CIP).

Parallel dazu fanden zwischen Oktober 1974 und Januar 1975 die Kongresse der wichtigsten politischen Parteien statt, um die Programme und Strategien für die

Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung festzulegen. Während PS und PSD ihre Programme überraschend nach links radikalisierten und Eingriffe des Staates in die Wirtschaft forderten, waren die Kommunisten vorsichtiger; die Forderung nach der „Diktatur des Proletariats“ tauchte in ihrem Programm nicht mehr auf. Die Bekanntmachung des Parteien- und Wahlgesetzes führte zu einer stärkeren lokalen Verankerung der wichtigsten Parteien, deren Anzahl sich vervierfachte. Am 9. Dezember 1974 wurde mit der Erstellung der Wählerlisten begonnen.

Die Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung führten zu den ersten deutlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Sozialisten und Kommunisten. Der PS beschuldigte den PCP, er benutze den MDP/CDE als sein Wahlinstrument. Die Kommunisten bezeichneten umgekehrt die Haltung des PS als „spalterisch“, und am 18. Januar 1975 äußerte ihr Vorsitzender Cunhal erstmals Zweifel am freien Charakter der Wahl – besonders in jenen Landesteilen, in denen seine Partei sich gegen die alten Machthaber verteidigen mußte. Im Februar begann eine Versammlung aus Delegierten des Rats der Zwanzig und der politischen Parteien mit der Ausarbeitung von Leitlinien zur Integration des MFA und seiner Organe in den Machtapparat. Hier kündigte sich die Dominanz der Militärs über die neue Regierung an. Es blieb ungewiß, ob der MFA sich als Motor der Revolution verstehen oder ob er sich darauf beschränken würde, über die Ausführung seines Programms zu wachen.

Auch in der Gewerkschaftsfrage kam es zu Auseinandersetzungen. PS und PPD mißfiel das Vorhaben des kommunistischen Staatssekretärs für Arbeit Carlos Carvalho, der eine Einheitsgewerkschaft plante und auf diesem Weg den Kommunisten eine beherrschende Rolle zuzuschreiben suchte. Der sozialistische Justizminister Salgado Zenha eröffnete mit einem Artikel und offenen Briefen im *Diário de Notícias* (10. und 11. Januar 1975) eine Kampagne für „gewerkschaftliche Einheit in Freiheit“ und wehrte sich gegen die Einrichtung einer Einheitsgewerkschaft auf dem Verwaltungsweg. Am 15. Januar veranstaltete der PS seine bis dahin größte Versammlung im überfüllten *Pavilhão dos Desportos* in Lissabon als Antwort auf die Massenversammlung der CGTP-IN am Vorabend. Der Rat der Zwanzig entschied sich schließlich nach einer langen Debatte für die Einheitsgewerkschaft. Zum ersten Mal reagierte der PS mit deutlicher Ablehnung auf eine Entscheidung des MFA und vollzog gleichzeitig eine Annäherung an die Gruppe um Spínola. Am 21. Januar verabschiedete die Regierung das Wahlgesetz und legte einen Wahltermin im April fest; auf diese Weise sollten die Sozialisten und Sozialdemokraten beruhigt werden, die mit ihrem Rückzug aus der Regierung gedroht hatten. Das Klima des Mißtrauens in der Regierung, besonders zwischen Kommunisten und Sozialisten und in der Führungsspitze des MFA, setzte sich fort. Die Anhänger Spínolas sahen jetzt den Moment gekommen, den am 28. September verlorenen Einfluß zurückzugewinnen. Erneut wurde in den Kasernen agitiert, und auch von Umsturz war die Rede.

Die Gruppe um Spínola verfolgte eine Doppelstrategie: einerseits setzte sie auf die Möglichkeit einer Veränderung des Kräfteverhältnisses innerhalb des MFA

durch die bevorstehenden Wahlen: andererseits schloß sie auch einen Putsch nicht aus – als Präventivschlag gegen eine von den kommunistischen Militärs erwartete Operation. Parallel dazu reorganisierte sich die extreme Rechte, die in Spanien Anfang Januar ein Heer zur Befreiung Portugals (ELP) gründete, das gewaltsam vorgehen wollte und seine kritische Haltung gegenüber Spinola nicht verhehlte. In Portugal selbst erarbeitete eine Gruppe der Luftwaffe um Kaúlza einen Putschplan, der dem Informationsdienst des MFA bekannt wurde. Dort kalkulierte man, daß eine überstürzte Aktion rechter Militärs nicht nur leicht zu unterdrücken wäre, sondern auch als Vorwand einer Radikalisierung dienen könnte, und stellte eine Falle, indem man das Gerücht lancierte, COPCON und LUAR bereiteten sich darauf vor, etwa 500 Offiziere und 1 000 Zivilisten der Rechten zu liquidieren, das berüchtigte „Ostergemetzel“. Spanische und französische Geheimdienste verbreiteten das Gerücht, was Spinola endgültig überzeugte, sich der Gruppe Kaúlza de Arriagas und dem ELP anzuschließen. Der ELP allerdings zog sich aus Furcht vor einer Niederlage am 9. und 10. März zurück, während sich Spinola trotz der Skepsis ihm nahestehender Offiziere von der Gruppe Kaulza mitziehen ließ. Tatsächlich konnte der Operationsplan noch nicht einmal mit der garantierten Unterstützung entscheidender Einheiten wie den *Comandos* und der *Escola Prática de Cavalaria de Santarém* rechnen. Die Putschisten beschränkten sich auf die Bombardierung und Belagerung des RALIS, die Übernahme des Kommandos der GNR von Carmo und die Schließung des *Rádio-Clube Português* in Porto Alto, während die 5. Division die Bevölkerung mit Hilfe anderer Sender mobilisierte. Der Putsch scheiterte, Spinola und die Hauptverantwortlichen flüchteten mit vier Hubschraubern von Tancos nach Spanien. Die Ausrufung des Notstands, der Erlass einer neuen Verfassung und eine Volksbefragung mit dem Ziel, Spinola in Direktwahl zum Präsidenten der Republik zu machen, waren gescheitert. Von nun an war der Weg für die radikaleren Gruppen innerhalb des MFA frei, die diesen zur treibenden Kraft des Demokratisierungsprozesses machen wollten.

Die Auseinandersetzungen zwischen den Verfechtern einer parlamentarischen Demokratie und jenen Militärs, die für Veränderung auf dem Wege der Revolution kämpften, eskalierten. Im Gegenzug für revolutionäre Maßnahmen, die auf institutioneller und auf wirtschaftlicher Ebene getroffen wurden, konnte aber eine Zustimmung zu den Wahlen für die Verfassungsgebende Versammlung erreicht werden.

In den berühmten „wilden Versammlung“ des MFA in der Nacht vom 11. auf den 12. März, bei der praktisch jeder erscheinen konnte, wurde in tumultartiger Atmosphäre die Säuberung des Militärs von den an dem Putsch beteiligten Offizieren beschlossen. Darüber hinaus einigte man sich auf die Institutionalisierung des MFA durch die Schaffung eines Revolutionsrates mit 25 Mitgliedern und auf eine Umstrukturierung der Versammlung des MFA, die nun, erweitert um Unteroffiziere und einfache Soldaten, 240 Mitglieder hatte. Die Gruppe der Gonçalvisten sicherte sich in beiden Organen die Mehrheit, auch wenn ein Manöver zur

Entfernung einiger wichtiger Repräsentanten der moderaten unabhängigen Sozialisten nicht gelang. In der Folge wurde die Übergangsregierung umgeformt, so daß die Rückkehr des MDP/CDE und die Präsenz einiger Unabhängiger links vom PS gesichert war, um das Kräfteverhältnis zugunsten der Anhänger des Kollektivismus zu verändern. Die Regierung wurde nun zu einer Art Exekutivorgan des Revolutionsrates. Schließlich wurden auch die Verstaatlichungen durchgesetzt und der Melo-Antunes-Plan verdrängt. Während zur gleichen Zeit die Enteignung der Großgrundbesitzer vorbereitet wurde, fanden im Alentejo die ersten Landbesetzungen statt. Jetzt war der „Weg des Übergangs zum Sozialismus“ frei, von dem der Revolutionsrat am 11. April gesprochen hatte. Die Bevölkerung begann mit Unterstützung des COPCON mit der Selbstverwaltung von mehreren hundert Fabriken und der Besetzung leerstehender Häuser.

Dieser Dynamik konnte die bald anstehende Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung nur schaden. Dem Versuch, die Wahl zu annullieren, war jedoch dank der Opposition von Costa Gomes und den Gemäßigten kein Erfolg beschieden. Der Verfassungstext dagegen war von der revolutionären Linie des MFA beeinflusst. Der Revolutionsrat und die Versammlung des MFA sollten mit weitreichenden Machtbefugnissen ausgestattet werden. Aus taktischen Gründen unterwarfen sich PS, PPD und CDS diesen Forderungen. Sie waren überzeugt, daß die Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung eine Möglichkeit schaffen würden, innerhalb kurzer Zeit den Einfluß der Militärs zurückzudrängen. Der Wahlkampf bedeutete schließlich für die politischen Parteien die große Gelegenheit, ihre Position zu stabilisieren und auszubauen. Tausende von Wahlveranstaltungen in allen Bezirken, unzählige Plakate, Fernsehen und Radio brachten die Botschaften unter die Bevölkerung, die zum ersten Mal frei wählen konnte. Aus Angst vor dem Einfluß der Kirche und der alten konservativen Eliten rief die 5. Division jene, die sich nicht für eine Partei entscheiden konnten, zur Abgabe eines leeren Stimmzettels als „Vertrauensvotum für den revolutionären Prozeß“ auf.

Das Wahlergebnis zeichnete allerdings ein Bild der politischen Situation des Landes, das sich sehr von den Wünschen der Radikalen im MFA unterschied: Nur 7 Prozent gaben einen leeren Stimmzettel ab oder enthielten sich der Stimme, der MDP/CDE blieb bei 4 Prozent, der PCP kam nicht über 12,5 Prozent. Gewinner war der PS mit 37,8 Prozent der Stimmen, der PPD belegte den zweiten Platz mit 26,4 Prozent. Viertgrößte Partei wurde der CDS mit 7,6 Prozent. Die extreme Linke erhielt fast keine Stimmen, nur die UDP stellte mit 0,7 Prozent einen Abgeordneten. Die Wahlbeteiligung war mit 91,2 Prozent außerordentlich hoch. Damit hatten die Portugiesen am 25. April 1975, genau ein Jahr nach der Revolution, ein klares Zeichen für die politische Zukunft des Landes gesetzt, das die bisherige Mehrheit des Revolutionsrates aber nicht akzeptieren wollte. Indem sie die Stimmen für den PS zu den Stimmen für die übrigen linken Kräfte rechnete, schloß sie auf die „feste Entschlossenheit des portugiesischen Volkes, in Richtung Sozialismus zu marschieren“. Diese Interpretation enthielt auch eine Aufforderung an den PS, sich für die radikal-revolutionäre Position zu entscheiden und sozialde-

mokratischen Tendenzen zu widerstehen. Der PS betonte jedoch seine Unabhängigkeit und Treue zu dem pluralistischen demokratisch-parlamentarischen Modell.

Erneute Krisen und Parlamentarisierung

Das Auseinanderbrechen des MFA und komplexe Bündniskonstellationen waren die Folge. Der Führungsanspruch des Militärs wurde durch das Wahlergebnis in Frage gestellt. Durch das Bestehen auf Unabhängigkeit verschärfte der PS die Widersprüche zwischen der gemäßigten und der radikalen Fraktion im MFA. Im Namen eines gemeinsamen militärischen Avantgardismus kam es zu recht merkwürdigen Allianzen zwischen der prokommunistischen Fraktion von Vasco Gonçalves und der anarcho-populistischen Fraktion von Otelo, wobei der PCP das Risiko einging, sich unterzuordnen. Die Mehrheit der Arbeiterklasse im Großraum Lissabon und das Landproletariat des Alentejo unterstützten einen vom PCP geführten Block. Auf der anderen Seite stand die Mehrheit des Bürgertums und der Kleinbürger, der Angestellten im Dienstleistungsbereich, der Bauern und der Arbeiterklasse in den übrigen Landesteilen, angeführt vom PS mit Unterstützung des PPD, des CDS und des MRPP.

Knapp eine Woche nach den Wahlen kam es zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Sozialisten bei der Veranstaltung zum 1. Mai, als Mário Soares von Führern der *Intersindical* (CGTP-IN) am Betreten der Bühne gehindert wurde. Dies war der Beginn der Feindseligkeiten zwischen dem PS auf der einen und dem Revolutionsrat und dem PCP auf der anderen Seite. Während am 19. Mai die Versammlung des MFA den PS kritisierte und PPD und PCP lobte, wurde der Fall der Zeitung *República* bekannt: eine mit der extremen Linken verbundene Arbeiterkommission hatte zusammen mit einem Direktor ihres Vertrauens eine Ausgabe publiziert, nachdem sie den Rücktritt des dem PS nahestehenden Direktors und der Redaktionschefs gefordert hatte. Die Setzer forderten das Recht, in die ideologische Orientierung des Blattes eingreifen zu können, was dem neuen Preserecht entgegenstand. Der PS beschuldigte den PCP der Mitschuld an dieser Aktion. Dem Minister für Medien, Kommandant Jesuino, gelang es nicht, die Setzer von ihrem Vorhaben abzubringen: die Räume der Zeitung wurden schließlich versiegelt. Aus Protest entschlossen sich die sozialistischen Minister, ihre Sitze im Ministerrat aufzugeben. Der COPCON allerdings ermöglichte den Setzern die Rückeroberung der *República*, und am 10. Juli gaben diese unter der Leitung eines inzwischen vom Revolutionsrat nominierten Oberst eine Ausgabe heraus.

Der PS, der in mehreren Sitzungen des Revolutionsrats vor der zunehmenden Einschränkung der Freiheiten, insbesondere in den Medien und bei den Gewerkschaften, gewarnt hatte, hielt nun weitere Gespräche für aussichtslos und zog sich aus dem Regierungsbündnis zurück; einige Tage später folgte ihm der PPD. Am 18./19. Juli veranstaltete der PS zwei Großdemonstrationen in Lissabon und Por-

to, auf denen Soares den Rücktritt von Vasco Gonçalves forderte und eine Reaktion der 5. Division provozierte, die jetzt eine Propagandaaktion „Kamerad Vasco“ zur Vermittlung zwischen Volk und MFA begann. Die katholische Kirche, der vom Revolutionsrat die Rückgabe von Radio Renascença verweigert worden war, nutzte ebenso wie die Rechtskonservativen die Gelegenheit, um den Widerstand des PS zu unterstützen. Letztere stifteten sogar zu Anschlägen auf Parteilokale der Linken im Norden und im Zentrum des Landes an.

Die gemäßigte Fraktion im MFA begriff nun, daß die Erhaltung der Einheit der Bewegung nicht mehr möglich war, so wie sie es noch im Juni mit der Ausarbeitung eines Kompromisses, dem *Plano de Acção Política* (PAP) versucht hatte. Dieses Dokument schrieb den Führungsanspruch des MFA als „überparteiliche Befreiungsbewegung des portugiesischen Volkes“ fest. Tatsächlich aber wurde von der Versammlung des MFA am 8. Juli ein Leitfaden verabschiedet. Die Gruppen um Otelo und Gonçalves setzten darin auf ein direktes Bündnis zwischen Volk und MFA durch überparteiliche Organisationen. Die Kommunistische Partei begegnete dieser Lösung reserviert, da sie fürchtete, an Einfluß zu verlieren. Das Dokument stand im Gegensatz zu dem Verfassungstext, der von den gewählten Abgeordneten ausgearbeitet worden war; die Verfassunggebende Versammlung wurde dadurch sinnlos. Seit dem Beginn ihrer Arbeit war sie bevorzugtes Angriffsziel von Parteien und Militärs. Jetzt gab es keine Zweifel mehr, daß die Rückgabe der Macht an rechtmäßige, in freien Wahlen gewählte zivile Institutionen verhindert werden sollte.

Am 23. Juli löste Vasco Lourenço die Gegenoffensive aus. In einer Versammlung mit den Delegierten der Infanterie und der Heeresversammlung wurde der Rücktritt des Premierministers Vasco Gonçalves durchgesetzt und die Auflösung der 5. Division, die ihn unterstützt hatte, gefordert. Vasco Gonçalves erreichte die Gründung eines Direktoriums, das aus ihm selbst, Costa Gomes und Otelo bestand. Dort konzentrierte sich nun die Macht, die bisher der Revolutionsrat besaß. Die Gemäßigten im MFA weigerten sich jetzt, die Entscheidung zu akzeptieren. Die PS kritisierte den verfassungswidrigen Charakter des Direktoriums und forderte die Gründung einer Regierung der nationalen Rettung. Der gemäßigte Flügel veröffentlichte am 7. August das sogenannte „Dokument der Neun“ – (in Anspielung auf die neun Berater der Revolution), in dem er sich der Kritik der Sozialisten anschloß. Der „bürokratische Sozialismus“ des Ostens wurde ebenso wie die Sozialdemokratie abgelehnt und „ein nationales Projekt für den Übergang zum Sozialismus“ unter der Führung des MFA gefordert. Das Dokument verlangte die Ablösung der „Führungsmannschaft“ des MFA, die man für unglaubwürdig und regierungsunfähig hielt. Trotz der ablehnenden Haltung von Costa Gomes unterstützten bald darauf 80 Prozent der Offiziere diese Position. Vasco Gonçalves und Costa Gomes entschieden sich für die Suspendierung der Verfasser vom Revolutionsrat, erhielten dafür jedoch keine Unterstützung von Otelo.

In dieser Situation übernahm erneut das Militär die politische Initiative; die Unterstützung durch die konservativen Parteien und die katholische Kirche, bereite-

te den Weg für die Durchsetzung des gemäßigten Flügels im MFA. In einer Gegenoffensive der Neun versuchten sie, durch eine Allianz mit Otelo die Gruppe der Gonçalvisten zu isolieren. Dieser hatte in einer dramatischen Flucht nach vorne die fünfte Übergangsregierung gebildet, die aber nur über unzureichende politische Unterstützung verfügte. Otelo verbot Vasco Gonçalves den Besuch der von ihm kommandierten Militäreinheiten und riet ihm nach der Rede, die Gonçalves am 18. August in Almada gehalten hatte, zu einer „sehr langen Ruhepause“. Am 25. August gab Costa Gomes schließlich dem Druck der Neun nach: nach dem Scheitern der Lösung mit Fabião ernannte er Pinheiro de Azevedo, Regimentschef der Marine, anstelle von Vasco Gonçalves zum Premierminister, der zum Befehlshaber der Streitkräfte nominiert wurde. Zwei Tage später umstellten Kräfte des COPCON die Kasernen der 5. Division – ein weiterer schwerer Schlag für die Fraktion der Gonçalvisten, deren Unterstützung sich immer mehr auf die Marine beschränkte. Während der PCP die Annäherung an die extreme Linke suchte – Ausdruck dafür war der kurzlebige *Frente Unidade Revolucionária* (FUR) –, zeigte sich Mário Soares bereit, die Regierung Pinheiro de Azevedo zu unterstützen.

Nach der demokratischen Umgestaltung der Heeres- und Luftwaffenversammlung wurde in den ersten Septembertagen auch der MFA demokratisiert. Am 5. September sah sich die Versammlung des MFA in Tancos genötigt, die Beschlüsse zu ratifizieren, die den Gemäßigten im Revolutionsrat eine deutliche Mehrheit verschaffte. Der geschlagene Gonçalves verzichtete sogar auf eine Nominierung für den CEMGFA; das Bündnis zwischen den Neun und Otelo hatte zur Marginalisierung des prokommunistischen Sektors im MFA geführt.

Mit der Ausschaltung des gemeinsamen Gegners fand diese Allianz jedoch ein Ende. Die Neun versuchten, den erzielten Erfolg auszunutzen und ersetzten den Kommandanten der Militärregion Nord durch einen Mann ihres Vertrauens, Generalmajor Pires Veloso. Mit ihrer Beteiligung an der sechsten Regierung versuchten sie im Verbund mit dem PS gegen die ständige Mobilisierung der Kommunisten und der extremen Linken Front zu machen. Otelo und COPCON hielten nun den Moment für gekommen, die Vorgaben des berühmten „Leitfadens“ in die Praxis umzusetzen und die angekündigte „bewaffnete Volksmacht“ aufzustellen. Jetzt übernahm die extreme Linke die Initiative und versuchte, das Militär über den *Partido Revolucionário do Proletariado* (PRP) zu instrumentalisieren. Zur gleichen Zeit nährte sie in Allianz mit dem PCP vor allem durch die Arbeiterkommissionen im Großraum Lissabon ein permanentes Klima politischer und sozialer Agitation, das beispielsweise bei einer Protestaktion gegen Franco zur Plünderung der spanischen Botschaft führte. Die Gonçalvisten schlossen sich aus taktischen Gründen Otelo und dem COPCON an. Die Kommunisten beteiligten sich weiterhin an der sechsten Regierung, unternahmen aber alles, um die Regierung zu lähmen und eine Neuformierung der politischen und militärischen Führungsspitze durchzusetzen. Ihre Furcht vor einem Putsch der Rechten nahm ständig zu.

Die Putschpsychose beider Seiten wurde permanent von den Medien genährt. Die Neun hatten bereits im August eine Gruppe gegründet, der Oberstleutnant

Eanes angehörte und die einen militärischen Interventionsplan vorbereiten sollte. Am 30. September wurden die mit COPCON verbundenen Einheiten in Alarmbereitschaft versetzt, und am folgenden Tag enthüllte die Zeitung *O Século* einen „Plan der Hauptleute“, der zur Ablösung Otelos führen sollte.

Im Norden und auf den Inseln verübten Separatisten und rechtsextreme Gruppen Bombenanschläge. Gleichzeitig nahmen in Lissabon die Spannungen ständig zu. Der Demonstration des PS auf dem *Terreiro do Paço* zur Unterstützung der sechsten Regierung am 9. November folgte zwei Tage später die Belagerung des *Palácio de S. Bento* durch Bauarbeiter; diese brachten die Abgeordneten der Verfassungsgebenden Versammlung, den Premierminister und einen Teil der Regierung für fast 24 Stunden in ihre Gewalt. Für die Regierung bedeutete diese Aktion einen schweren Autoritätsverlust. Am 16. November, einem Sonntag, fand in Lissabon eine Großdemonstration statt, die von den Arbeiterkommissionen des Industriegürtels unter Beteiligung des Landproletariats aus dem Alentejo organisiert worden war. Diese Demonstration wurde von Otelo ausdrücklich unterstützt. Drei Tage später löste sich die Regierung selbst auf und forderte von Costa Gomes Garantien für eine Unterstützung der Militärs, um regieren zu können. Dieser weigerte sich, die militärischen Kommandos neu zu besetzen, da er die Auslösung eines Bürgerkriegs befürchtete.

In den Morgenstunden des 25. November besetzten Fallschirmjäger in einer Blitzaktion alle Luftbasen des Landes, mit Ausnahme von Cortegaça und des Kommandos der 1. Luftwaffenregion von Monsanto. Zwei Entscheidungen gingen dieser Aktion voraus: Der Revolutionsrat hatte es gewagt, Vasco Lourenço zum Kommandanten der Militärregion Lissabon anstelle von Otelo zu nominieren; Lourenço ließ bekanntmachen, daß er unverzüglich die mangelnde Disziplin einiger Einheiten beenden und die entsprechenden Kommandanten ersetzen werde. Die betroffenen Einheiten, die im COPCON vereint waren, widersetzten sich den Nominierungen, die aber in der Versammlung des Revolutionsrats am 24. November bestätigt wurden. Auf dieser Versammlung wurde auch die Auflösung der Fallschirmjägerschule in Tancos beschlossen, um die Befehlsverweigerung von Teilen dieses Bataillons zu beenden. Sie forderten den Rücktritt des Regimentschefs und des Kommandanten dieser Luftwaffenregion und der Revolutionsberater der Gruppe der Neun aus ihrer Abteilung. Der RALIS übernahm kurz darauf die Kontrolle über die Zufahrten der Autobahn nach Norden, aber im COPCON kamen Otelo erste Zweifel, er zog sich zurück. Die Gemäßigten und ihre Operationsgruppe sahen die Gelegenheit zur Ausführung ihres eigenen Plans gegen einen Staatsstreich gekommen und bezogen ihren Kommandoposten im Regimento de Comandos in Amadora. Costa Gomes versuchte noch, mit den Fallschirmjägern zu verhandeln, aber unter dem Druck der Gemäßigten, die ihm ihre operative Überlegenheit demonstrierten, rief er für den Großraum Lissabon den Notstand aus und gab so grünes Licht für die Aktionen zur Niederschlagung des Aufstands. Zugleich gelang es ihm, die gonçalvistischen Berater der Marine zu überzeugen, ein Eingreifen der Infanteristen zugunsten der Revoltierenden zu vermei-

den; Gruppen, die der Kommunistischen Partei nahestanden, löste er auf. Ohne Koordination wurden die Aufständischen schnell besiegt, die Fallschirmjäger aus Monsanto vertrieben und am folgenden Tag die Militärpolizei zur Aufgabe gezwungen. Am 27. November wurde COPCON besetzt, die Offiziere festgenommen. Auch in Tancos kapitulierten die Fallschirmjäger.

Die Haltung von Costa Gomes, der alles tat, um einen allgemeinen Konflikt zu verhindern, und von Otelo, der sich selbst des Amtes enthob und im letzten Augenblick die Aufständischen sich selbst überließ, erleichterte schließlich die Aufgabe der Gemäßigten und ihrer Operationsgruppe. Auch konnten so Absichten rechter Militärs verhindert werden, die hinter den Neun abwarteten, um die Linksparteien zu verbieten. Der 25. November war das Produkt einer überstürzten Aktion des linken Extremismus. Der Angriff der Kommunisten und Gonçalvesisten auf die Gemäßigten mußte mißlingen, da diese seit langem auf eine solche Situation vorbereitet waren. Von nun an blieben alle Hebel der Macht in den Händen dieser Gruppe, die ihre Mehrheit im Revolutionsrat durch die Ablösung von Otelo als Regimentschef der Marine noch vergrößerte.

Diese Ereignisse stellten nicht nur einen Triumph des gemäßigten Sektors im MFA dar, sie bedeuteten auch eine Einladung an konservative und rechtsgerichtete Kreise, Einfluß zurückzugewinnen und den Übergang zu einer parlamentarischen Demokratie ohne Kontrolle des Militärs oder zumindest mit nur begrenzter Einmischung des MFA zu erreichen. Deshalb waren die siegreichen Militärs nicht nur bemüht, sofort der rechten Dynamik Einhalt zu gebieten, sondern auch die Rolle des MFA als „Träger eines nationalen Projekts des friedlichen Übergangs zum Sozialismus“ zu retten, „an dem alle Parteien mitarbeiten“, inklusive der Kommunistischen Partei (Melo Antunes). Diese immer noch avantgardistische Konzeption des MFA mußte trotz des Respekts vor einem pluralistischen Parlamentarismus Vorbehalte und sogar Widerspruch bei den Parteien wecken, die einen westlichen demokratischen Parlamentarismus verteidigten und die Zeit gekommen sahen, die Grundlage des Verfassungsabkommens im Kontext eines nun völlig veränderten Kräfteverhältnisses zwischen politischen und militärischen Kräften neu zu verhandeln. Die Kompromißlösung, die in langen Verhandlungen zwischen dem 11. Dezember 1975 und dem 26. Februar 1976 gefunden wurde, eliminierte die Versammlung des MFA und reduzierte die Macht des Revolutionsrates. Außer der alleinigen Aufsicht über das Militär standen ihm nun nur noch beratende Funktionen zu. Den Parteien gelang es, ihren Einfluß als rechtmäßige Repräsentanten des Volkswillens geltend zu machen. Die gleichzeitige Reorganisation der Streitkräfte und die Wiedereinführung der militärischen Hierarchie minderten ebenfalls den Einfluß der Gruppe der Neun zugunsten konservativ ausgerichteter Offiziere. Am 2. April 1976 wurde schließlich die neue Verfassung verabschiedet – gegen die Stimmen des CDS. Das Modell einer pluralistischen, semi-präsidentialen Demokratie beinhaltete rechtsstaatliche Garantien und legte die Regierung auf die Programme der in den Wahlen siegreichen Parteien fest.

Bei den ersten Wahlen am 25. April 1976 siegte wiederum der PS mit 35 Prozent der Stimmen, gefolgt vom PPD mit 24 Prozent. Der CDS überholte mit 16 Prozent der Stimmen den PCP, der auf Kosten des MDP immerhin noch 14 Prozent erreichte. Der MDP war damit nicht mehr im Parlament vertreten, während die UDP ihren einzigen Abgeordneten behielt. Die Wahlen bedeuteten die öffentliche Anerkennung der bedeutenden Rolle des PS für den Demokratisierungsprozeß. Der Staatspräsident wurde in direkter Wahl gewählt. Eanes, der auf Grund seiner Haltung am 25. November und bei der anschließenden Reorganisation des Heeres als Regimentschef die Unterstützung von PS, PPD und CDS erhielt, wurde am 27. Juni mit 60 Prozent der Stimmen gewählt, während Otelo mit der Unterstützung der extremen Linken und einem Teil der kommunistischen Wähler 16 Prozent erreichte. Eanes beauftragte Mário Soares mit der Regierungsbildung und akzeptierte die von diesem vorgeschlagene Minderheitsregierung.

José Medeiros Ferreira

Das Ende der afrikanischen Frage

Der Philosoph Eduardo Lourenço widmete in seinem Buch *Labirinto da Saudade* einige Seiten dem Verhältnis der Portugiesen zur Entkolonialisierung. In dem Essay schrieb Lourenço: „Durch das Kolonialreich wurden wir andere, aber auf so besondere Weise, daß es in der Stunde, da die imperiale Komponente unserer Vorstellung amputiert wurde – wir erlebten diese Amputation als freiwillig –, schien, als hätte es diese berüchtigte imperiale Existenz nie gegeben und als berührte uns der Rückzug in die engen und dunklen Mauern des kleinen lusitanischen Hauses nicht.“¹ Lourenço schrieb diese Zeilen zwischen Sommer 1977 und Frühjahr 1978 in S. Pedro in Portugal und Vence in Frankreich. Heute ist die „imperiale Vorstellung“ einigen nicht so fremd, wie sie damals schien.

Die afrikanische Frage war das zentrale Problem Portugals und bildete den Anlaß für den Aufstand der Streitkräfte. Der damalige General Costa Gomes bestätigt dies: „Was die Revolte des 25. April unvermeidbar machte, war die Notwendigkeit, das Kriegsproblem in Afrika zu lösen. Die Forderungen der Berufsoffiziere waren fast vollständig erfüllt worden. (...) Das Problem der Kolonien war nicht nur das drängendste, sondern auch das den Offizieren am besten vertraute, und deshalb kamen sie zu dem Schluß, daß es nur nach dem Sturz des damaligen Regimes gelöst werden könnte.“²

Wegen der Entkolonialisierung brachen die Offiziere der Bewegung der Streitkräfte (MFA) mit General Spinola, und diese Frage war auch bei der Erstellung ihres Programms entscheidend. Aber Spinola gelang es, das in der ursprünglichen Fassung enthaltene Selbstbestimmungsrecht der Kolonien zu umgehen. Der Besuch von UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim in Lissabon Anfang August 1974 unterstrich die internationalen Forderungen nach einer raschen Entkolonialisierung; ein weitergehendes Engagement der Vereinten Nationen ergab sich aus diesem Besuch jedoch nicht. Immerhin führten die Gespräche zu einer gemeinsamen Erklärung von Portugal und der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) hinsichtlich der Anerkennung der Unabhängigkeitsbewegungen als Repräsentanten ihrer Territorien³. Portugal sagte zu, das Recht auf Selbstbestimmung und Un-

¹ Eduardo Lourenço, *O Labirinto da Saudade. Psicanálise mítica do destino português*, Lissabon 1978, S. 47.

² Costa Gomes, *Sobre Portugal – dialogos com Alexandre Manuel*, Lissabon 1979, S. 17.

³ Im Falle Angolas erkannte die OAU die UNITA jedoch erst später an.

abhängigkeit aller Territorien in Übersee anzuerkennen, wie es dem Gesetz 7/74 vom 26. Juli entsprach.

Die Nominierung von Veiga Simão als Chef der portugiesischen Mission bei der UNO verdankte sich dem Umstand, daß man – in den Worten Spinolas – „für die Freiheitsbewegungen Verantwortlichkeiten schaffen wollte; nicht nur gegenüber den portugiesischen Behörden, sondern auch gegenüber den zuständigen internationalen Institutionen, die, indem sie mitverantwortlich gemacht wurden, als gemäßigte Kräfte gegen die extremistischen Sektoren dienen sollten“⁴. Der MFA spielte eine entscheidende Rolle bei der Bestimmung der Unterhändler für die Verhandlungen über Waffenstillstand, Frieden und die Übergabe der Oberhoheit. In diesem Punkt hatte die militärische Situation auf den Kriegsschauplätzen einen großen Einfluß, und es waren die MFA-Verantwortlichen in Guinea, Mozambique und Angola, die Druck auf Lissabon machten, um die lokalen Vorgespräche über die Verhandlungen mit den bewaffneten Unabhängigkeitsbewegungen zu legitimieren. Da diese die Verhandlungen über eine Feuerpause nicht von den Forderungen nach Unabhängigkeit abtrennten wollten, kam die Übergabe der Oberhoheit zustande. Der Waffenstillstand betraf jedoch nur Guinea, Mozambique und Angola und hatte zunächst keine Auswirkungen auf die anderen portugiesischen Kolonien.

Guinea

Die Verhandlungen über die Entkolonialisierung Guineas gestalteten sich am schwierigsten. Die afrikanische Unabhängigkeitspartei (PAIGC) hatte am 24. September 1973 in Madina de Boé einseitig die Unabhängigkeit Guinea-Bissaus erklärt, die von 82 Mitgliedsländern der UNO anerkannt wurde. Der PAIGC beabsichtigte, auch das Recht auf Unabhängigkeit der Kapverdischen Inseln anerkennen zu lassen. Diese Bedingungen wurden gleich beim ersten Treffen zwischen den Delegationen der portugiesischen Regierung und dem PAIGC vorgestellt, die vom 25. Mai bis zum 13. Juni 1974 in London unter Vorsitz von Mário Soares (in seiner Funktion als Außenminister) verhandelten. Erst nach der Entscheidung des MFA über Guinea in einer Versammlung am 1. Juli wurde diese Frage gelöst; nach der Entscheidung über eine Wahlbefragung und die Länge der Übergangszeit konnte die Macht übergeben werden.

Der Umstand, daß General Spinola Generalgouverneur von Guinea gewesen war, trug nicht eben zur Beschleunigung der Entscheidungen bei. Mário Soares beurteilte Spinolas Eingreifen zu dieser Zeit äußerst negativ: „Ohne Zweifel war sein Agieren für den Prozeß nicht von Vorteil. Im Gegenteil: seine Unnachgiebigkeit, seine Unfähigkeit, die Situation richtig einzuschätzen, machten es uns unmöglich, in London ein Abkommen mit dem PAIGC zu treffen, das bessere Bedingungen

⁴ António Spínola, *Pais sem rumo*, Scire 1978, S. 270.

enthielt als der schließlich drei Monate später in Algerien unterzeichnete Vertrag.“⁵

Dieser Vorschlag, den der MFA in einer Versammlung am 1. Juli 1974 mit etwa 800 Militärs, darunter Delegationen aller Militäreinheiten, annahm, verankerte die Dominanz der politischen Vorstellungen des PAIGC in Guinea und sprach den nach dem 25. April aufgetauchten politischen Gruppen die Legitimation ab: „Sie haben nur dazu gedient, das politische Klima in Guinea zu vergiften.“ Die internationale Anerkennung des PAIGC war eine „so gewichtige Tatsache, daß die Zahl der Länder, die die Republik Guinea-Bissau anerkennen, schon größer ist als die, welche nicht mit Portugal diplomatische Beziehungen unterhalten“. Die Resolution Nr. 03061 der UNO-Vollversammlung vom 9. September 1973 untersagte die Anwesenheit portugiesischer Truppen in Guinea; allein die Ideologie und das Programm des PAIGC „stelle das Zusammenleben und die Gleichheit aller Volksgruppen in Guinea und den Respekt für die legitimen Interessen der dort anässigen Europäer sicher“.

Als Folge dieser Überlegungen, die eine Berücksichtigung der militärischen und internationalen Situation erkennen ließen, beschloß die Versammlung die Ablehnung jeder lokal begrenzten und einseitigen Lösung, die nicht vorher von der portugiesischen Zentralregierung akzeptiert worden war. Sie forderte zudem die sofortige Anerkennung der Republik Guinea-Bissau durch die portugiesische Regierung und das Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der Völker der Kapverdischen Inseln und die unverzügliche Wiederaufnahme der Verhandlungen mit dem PAIGC, um den Ablauf der Machtübergabe zu klären. Weiter verlangte die Versammlung die Wiederaufnahme der durch Spínola unterbrochenen Verhandlungen zwischen den Behörden in Lissabon und der Unabhängigkeitsbewegung.

Eine Woche später vereinbarten in den Wäldern von Cantanhez eine portugiesische Militärdelegation unter Führung des Gouverneurs von Guinea, Carlos Fabião, und eine Delegation des PAIGC, angeführt von José Araújo, einen Waffenstillstand für das gesamte Territorium Guineas. Mit dem Abkommen von Algerien, das am 26. August 1974 unterzeichnet und vier Tage später von Präsident Spínola ratifiziert wurde, erkannte Portugal zwei Tatsachen an: die Republik Guinea-Bissau und den Waffenstillstand, der im Landesinneren von Guinea schon vereinbart worden war.

Die Kapverdischen Inseln

Das Abkommen über Guinea postulierte auch die Anerkennung des Rechts des kapverdischen Volkes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Die Verhandlungen darüber wurden zwar abgetrennt, aber zwei der neun Artikel des Abkom-

⁵ Mário Soares, Portugal, que revolução?, Lissabon 1976, S. 36.

mens zwischen der portugiesischen Regierung und dem PAIGC bezogen sich auf die Kapverdischen Inseln. Dies war eine der problematischsten Entscheidungen der gesamten Entkolonialisierung, da die vom PAIGC behauptete Einheit zwischen Guinea und den Inseln sich schließlich nicht bestätigen ließ; doch die UNO-Vollversammlung hatte in ihrer Resolution vom 14. November 1972 den PAIGC als „einzigsten und wahren Repräsentanten von Guinea und den Kapverdischen Inseln“ anerkannt.

Die Entkolonialisierung Guineas war 1974 offensichtlich notwendig, die Gewährung der Unabhängigkeit der Kapverdischen Inseln jedoch ein freiwilliger Akt der Machthaber in Portugal, der sich nicht als „militärische Notwendigkeit“ unter dem „Druck der Streitkräfte“ erklären läßt: Das Mutterland wollte sich von seinen Kolonien befreien.

Die Übergabe der Oberhoheit an die Kapverdischen Inseln hatte ihre Besonderheiten. Ein Statut vom 19. Dezember 1974 sah die Wahl einer Verfassunggebenden Versammlung vor, die über die politische Zukunft des Territoriums entscheiden sollte. Für die Übergangsperiode, die am 5. Juli 1975 endete, wurde ein durch den portugiesischen Staatspräsidenten nommierter Hochkommissar in der Funktion eines Ministerpräsidenten bestimmt, der zugleich als Kommandant der Streitkräfte auf dem Archipel fungierte. Zusammen mit fünf weiteren Ministern, von denen drei vom PAIGC und zwei vom Staatspräsidenten nominiert wurden, vereinigte diese Regierung sowohl Exekutive als auch Legislative in ihrer Hand. Ihr Hauptziel war es, das Gebiet mit Hilfe allgemeiner und direkter Wahlen für eine Verfassunggebende Versammlung, die auf den 30. Juni 1975 festgelegt wurden, in die Unabhängigkeit zu führen.

Bei einer Volkszählung im Rahmen der Wahlvorbereitungen wurden rund 120 000 kapverdische Bürger registriert. Unter dem starken militärischen und politischen Einfluß des PAIGC wurde eine Einheitsliste mit 56 Kandidaten erstellt. Zwar war die politische Einheit der beiden Territorien nicht gewollt, dennoch hatten sie sich beim Erreichen der Unabhängigkeit gegenseitig geholfen: Die kapverdischen Mitglieder des PAIGC kämpften politisch und militärisch in Guinea und machten den Kolonialbehörden ihre Niederlage deutlich, der PAIGC hingegen akzeptierte einen Waffenstillstand in Guinea erst nach der Erweiterung des Prinzips der Unabhängigkeit auf die Kapverdischen Inseln. Nach dem Erreichen der Unabhängigkeit verfolgte jedes Land seinen eigenen Weg.

Daß die portugiesische Regierung im Sommer 1974 nicht nur die Unabhängigkeit der Kapverdischen Inseln, sondern auch die von São Tomé e Príncipe, wo es keinen bewaffneten Kampf gab, so schnell akzeptierte, läßt darauf schließen, daß man das Problem der Territorien in Übersee endgültig klären wollte: Die Kolonien galten inzwischen als finanzielles Risiko für das Mutterland und als politische Unruheherde.

São Tomé e Príncipe

Obwohl die Befreiungsbewegung auf dem Archipel S. Tomé e Príncipe keinen bewaffneten Kampf führte, wurde sie von der Kolonialmacht brutal unterdrückt. Als 1960 das Befreiungskomitee von S. Tomé e Príncipe (CLSTP) gegründet wurde, war das Massaker von Batepá im Februar 1953 noch gegenwärtig; mehr als 1 000 Einwohner von S. Tomé waren damals getötet worden, weil sie sich geweigert hatten, auf den Kakaoplantagen zu arbeiten. Die OUA erkannte den CLSTP seit 1962 als einzigen legitimen Repräsentanten des Archipels an. Zur Zeit der portugiesischen Revolution waren seine Führer im Exil in Gabun, wo sie ihr Befreiungskomitee 1972 zu einer Befreiungsbewegung ausbauten (MLSTP).

Für die Entkolonialisierung von S. Tomé hatten der Besuch von UNO-Generalsekretär Waldheim im August 1974 in Portugal und die wiederholten Versammlungen der dort stationierten Militärs besondere Bedeutung. Auf einer Versammlung in S. Tomé erklärten die Offiziere den MLSTP zum einzigen Partner der anstehenden Verhandlungen, die im September in Algerien begannen, wo am 26. November 1974 ein Protokoll zwischen der portugiesischen Regierung und dem MLSTP unterzeichnet wurde. Darin erkannte Portugal die Bewegung an, und wie in den vorangegangenen Fällen vereinbarte man für die Übergangszeit die Einsetzung eines Hochkommissars und einer Regierung mit legislativen und exekutiven Kompetenzen.

Die Vereinbarung war juristisch ausgefeilter als ähnliche Abkommen zuvor; sie bestand aus 17 Artikeln, in denen unter anderem auch die Einrichtung einer Zentralbank in S. Tomé festgelegt war. Aber nicht einmal in S. Tomé verlief der Übergang störungsfrei. Innerhalb der Regierung bestanden Spannungen zwischen der „Bürgerversammlung“ und den Mitgliedern des MLSTP, und auch zwischen der Regierung in Lissabon und dem portugiesischen Hochkommissar Pires Veloso gab es im März 1975 ein Kräftemessen wegen der Auflösung des einheimischen Militärkontingents, das der MLSTP noch vor den Wahlen in eine Volksmiliz umwandeln wollte. Aber dem Hochkommissar gelang es, die Vereinbarungen des Abkommens durchzusetzen. Rund 21 000 Wähler entschieden über die Zusammensetzung der Verfassungsgebenden Versammlung, die am 12. Juli 1975 die Unabhängigkeit der Republik S. Tomé e Príncipe proklamierte.

Mozambique

Im Sommer 1974 steckte die neue Regierung in Lissabon wegen der Entkolonialisierungsfrage in einer tiefen Krise, die erst mit dem Sturz von Regierungschef Palma Carlos und der Bildung der zweiten Übergangsregierung unter Führung von Oberst Vasco Gonçalves endete. In dieser Zeit entwickelte sich die Bewegung der Streitkräfte zur bestimmenden politischen Kraft, die, wie der weiße Separatist Jor-

ge Jardim erkannte, nicht nur in Portugal die wichtigsten Entscheidungen traf, sondern auch in Mozambique und den anderen Territorien in Übersee⁶.

Am 2. Juli 1974 schickte der MFA in Mozambique eine Botschaft an den Kontrollausschuß der Bewegung in Lissabon, in der die sofortige Anerkennung der *Frelimo* gefordert wurde, die militärisch gegen den portugiesischen Kolonialismus und für das Recht des mozambiquanischen Volkes auf Unabhängigkeit kämpfte. Dem war ein Treffen in Nampula vorausgegangen, auf dem die Regionalkommissionen des MFA von Cabo Delgado und Tete angekündigt hatten, eine bis Ende Juli reichende Frist für ein allgemeines Waffenstillstandsabkommen mit der *Frelimo* zu gewähren; danach würden die in den erwähnten Gebieten stationierten Truppen eine einseitige Feuerpause verkünden. Darüber hinaus weigerten sich die Hubschrauberpiloten, nach Ablauf dieser Frist die Bodentruppen weiter mit Nachschub zu versorgen⁷.

In Mozambique und auch in Guinea wurde die Wahl des Verhandlungspartners eindeutig durch die *Frelimo* bestimmt. Das Einverständnis zwischen den portugiesischen Streitkräften und der *Frelimo* machte die Suche nach anderen, von Jorge Jardim angestrebten Lösungen hinfällig. Die Entwicklung zwischen dem 25. April und dem Abkommen von Lusaca am 7. September 1974 wurde im Landesinneren von Mozambique durch das Auftreten verschiedener Gruppen erheblich gestört, die versuchten, mit der *Frelimo* um die politische Macht zu konkurrieren. Dazu gehörte der *Grupo Unido de Mozambique*, der sich Ende Juni 1974 wegen seiner engen Beziehungen zur alten Kolonialregierung auflöste, aber auch der *Movimento Federalista de Mozambique* oder die *Frente Independente de Convergência Ocidental*. Der *Movimento de Libertação de Mozambique* versuchte der *Frelimo* auf ihrem eigenen Gebiet Konkurrenz zu machen.

Anfang Juni begannen in Lusaca Arbeitstreffen unter Beteiligung des portugiesischen Außenministers Mário Soares und des Präsidenten der *Frelimo*, Samora Machel, die aber noch nicht zu abschließenden Ergebnissen führten. In Sambia brachen erneut Feindseligkeiten aus; Spínola hat die Folgen in seinem Buch *País sem Rumor* beschrieben.

Am 7. September 1974 wurde ein Abkommen zwischen dem portugiesischen Staat und der *Frelimo* unterzeichnet, das zur Unabhängigkeit Mozambiques führte. Punkt 1 nannte „die schrittweise Übergabe der Macht“; in Punkt 2 hieß es, daß „die vollständige Unabhängigkeit Mozambiques am 25. Juni 1975, am Jahrestag der Gründung der *Frelimo*, feierlich verkündet werden wird“⁸. Das Abkommen von Lusaca bestimmte eine Übergangsregierung und bedeutete die offizielle Bestätigung des bestehenden Waffenstillstandes.

Die Übergangsregierung bestand aus einem Hochkommissar, den der portugiesische Staatspräsident ernannte. Die weiteren Regierungsmitglieder und eine ge-

⁶ Vgl. Jorge Jardim, *Mozambique terra queimada*, Lissabon 1976, S. 278.

⁷ Vgl. Spínola, *País*, S. 437f.

⁸ D.G. Nr. 210, 2. Erg., 1. Serie, 9.9.1974.

mischte Militärkommission wurden in Übereinstimmung mit der *Frente de Libertação de Moçambique* ernannt. Auch legte das Abkommen finanzpolitische Richtlinien fest; sie behandelten die Verantwortlichkeit der *Frelimo* für die Einhaltung der Kompromisse, die „vom portugiesischen Staat im Namen von Mozambique eingegangen wurden, seitdem Interessen auf diesem Territorium wahrgenommen wurden“, sowie die Gründung einer Zentralbank in der Funktion einer Notenbank.

Während am 7. September 1974 in Lusaca das Abkommen zwischen dem portugiesischen Staat und der *Frente de Libertação de Moçambique* zur Übergabe der Oberhoheit feierlich unterzeichnet wurde, fand in Lourenço Marque ein Aufstand der Gegner der Entkolonialisierung statt, der aber sofort von den Offizieren des MFA unter Kontrolle gebracht wurde. Dieser Zwischenfall bestimmte die späteren Beziehungen zwischen den Militärs, dem MFA und der *Frelimo*. Es wurde jetzt deutlich, daß es zu einem Exodus der in Mozambique lebenden Portugiesen kommen würde. General Spínola hegte für das Abkommen keinerlei Sympathien.

Bis zur Unabhängigkeit am 25. September 1975 betrat Samora Machel, der das Abkommen für die *Frelimo* unterzeichnet hatte, kein mozambiquanisches Gebiet; „er blieb den während der Übergangszeit eingegangenen Kompromissen fern“⁹. Dieses Verhalten erhöhte unter den in Mozambique lebenden Portugiesen das Mißtrauen und verstärkte das Phänomen der *Retornados* (Rückkehrer) – laut Volkszählung von 1981 164 065 Personen –, die die portugiesische Gesellschaft in den Jahren nach der Entkolonialisierung deutlich prägten.

Die Entkolonialisierung von Mozambique hatte einschneidende finanzielle Konsequenzen aufgrund der vorher eingegangenen Verpflichtungen des portugiesischen Staates für den Bau des Cabora-Bassa-Staudamms. Die Gläubiger des 1969 gegründeten Konsortiums forderten, daß die Verbindlichkeit der *Hidroeléctrica de Cabora-Bassa* in Form einer direkten Verbindlichkeit vom portugiesischen Staat übernommen würde, was eine deutliche Erhöhung der direkten Staatsschuld zur Folge hatte.

Angola

Der komplizierte Entkolonialisierungsprozeß in Angola hatte die schwerwiegendsten innen- und außenpolitischen Konsequenzen. Vom militärischen Standpunkt aus war die Situation nicht alarmierend, obwohl auf portugiesischer Seite etwa 65 000 Mann unter Waffen standen. Die Kooperation zwischen den Unabhängigkeitsbewegungen (FNLA, UNITA, MPLA) wurde durch die politischen Rivalitäten der verschiedenen Volksgruppen erschwert, wobei auch der Einfluß der Weißen beträchtlich war. Schließlich führte die Rivalität zwischen den Befreiungsbewegungen zu einer Internationalisierung des Konfliktes im Kontext des Kalten Krieges.

⁹ Mozambique a country study. Federal Research Division, Washington ³1985, S. 58.

Angola war immer das Zentrum der Überseepolitik Lissabons gewesen und letztlich der entscheidende Anstoß für die Doktrin vom „Wirtschaftsraum Portugal“. Im Oktober 1963 mußte Angola auf Kredite des *Fundo Monetário da Zona Escudo* zurückgreifen, und im November desselben Jahres hatte es schon die Höchstgrenze der ihm zustehenden Kredite erreicht; von diesem Augenblick an begann die Akkumulation der „Zahlungsrückstände“, das heißt der nicht beglichenen Schulden an das Mutterland. Ab 1964 stiegen die Zahlungsrückstände so, daß sie nicht mehr ausgeglichen werden konnten. „Die Kreditwürdigkeit des Systems wurde ernsthaft in Frage gestellt, als die Zahlungsrückstände unerträglich wurden und 1971 etwa neun Milliarden Escudos betrug.“¹⁰

Die wachsenden Zahlungsschwierigkeiten Angolas führten dazu, daß die portugiesischen Industriellen jetzt direkt in die angolansiche Produktion investierten. Auf diese Weise trugen sie – zum Schaden der Industrialisierung in Portugal – zu einem Abfluß von Kapital nach Angola bei. Zurückzuführen war dieses Ungleichgewicht in der Zahlungsbilanz auf das Fehlen von Schutzzöllen auf angolansichem Gebiet; die Provinzbehörden führten deshalb Ende 1971 einige restriktive Maßnahmen für die Importe von Gütern und Dienstleistungen aus Lissabon ein.

Die wichtigste Neuerung bestand in der Erweiterung der vorgesehenen Bestimmung für Warenimporte auf die Einkäufe im Mutterland. Diese Maßnahmen wurden durch einen Beschluß der angolansichen Regierung vom 17. Januar 1972 noch verschärft. Die Gewährung von Importlizenzen für Ausrüstungsgüter wurde begrenzt. Daraus „folgte eine Beschleunigung der zentrifugalen Tendenz für das Mutterland: Da es nicht der Hauptlieferant von Ausrüstungsgütern, Rohstoffen und für die Industrialisierung Angolas notwendigen Zwischengütern war, verstärkten die Importbeschränkungen einerseits die Rolle des Auslands bei den Angola-Importen und gaben andererseits der eigenen, im wesentlichen auf die interne Nachfrage ausgerichteten Produktion neuen Auftrieb.“¹¹

Obwohl die militärische Situation in Angola nicht so ernst war wie in Mozambique oder Guinea, wurde die Zahl der aktiven Militärs in Angola nicht verringert; im Gegenteil wurde die Mobilisierung von immer mehr Truppen gefordert. Waren vor dem März 1961 in Angola nur 1 500 portugiesische Soldaten stationiert, so waren es Ende des Jahres schon 28 477. 1973 betrug die Truppenstärke bereits 65 592 Mann, darunter 27 819 Einheimische und 37 773 Portugiesen¹².

Die einfache Tatsache, daß auf angolansichem Gebiet mehr als 60 000 Soldaten unter Waffen standen, trug dazu bei, dem Militär eine wichtige Position bei der Entscheidung über die Zukunft des Territoriums zu verschaffen. Es waren hauptsächlich Offiziere aus Portugal, welche die militärischen Entscheidungen

¹⁰ Ana Maria Neto, *Industrialização de Angola – Reflexão sobre a experiência de administração portuguesa 1961-1975*, Lissabon 1991.

¹¹ Manuel Eanes Ferreira, *Angola – Portugal. Do espaço económico Português às relações pós-coloniais*, Lissabon 1990, S. 139.

¹² *Estado Maior do Exército. Resenha Histórico-Militar das Campanhas de Africa (1961-1974)*, Bd. 1, Lissabon 1988, S. 260f.

trafen. Bei einem Treffen von fast 500 Offizieren in Luanda am 18. September 1974 war man sich einig, daß die Entkolonialisierung von den Bewegungen getragen werden müsse, die „revolutionäre Legitimität“ durch ihren Kampf gegen das Kolonialregime erworben hätten. Die Erklärung der Offiziere betonte „die Notwendigkeit, das schon proklamierte Prinzip des Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der kolonialisierten Völker zu respektieren“¹³.

Die Militärs versammelten sich in Luanda exakt zu dem Zeitpunkt, als in Lissabon Präsident Spinola versuchte, das Angola-Problem auf seine Weise zu lösen: Am 14. September 1974 hatte auf der Insel Sal ein Treffen zwischen dem portugiesischen Präsidenten und dem Präsidenten von Zaire, Mobutu, stattgefunden. Das Gespräch zwischen Spinola und Mobutu wurde in Afrika als eine Einladung an die FNLA interpretiert, in Angola vorzurücken, wo inzwischen eine ihrer Militärkolonnen in der Gegend um Toto vom portugiesischen Heer gefangengenommen worden war. Die Erklärung Spinolas vom 22. September, er werde persönlich die Verantwortung für die Entkolonialisierung Angolas übernehmen, wurde von den dort ansässigen Portugiesen, der FNLA und der UNITA begrüßt¹⁴.

Der nur acht Tage später – vor allem durch die Frage der Entkolonialisierung – ausgelöste Rücktritt Spinolas wirkte sich in Angola besonders aus. Schon vor dem MFA hatte am 14. Juni 1974 Jonas Savimbi im Namen der UNITA bei einem Treffen mit Vertretern der portugiesischen Streitkräfte (Oberstleutnant Passos Ramos, Major Pezarat Correia, Hauptmann Moreira Dias) in der östlichen Militärzone offiziell die Einstellung der Feindseligkeiten akzeptiert¹⁵. Von diesem Zeitpunkt an konnte die UNITA in diesem Teil Angolas politische Aktivitäten entwickeln. Die FNLA drang nach dem 28. September weiter im Norden Angolas vor und akzeptierte nach Gesprächen mit Führern des MFA in Kinshasa einen Waffenstillstand mit der portugiesischen Armee, der am 15. Oktober in Kraft trat.

Für den MPLA unterzeichnete Agostinho Neto am 21. Oktober ein Waffenstillstandsabkommen mit einer portugiesischen Delegation unter Vorsitz von Leonel Cardoso. Das Treffen fand in der Ebene von Lunhamege nahe der Grenze zu Sambia statt. Die Bewegung der Streitkräfte begann nun eine „Volksmacht“-Strategie, die sich zunächst auf Stadtviertel, Unternehmen und Rathäuser konzentrierte. Danach weitete sie ihre Aktivitäten auf die städtischen Zentren in den Wohngebieten der *Quimbundos* und der *Bacongos* aus.

Am 12. Oktober 1974 trafen sich Vertreter der portugiesischen Behörden in Kinshasa mit dem Präsidenten von Zaire, Mobutu, und dem Präsidenten der FNLA, Holden Roberto, und schlossen ein Abkommen über die Beilegung der Feindseligkeiten. Am 28. Oktober verhandelte eine Delegation unter Vorsitz von Rosa Coutinho in der Nähe der Stadt Luso (heute Luena) mit einer Delegation der

¹³ Franz Wilhelm Heimer, O processo de descolonização em Angola 1974-1976, Lissabon 1980, S. 93.

¹⁴ Ebenda, S. 63.

¹⁵ Pedro Pezarat Correia, Descolonização de Angola – a joia da coroa do império português, Lissabon 1991, S. 98.

UNITA unter Vorsitz von Jonas Savimbi; danach begann die UNITA ihre Aktivitäten in Städten wie Lobito und Benguela und seit November in Luanda.

Entscheidend wurde dann die Einigung der drei Befreiungsbewegungen in der Kolonialfrage. FNLA, MPLA und UNITA waren ursprünglich als Rivalen aufgetreten; bei einem Treffen in Mombasa Anfang Januar 1975 kamen sie jedoch überein, mit Portugal unter Ausschluß jeder anderen angolanischen Organisation zu verhandeln. Erst jetzt wurde die UNITA von der OUA als Befreiungsbewegung anerkannt. „Dazu trugen entscheidend die portugiesischen Regierungsverantwortlichen, Militärs und der MFA in Angola bei, die der UNITA denselben Status und dieselbe Legitimität wie den beiden anderen Bewegungen zuerkannten, was ihr angesichts der militärischen Situation am 25. April 1974 allerdings auch zukam.“¹⁶

In dem Abkommen zwischen Portugal und den drei nationalistischen Bewegungen Angolas, das am 15. Januar 1975 in Alvôr unterzeichnet wurde, ernannte Portugal den Luftwaffengeneral Silva Cardoso zum Hochkommissar in Angola, und am 31. Januar trat die Übergangsregierung ihr Amt an. Anschließend häuften sich jedoch die Schwierigkeiten. Der erste und wichtigste Grund für das Scheitern des Abkommens waren Unstimmigkeiten zwischen den drei Befreiungsbewegungen.

Es gibt Wissenschaftler, welche die politische und soziale Radikalisierung in Portugal zwischen dem 11. März und dem 25. November 1975 auf eine Strategie des MFA zurückführen, der an der Unabhängigkeit Angolas interessiert gewesen sei, um den sowjetischen Einfluß in Afrika auszuweiten. Obwohl dies die Zeit der Ost-West-Konflikte war, überzeugt diese These nicht. Die Auseinandersetzungen in Angola von Januar bis Mai 1975 können auch als Wahlkampf verstanden werden: Jede der Bewegungen versuchte, die Bevölkerungsmehrheit im Hinblick auf die Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung für sich zu mobilisieren. Das bezog sich auch auf die weiße Bevölkerung und schloß gewalttätige Auseinandersetzungen nicht aus.

Man vermutet, daß die FNLA zur Zeit des Abkommens von Alvôr über etwa 25 000 Soldaten verfügte, MPLA und UNITA jeweils über 6 000¹⁷. Entgegen dem Abkommen wurden nur kleine Teile dieser Streitkräfte zusammengeführt, die, vor allem in Luanda, kaum mehr als gemischte Patrouillen organisieren konnten.

Im Juni 1975 schlossen sich die drei Bewegungen, die das Abkommen von Alvôr unterzeichnet hatten, in Nakuru (Kenia), ohne Anwesenheit eines Repräsentanten der portugiesischen Regierung zusammen. Das widersprach klar dem Abkommen, zumal die Beschlüsse des Gipfels von Nakuru keinen Hinweis auf die Rolle Portugals in der Übergangsphase enthielten und sogar die Ankündigung umfaßten, angesichts „der bisher festgestellten Ineffizienz der gemischten Streitkräfte“ ein angolanisches Nationalheer aufzustellen. Auch war in den Beschlüssen

¹⁶ Ebenda, S. 105f.

¹⁷ Heimer, O processo, S. 76.

bereits von der „Einführung großer Mengen an Waffen durch die Freiheitsbewegungen“ die Rede.

Es wurde vielfach diskutiert, wer zuerst Hilfe aus dem Ausland erhielt, um die Bemühungen des Abkommens von Alvôr zunichte zu machen¹⁸. Verschiedene nordamerikanische Quellen geben an, daß die FNLA Anfang 1975 vom CIA auf dem Weg über Zaire 300 000 Dollar zuflossen, danach Waffen und weitere logistische Unterstützung. Dieselben Quellen verweisen darauf, daß der MPLA ab April 1975 schwere Waffen von der UdSSR und anderen osteuropäischen Ländern erhielt, die in jugoslawischen Schiffen bis Brazzaville transportiert und anschließend nach Angola geschickt wurden. Von dem Zeitpunkt an, da der MPLA Luanda und den Hafen kontrollierte, kamen die Waffen auch auf diesem Weg ins Land.

John Stockwell, zu dieser Zeit einer der Verantwortlichen für die Aktionen des CIA in Angola, machte später abweichende Aussagen¹⁹. Danach habe im Mai 1974 China eine Ladung von 450 Tonnen Waffen und 112 Militärberater an die FNLA geschickt und im Juli 1974 auch der CIA deren Finanzierung begonnen. Ab Ende 1974, verstärkt ab März 1975, hätten die Sowjets Waffen an den MPLA geliefert. Im Juli 1975 schickten dann die USA Waffen und bewilligten eine Hilfe von 14 Millionen Dollar zur Unterstützung von FNLA und UNITA, und am 9. Juli 1975 begann der MPLA die „zweite Schlacht um Luanda“²⁰.

Aufgrund einer gemeinsamen Aktion ihrer Streitkräfte, der *Forças Armadas Populares de Libertação de Angola* (FAPLA) und der Miliz, beherrschte der MPLA die strategisch wichtigen Punkte in der angolanischen Hauptstadt. FNLA und UNITA erhielten Unterstützung von den USA, Zaire und Südafrika; der MPLA von der Sowjetunion, den osteuropäischen Ländern, Kuba und Kongo-Brazzaville. Als die Situation eskalierte, suspendierte die fünfte Übergangsregierung unter Vorsitz von Vasco Gonçalves am 22. August 1975 das Abkommen von Alvôr betreffend der Regierungsorgane von Angola; Portugal konnte die internationale Ausweitung des Konflikts nicht mehr verhindern.

Im Oktober 1975 marschierte aus dem damaligen Südwestafrika eine hauptsächlich aus südafrikanischen Truppen bestehende Einheit in Angola ein. „Hochgradig mobil, mit einer soliden Logistik und einer den drei Befreiungsbewegungen zu dieser Zeit überlegenen technischen Ausrüstung schlugen diese Truppen den MPLA vernichtend. Anfang November erreichten sie die Stadt Lobito und ermöglichten so der UNITA und ihren Verbündeten die Rückeroberung des gesamten Gebiets im Westen und Süden des Huambo. Zur selben Zeit startete die FNLA eine neue Offensive in Norden und gelangte bis an die Grenzen von Luanda.“²¹

Zu einem nicht genau datierbaren Zeitpunkt, möglicherweise ab Oktober 1975, kamen kubanisches Militär und weiteres sowjetisches Kriegsmaterial zur Unter-

¹⁸ Walter Isaacson, Kissinger. A biography, London 1992.

¹⁹ Vgl. John Stockwell, A CIA contra Angola, Lissabon 1979.

²⁰ Heimer, O processo, S. 81.

²¹ Ebenda, S. 84.

stützung des MPLA. Etwa 15 000 Mann bildeten das reguläre, zum MPLA gehörende Heer; es war mit sowjetischen Kampfpanzern T-34 und T-54 ausgestattet, mit Artillerie, Raketen und auch mit Flugzeugen vom Typ Mig-21.

In amerikanischen Regierungskreisen war man geteilter Meinung über die Unterstützung von FNLA und UNITA, die man für prowestlich hielt. Vor allem der Kongress gab sich zurückhaltend bei der Unterstützung der Geheimoperationen des CIA, während Kissinger trotz der gegenteiligen Meinungen seiner Berater die schon überholte Position einnahm, die Geschehnisse in Angola aus der Perspektive des Ost-West-Konflikts zu betrachten²².

Die portugiesischen Behörden favorisierten deutlich die Strategie des MPLA. Die Tatsache, daß diese Bewegung sich in Luanda festsetzen konnte, war dafür entscheidend. Ein weiterer Grund lag darin, daß Luanda die politische und administrative Hauptstadt war und über einen internationalen Hafen sowie einen internationalen Flughafen verfügte. Auch die Ausreise der weißen Bevölkerung mit Hilfe einer Luftbrücke aus Luanda half bei dieser Koexistenz mit dem MPLA in der Hauptstadt und führte sogar zu Drohungen gegen die anderen Bewegungen. So wurde die FNLA von den Militärbehörden gewarnt, daß man mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln reagieren würde, wenn versucht werden sollte, Luanda vor dem Tag der Unabhängigkeit zu besetzen.

Tatsächlich verließen sowohl der Hochkommissar Admiral Leonel Cardoso als auch das restliche portugiesische Personal am 11. November 1975 Luanda, nachdem die Oberhoheit dem Staat Angola übertragen worden war. Zu diesem Zeitpunkt gab es zwei Regierungen: Von Luanda aus wurde mit Unterstützung des MPLA die Volksrepublik Angola proklamiert; eine zweite Regierung mit Sitz in Huambo (Nova Lisboa) wurde von FNLA und UNITA unterstützt und proklamierte die kurzlebige Demokratische Republik Angola. Dies blieb so bis zum 22. Februar 1976, als die sechste Übergangsregierung unter großem Druck des portugiesischen Staatspräsidenten Costa Gomes und des Außenministers Melo Antunes die Regierung des MPLA in Luanda anerkannte. Lange Zeit glaubte man, die portugiesische Entscheidung sei zu dieser Zeit das Resultat ideologischer Affinitäten gewesen. Diese Erklärung wird jedoch der Komplexität des Unabhängigkeitsprozesses in Angola nicht gerecht.

Internationale Konsequenzen

Die internationale Staatengemeinschaft begrüßte die Entkolonialisierung. Aus den Äußerungen General Spinolas läßt sich jedoch schließen, daß dem damaligen Präsidenten der USA, Richard Nixon, die durch den Entkolonialisierungsprozeß für Portugal entstandenen Probleme fremd waren. Anders scheint die Haltung Moskaus gewesen zu sein; die UdSSR unternahm – auch in Lissabon – Anstrengungen,

²² Isaacson, Kissinger, S. 673–685.

um den Weg der portugiesischen Kolonien in die Unabhängigkeit in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Nachdem Moskau einige Einflußzonen in Afrika geschaffen hatte, zuerst in Somalia, dann in Äthiopien und vor allem in der Republik Kongo-Brazzaville, interessierte es sich stärker für die portugiesische Entkolonialisierung. Erleichtert wurde das Vordringen dadurch, daß Moskau die Befreiungsbewegungen während ihres bewaffneten Kampfes gegen den portugiesischen Kolonialismus unterstützt hatte. Diese Unterstützung konnte um so einfacher gewährt werden, als Moskau weder diplomatische Beziehungen zu Portugal unterhielt noch Investitionen in diesem Gebiet getätigt hatte – eine Tatsache, die den Handlungsspielraum anderer Mächte gegenüber Lissabon einengte.

Das sowjetische Engagement in Afrika diente den für die portugiesische Kolonialpolitik zuständigen Politikern als Argument, um die verbündeten westlichen Regierungen für die damit verbundenen Gefahren zu sensibilisieren: Verläßt Portugal Afrika, nehmen die Sowjets diesen Platz ein, so lautete ihre These.

Teilweise wird die Meinung vertreten, das revolutionäre Verhalten des PCP 1974–75 verdanke sich dem sowjetischen Interesse für das portugiesischsprachige Afrika. Diese These war vor allem in Kreisen der Militärs verbreitet, die den Krieg in Afrika unterstützten. Der PCP setzte sich jedoch in Lissabon für die parlamentarische Demokratie ein, nachdem Angola am 11. November 1975 die Unabhängigkeit erreicht hatte, während in Luanda eine Regierung vom MPLA gebildet wurde, deren Beziehungen zu Moskau bekannt waren.

Eine der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Militärs der Salazar-Diktatur und den westlichen Ländern bestand in der geostrategischen Bedeutung, die dem südlichen Afrika im Ost-West-Konflikt zugemessen wurde. Für die Portugiesen waren die Kontrolle der Route um das Kap und der Zugang zu den Rohstoffen entscheidend, da die Russen immer versuchten, Westeuropa mit Hilfe Afrikas einzukreisen, während die atlantische Allianz die Positionen beibehielt, die zur Aufstellung von Raketen in bestimmten Gebieten Zentraleuropas, des Mittelmeerraumes und im Nordatlantik geführt hatten.

Es stellte sich nach einiger Zeit jedoch heraus, daß das Interesse der Sowjetunion geringer war, als ursprünglich angenommen und keine größeren Anstrengungen zu ihrer Eindämmung notwendig sein würden. Die außenpolitischen Bemühungen Portugals nach der Entkolonialisierung zielten auf die Erhaltung eines Kräftegleichgewichtes zwischen den verschiedenen politischen Gruppen und Staaten in dieser Region. Portugal unterstützte Verträge zwischen der Volksrepublik Mozambique und der Republik Südafrika zum Verkauf von Energie und der Deckung des eigenen Energiebedarfs aus dem Cabora-Bassa-Stamm, dessen Konstruktion und Instandhaltung die portugiesischen Auslandsschulden stark belasteten. Die Bemühungen galten darüber hinaus der Unterstützung der territorialen Integrität der neuen Staaten sowie der Durchsetzung von Portugiesisch als offizieller Sprache und einer Förderung der Kooperation mit den PALOP-Ländern auf bilateraler oder multilateraler Ebene.

Mit der Wahl des republikanischen Präsidenten Reagan in den USA erhöhte sich zu Beginn der achtziger Jahre die Gewalt im südlichen Afrika. In den Jahren zwischen 1975 und 1980 hatten die USA keinen entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung, obwohl die Anwesenheit kubanischer Truppen in Angola die Beziehungen zwischen Washington und Luanda stets belastete und keine diplomatischen Beziehungen aufgenommen wurden.

Besonders wichtig war die Zustimmung aller ehemaligen portugiesischen Kolonien zur Zweiten Konvention von Lomé. Sie regelte die Nord-Süd-Kooperation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Zusammenschluß der Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifiks, von denen die meisten zuvor Kolonie eines der EU-Mitgliedsländer gewesen waren. So entstand ein gemeinsamer Wirtschaftsraum der EU und vieler afrikanischer Staaten, darunter alle PALOP-Länder.

Nach der Abtretung der Oberhoheit mußte Portugal eine Afrikapolitik für die zahlreich auftretenden Probleme entwickeln: die Integration der Rückkehrer, die Sicherheit der Portugiesen, die in den jetzt unabhängigen Territorien zu bleiben beabsichtigten, die Verteidigung ökonomischer und finanzieller Interessen, um die Portugiesen nicht noch stärker mit den Folgen der Kolonialisierung und des Krieges zu belasten, die Erweiterung der traditionellen Märkte für die Versorgung mit Kaffee, Zucker, Baumwolle, Erdöl. Die ersten Bemühungen galten dem Abschluß von Kooperationsabkommen mit den ehemaligen Kolonien, die während des Unabhängigkeitsprozesses ausgehandelt wurden.

Am 22. Juni 1975 wurde in Lissabon ein wissenschaftliches und technisches Kooperationsabkommen mit der Republik Guinea-Bissau unterzeichnet, am 5. Juli in Praia ein allgemeines Freundschafts- und Kooperationsabkommen mit den Kapverdischen Inseln fertiggestellt und am 12. Juli in S. Tomé das allgemeine Freundschafts- und Kooperationsabkommen mit der Republik S. Tomé e Príncipe unterzeichnet, die noch am gleichen Tag in die Unabhängigkeit entlassen wurde. Die Volksrepublik Mozambique, deren Unabhängigkeit am 25. September proklamiert worden war, unterzeichnete am 2. Oktober einen Kooperationsvertrag mit Portugal.

Im Falle Angolas war der Weg zur Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen schwieriger und langwieriger. Die Anerkennung der angolanischen Regierung durch Portugal fand im Februar 1976 statt, also drei Monate nach der offiziellen Machtübergabe in Luanda. Im Mai dieses Jahres brach Angola nach einem Treffen der beiden Außenminister auf den Kapverdischen Inseln die diplomatischen Beziehungen ab, die erst im Oktober wieder aufgenommen wurden. Aber auch unter diesen Umständen verzögerte Angola die Entsendung eines Diplomaten nach Lissabon, während Portugal auf der 31. Vollversammlung der UNO 1976 Angola bei der Aufnahme in die Vereinten Nationen unterstützte. Erst mit dem Treffen zwischen General Eanes und Agostinho Neto im Mai 1978 begann eine Phase engerer Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten, deren Ausdruck das allgemeine Freundschafts- und Kooperationsabkommen war.

Für diese neuen Beziehungen mußte der portugiesische Staat auch umgehend neue politische und diplomatische Einrichtungen schaffen. Deshalb wurde bei der Bildung der sechsten Übergangsregierung am 4. September 1975 das Ministerium für Kooperation geschaffen, das bis zur Ersten Verfassungsmäßigen Regierung im Juli 1976 bestand. In dieser Regierung hatte dann das Außenministerium ein koordinierendes Komitee für Zusammenarbeit, das bis zur Bildung einer Generaldirektion für Zusammenarbeit in einer Regierung der *Aliança Democrática* 1980 bestand. Darüber hinaus wurde das Portugiesische Institut für Zusammenarbeit etabliert, eine Art Holding der portugiesischen Wirtschafts- und Finanzinteressen in Afrika.

International ist festgelegt, daß sich Zusammenarbeit auf die Unterstützung der Entwicklung der Staaten und ihrer Kultur bezieht und das Ziel hat, die Entwicklung der Bereiche Wirtschaft, Kultur und Soziales zu fördern. Die Beziehungen sollen gemäß der Konvention von Lomé aufgenommen werden, die die Länder der EU mit dem Zusammenschluß der weniger entwickelten Länder von Afrika, der Karibik und des Pazifik verbindet. Ein wichtiger Punkt dabei war, daß Portugal Unterstützung nur dann gewähren konnte, wenn ein Land darum bat.

Auch wenn die Regierung nur wenige Mittel bereitstellte, ermöglichte die Kooperation Portugals mit den PALOP-Ländern die Aufrechterhaltung der notwendigen Kontakte während der heiklen Situation unmittelbar nach der Entkolonialisierung. Die Beziehungen zwischen Portugal und den neuen portugiesischsprachigen Ländern waren jedoch nicht ohne Probleme. Enger waren die politischen Beziehungen von Anfang an zu den Kapverdischen Inseln und zu Guinea-Bissau, gefolgt von S. Tomé e Príncipe. Zu Beginn gab es keinerlei Schwierigkeiten, und selbst bei der militärischen Kooperation kam es schnell zu einer Verständigung mit den portugiesischen Streitkräften, insbesondere bei der Küstenbegrenzung, bei Leuchttürmen, der Anlage von Häfen, der Personalschulung etc. Die Republik Guinea-Bissau erbat in einer Auseinandersetzung mit Guinea-Conakry portugiesische Hilfe zur Festlegung ihrer Hoheitsgewässer. Und als Portugal im Oktober 1978 offiziell den Antrag auf die nicht-ständige Mitgliedschaft im Sicherheitsrat stellte, unterstützten diese Länder diese Kandidatur gegen Malta.

Eine Gemeinsamkeit der Außenpolitik Portugals und der ehemaligen Kolonien war und ist die internationale Förderung der portugiesischen Sprache. Vor der Unabhängigkeit dieser Gebiete war Portugiesisch Amtssprache in zwei Staaten, nach der Unabhängigkeit der afrikanischen Territorien wurden es sieben Länder auf den drei Kontinenten Europa, Südamerika und Afrika. Somit waren die Voraussetzungen für die Förderung des Portugiesischen als einer internationalen Sprache gegeben.

Emanuel Leão

Portugals wirtschaftliche Entwicklung in der Demokratie

Die revolutionäre Phase nach dem 25. April 1974 war gekennzeichnet durch einschneidende Veränderungen, die in ihrer Summe einen radikalen Bruch mit der Wirtschaftspolitik des *Estado Novo* bedeuteten: Verstaatlichungen, Agrarreform, Aufbau einer starken Gewerkschaftsbewegung, Gründung von Kooperativen und Selbstverwaltungen, Schutzmaßnahmen für Arbeiter und sozial Benachteiligte, Abschaffung der Industrielenkung – und die Schließung der Effektenbörsen in Lissabon und Porto.

Zum Zeitpunkt der Revolution existierten als Unternehmen mit öffentlichem Kapital bereits eine Bank (*Caixa Geral de Depósitos*) und verschiedene Dienstleistungsunternehmen (Gas- und Wasserversorgung Lissabon, Telefon, Post). Darüber hinaus kontrollierte der Staat einige Elektrizitätswerke, die Portugiesische Fluggesellschaft TAP und Reedereien. Die meisten zusätzlichen Verstaatlichungen fanden zwischen dem 11. März und dem 25. November 1975 statt und hatten zwei Hauptziele: die Auflösung der wichtigsten privaten Wirtschafts- und Finanzgruppen und die Verstaatlichung von 224 Unternehmen vor allem des Finanzsektors und der Grundstoffindustrie. Im Ergebnis näherte sich der Anteil der öffentlichen Unternehmen Portugals dem europäischen Durchschnitt an.

Tabelle 1: Anteile der öffentlichen Unternehmen in Prozent (1982)

	Spanien	Großbritannien	Italien	Bundesrepublik Deutschland	Portugal
Wertschöpfung	8,3	15	14,5	13	15
Investitionen	19	22	31	18	15
Arbeitsplätze	8	12	15	11,5	5

Diese Verstaatlichungen erfolgten ohne besondere Planung mittels einfacher Gesetzesdekrete. Sie betrafen immer nur einzelne Unternehmen, auch wenn in einigen Fällen das Ziel eindeutig die Verstaatlichung eines ganzen Sektors war. Die verstaatlichten Unternehmen eines Sektors wurden jeweils in ein einziges Großunternehmen zusammengefaßt, um den öffentlichen Bereich zu rationalisieren. Festzuhalten ist allerdings, daß die Verstaatlichungen nicht zur Konstituierung von Staatsmonopolen führten, nicht einmal in Bereichen, in denen es zu einer Gesamtverstaatlichung kam. Von der Verstaatlichung ausdrücklich ausgenom-

men waren ausländische Unternehmen, um die Wirtschaftsbeziehungen Portugals nicht zu gefährden.

Den ehemaligen Aktionären oder Besitzern der verstaatlichten Unternehmen wurden Entschädigungen bezahlt, die jedoch deutlich unter dem Marktwert lagen, da den Berechnungen der um ein Vielfaches niedrigere Buchwert zugrunde gelegt wurde. Die Verstaatlichungen betrafen mehr als 90 Prozent der an der Börse geführten Unternehmen – eine der Ursachen für die Schließung der Effektenbörsen in Lissabon und Porto. Parallel dazu wurde das Gesetz über die Industrielenkung abgeschafft, mit dem der *Estado Novo* die Ansiedlung neuer Industrien von einer öffentlichen Genehmigung abhängig gemacht hatte.

Nicht nur in der Industrie, auch im Bereich der Landwirtschaft wurden tiefgreifende Veränderungen durchgesetzt. Auf den Latifundien im Süden des Landes, die eine extensive Landwirtschaft ohne künstliche Bewässerung betrieben und wo nach wie vor Saisonarbeit die soziale Kluft zwischen Großgrundbesitzern und Landarbeitern zementierte, kam es seit dem 25. April 1974 zu einer wahren Explosion der seit Jahrzehnten aufgestauten Spannungen: Die Latifundien wurden besetzt und Produktionskollektive gegründet. Diese Bewegung stand am Anfang der Agrarreform und entwickelte sich spontan und ohne staatliche Mitwirkung. Sie wurde erst gesetzlich legitimiert, als die Enteignungen und Verstaatlichungen aller Agrarbetriebe mit mehr als 50 Hektar nahezu beendet waren. Das Auftreten von Kooperativen und selbstverwalteten Betrieben infolge der zahlreichen Besetzungen hatte große Bedeutung; ihre Zahl erhöhte sich bis 1976 auf 2 666 beziehungsweise 1 200 Einheiten. Sie wurden im Rahmen des Artikel 89 der Verfassung (Sektoren mit Besitz der Produktionsmittel) anerkannt.

Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung wurde vor allem von der marxistisch orientierten CGTP-IN vorangetrieben. Diese repräsentierte etwa 1,5 Millionen Arbeiter, das entsprach 62,5 Prozent aller Arbeitnehmer und 72,6 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder. Die CGTP-IN war ein mächtiges Instrument der Arbeiterklasse und begünstigte ohne Zweifel maßgeblich die außerordentliche Verbesserung der Lebensqualität der Arbeiterschaft in den Jahren 1974 bis 1976. Zu den neuen Schutzmaßnahmen für Arbeiter und sozial Benachteiligte zählten die Einführung eines nationalen Mindestlohns, die Verbesserung des Kündigungsschutzes, die Erhöhung der Ruhegehälter und Sozialrenten und die Preisbindung für Grundnahrungsmittel.

Seit dem 25. November 1975 versuchte die Regierung die revolutionären Veränderungen zu stoppen und Portugals Orientierung am westeuropäischen Wirtschaftsmodell durchzusetzen. Da es unmöglich war, die in der Verfassung festgeschriebene Agrarreform rückgängig zu machen, bemühten sich die ersten Regierungen zunächst, neue Enteignungen zu erschweren (April 1976), um danach (Barreto-Gesetz 1977) eine Offensive gegen die Agrarreform zu starten, deren Resultat eine deutliche Ausweitung der Gebiete der ehemaligen Großgrundbesitzer zum Nachteil der kollektiven Produktionseinheiten war.

Auch bei den Unternehmen wurde nun die Welle der Verstaatlichungen abrupt gestoppt. Im Oktober 1976 wurde ein Gesetz verkündet, das staatliche Eingriffe in die Verwaltung von Unternehmen widerrief. Daneben versuchte man die Fusionierung der staatlichen Unternehmen zu stoppen, um Konkurrenzverhältnisse zu erhalten. Parallel dazu wurde ein Gesetz zur Entschädigung der ehemaligen Eigentümer enteigneter oder verstaatlichter Ländereien und Unternehmen beschlossen.

Die Einführung der Mischwirtschaft durch das Gesetz Nr. 46/77 zielte darauf, das Vertrauen der Investoren wiederzuerlangen und stand im Zusammenhang mit dem Beitrittsgesuch Portugals zur EU, das Mário Soares im März 1977 offiziell einreichte. Von großer symbolischer Bedeutung war die Wiedereröffnung der Effektenbörse in Lissabon (für Obligationen im Januar 1976 und für Aktien im Februar 1977). Hinzu kamen Rationalisierungen im staatlichen Unternehmensbereich, insbesondere durch die Schaffung des *Instituto de Participações do Estado* (IPE) und die Gleichstellung öffentlicher und privater Unternehmen bei Verträgen und Finanzprüfungen. Die Einrichtung eines Nationalen Rats für Einkünfte und Preise im Juli 1976 verfolgte das Ziel, den Preisanstieg zu dämpfen, der stets von Gewerkschaftsforderungen nach höheren Löhnen begleitet war.

Schließlich bemühte man sich um die Verbesserung der Auslandsbeziehungen durch eine Sonderregelung für Emigranten, die Ermöglichung von Direktinvestitionen und die Liberalisierung des Geldverkehrs (wobei die Möglichkeit beibehalten wurde, letzteren im Falle einer besonderen Gefährdung der Zahlungsbilanz zu begrenzen).

Die erste Hälfte der achtziger Jahre stand im Zeichen von Maßnahmen zur Modernisierung der Wirtschaft. Neben einem neuen Gesetz zur Öffnung der Wirtschaft für private Initiativen im Bereich von Banken, Versicherungen, Zement- und Düngemittelindustrie wurde der Versuch einer Neustrukturierung des staatlichen Unternehmensbereichs unternommen. Dies geschah durch die Umwandlung einiger öffentlicher Unternehmen und des Instituts für staatliche Beteiligungen (IPE) zunächst in Aktiengesellschaften mit öffentlichem Kapital, anschließend in Aktiengesellschaften mit gemischtem Kapital, was eine – wenn auch geringe – private Beteiligung ermöglichte. Auf diese Weise gelang die teilweise Reprivatisierung bestimmter öffentlicher Unternehmen und die Umgehung des Verfassungsgebots der absoluten Unumkehrbarkeit der nach dem 25. April 1974 durchgeführten Verstaatlichungen. Einige öffentliche Unternehmen, insbesondere im Bereich der Schifffahrt und Fischerei, wurden geschlossen, Großprojekte neu überdacht. Das galt beispielsweise für den langfristigen nationalen Energieplan, der auf die Nutzung von Kleinstwasserkraftwerken (potentielle Erzeuger von etwa einem Fünftel der landesweit verbrauchten Energie) und auf den Bau von Kohlekraftwerken setzte, da keine Möglichkeiten vorhanden waren, um Nuklearenergie zu nutzen.

Beschlüsse über exportfördernde Maßnahmen betrafen insbesondere die Kreditgarantie für Exporte, die Schaffung des Instituts des portugiesischen Außen-

handels (ICEP) und die Schaffung des Exporteurstatus. Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten erlaubte ein neues Gesetz, Arbeitsverträge für maximal ein Jahr zu suspendieren oder Kurzarbeit einzuführen. Im Mai 1984 wurde der Ständige Rat für soziale Zusammenarbeit geschaffen, und im Juni 1985 wurde schließlich die Beitrittserklärung zur Europäischen Gemeinschaft unterzeichnet.

Die allmähliche Industrialisierung hatte Auswirkungen auf den Anteil der in der Landwirtschaft beschäftigten Bevölkerung, die von 32 Prozent 1970 auf 22 Prozent 1985 zurückging; der Anteil der Landwirtschaft am Bruttosozialprodukt fiel im gleichen Zeitraum von 17,7 auf 9,1 Prozent. Dann jedoch stagnierte der industrielle Aufschwung, und in der Folge veränderten sich der Anteil der Industrie am Bruttosozialprodukt (ungefähr 40 Prozent) und ihre Bedeutung als Arbeitgeber (etwa 35 Prozent der Arbeitsplätze) bis zum Ende der achtziger Jahre nur geringfügig. Der Dienstleistungssektor erhöhte seinen Anteil am Bruttosozialprodukt zwischen 1970 und 1985 von 40,5 auf 51,7 Prozent, bei den Arbeitsplätzen von 35 auf 43 Prozent.

Die Entwicklung der portugiesischen Wirtschaft in diesem Zeitraum läßt sich besser verstehen, wenn man Portugal mit anderen Industrienationen der OECD vergleicht. Dabei wird deutlich, daß die Bedeutung der Landwirtschaft mit einem Anteil von 9,1 Prozent am Bruttosozialprodukt im Gegensatz zu den meisten industrialisierten Ländern mit Werten zwischen 3 und 5 Prozent überdurchschnittlich hoch war. 22 Prozent der Arbeitnehmer in Portugal waren in der Landwirtschaft beschäftigt, in anderen europäischen Ländern nur 3 bis 11 Prozent. Dagegen war der Anteil der Industrie am Bruttosozialprodukt und bei den Arbeitsplätzen in etwa im Durchschnitt. Im Dienstleistungsbereich betrug der Anteil der Arbeitsplätze trotz des Wachstums nur 43 Prozent gegenüber 50 bis 66 Prozent im OECD-Durchschnitt; der Anteil am Bruttosozialprodukt lag bei 51,7 Prozent gegenüber 55 bis 66 Prozent in anderen Ländern.

Die Einkommensverteilung in Portugal zeichnete sich traditionell durch ein starkes Gefälle aus. Der Anteil der Löhne am Gesamteinkommen betrug seit Mitte der sechziger Jahre nur zwischen 45 und 50 Prozent, stieg aber während der Revolution schnell auf Werte über 60 Prozent, um bis Ende der siebziger Jahre wieder auf die Werte vor der Revolution zu sinken. Im selben Zeitraum lag der Anteil der Löhne am Gesamteinkommen in den meisten industrialisierten Ländern mit 62 bis 68 Prozent deutlich höher.

Eine Analyse des Agrarbereichs und seiner Entwicklung ist nur anhand der 1968 erstellten Landwirtschaftlichen Ertragsstudie und einer Erfassung von 1979 möglich. Danach wurden in den Jahren 1968/70 etwa 70 Prozent der Nutzfläche von Betrieben mit weniger als 5 Hektar oder mehr als 50 Hektar bewirtschaftet, während innerhalb der Europäischen Gemeinschaft der größte Teil der Fläche von Betrieben zwischen 5 und 50 Hektar genutzt wurde. Die Koexistenz von Kleinst- und Großbetrieben muß nicht notwendig Ineffizienz bedeuten, tatsächlich aber lagen viele der Großgrundbesitze im Süden des Landes brach, oder man betrieb eine Extensivwirtschaft auf schlechten Böden, während die Minifundien im Nor-

den des Landes ein großes Hindernis für die Einführung moderner Technologien darstellten.

Trotz eines deutlichen Rückgangs der Nutzfläche für landwirtschaftliche Einzelunternehmer als Resultat der Agrarreform blieb diese Form der Bewirtschaftung weiter vorherrschend (71 Prozent 1968 und 56 Prozent 1979), und auch der Anteil der Subsistenzwirtschaft blieb beträchtlich. Zum Problem wurde die zunehmende Überalterung der Landarbeiter; 1968 waren 45 Prozent älter als 55 Jahre, 1979 bereits 50 Prozent, während in anderen EU-Ländern nur ein Viertel der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung älter als 55 Jahre war. Zudem hatten 1968 nur 1,4 Prozent und 1979 erst 3,9 Prozent einen Schulabschluß; die Analphabetenquote betrug 43 Prozent beziehungsweise 30 Prozent.

Auffallend war die geringe Investitionsbereitschaft der Agrarier, zumal im internationalen Vergleich. 1979 zeichnete sich Portugal durch einen Verbrauch von Düngemitteln (Stickstoff, Phosphor und Kalium) von 76 kg/ha Anbaufläche aus, während im europäischen Durchschnitt 306 kg/ha verbraucht wurden. Die Verwendung hochwertiger Samen stand, mit Ausnahme von Weizen und Gerste, erst am Anfang. Zudem zeigten sich in Portugal erhebliche infrastrukturelle Nachteile für den Vertrieb der Agrarprodukte, und es gab keine wesentliche Produktionssteigerung bei Getreide (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais) und Kartoffeln – Produkte, deren Ertrag etwa ein Fünftel bis ein Drittel des durchschnittlichen Ertrags der EU-Länder ausmachte. Im Bereich der Tierhaltung war das Produktionsniveau deutlich besser und dem europäischen Durchschnitt vergleichbar. Das langsame Wirtschaftswachstum und die steigende Nachfrage führten seit dem Ende der sechziger Jahre zu Bilanzdefiziten der Agrarwirtschaft.

Die Industrie wurde in diesem Zeitraum zwar zur treibenden Wirtschaftskraft des Landes, doch die Zahl der Industriearbeitsplätze stieg nur verhältnismäßig langsam. Der traditionell dominante Textil- und Schuhsektor erhöhte seinen Anteil an der Industrieproduktion seit 1975 innerhalb von zehn Jahren von etwa einem Fünftel auf etwa ein Viertel. Der Sektor Metallverarbeitung, Maschinen und Transportmaterialien sank in derselben Zeit von etwa 30 Prozent auf weniger als ein Viertel, der Sektor Holz, Kork und Möbel von 6,3 auf 4,7 Prozent (1984). Der Anteil der Papierindustrie dagegen konnte sich mehr als verdoppeln (auf 10,9 Prozent 1984), während der Sektor Nahrungsmittel, Getränke, Tabak unverändert bei 12,5 Prozent blieb.

Den wichtigsten Bereich bildeten die „traditionellen Industrien“, deren Anteil am industriellen Bruttosozialprodukt Mitte der achtziger Jahre ungefähr ein Drittel ausmachte und die fast 40 Prozent der Arbeitsplätze stellten; ihr Anteil an den Industrieexporten betrug fast 60 Prozent. Dieser Bereich konzentrierte sich im wesentlichen auf Textilien, Kleidung, Schuhe, Holz, Kork und Nahrungsmittel, die in kleinen Familienbetrieben produziert wurden, die auf Grund der geringen technologischen Investitionen durch niedrige Produktionsraten gekennzeichnet waren. Man stützte sich auf den Export traditioneller Produkte, die von unqualifizierten Arbeitern billig hergestellt werden konnten.

Der zweite Bereich umfaßte die Unternehmen mit ausländischem Kapital, deren Anteil am industriellen Bruttosozialprodukt und an den Industrieexporten etwa ein Fünftel betrug, die aber nur etwa 10 Prozent der Arbeitsplätze stellten. Diese Unternehmen verfügten über eine relativ hochentwickelte Technologie und eine moderne Verwaltung. Für sie war vor allem das niedrige Lohnniveau in Portugal attraktiv. Die ausländischen Direktinvestitionen spielten eine entscheidende Rolle insbesondere bei Chemie und Gummi (fast 50 Prozent), bei den nicht-eisenhaltigen Metallen (etwa 40 Prozent), bei elektrischen und elektronischen Geräten (etwa zwei Drittel) und bei Transportgeräten und Investitionsgütern (etwas weniger als die Hälfte).

Die verstaatlichten Industrieunternehmen, die aus den in den fünfziger Jahren errichteten Monopolen stammten, bildeten den dritten Bereich. Wenn sein Anteil an den Industrieexporten auch nur ungefähr ein Zehntel und nur 5 Prozent der Arbeitsplätze betrug, machte er doch fast ein Fünftel des industriellen Bruttosozialprodukts aus. Es handelte sich dabei vor allem um kapitalintensive Grundstoffindustrien, die auf den Binnemarkt ausgerichtet und auf die Herstellung von Produktionsgütern zentriert waren (Stahl, Eisen, Zement, Chemikalien, Erdöl), aber auch auf Tabak, Bier und Schiffsreparaturen. Viele dieser Unternehmen gerieten Mitte der achtziger Jahre in finanzielle Schwierigkeiten.

Der vierte Bereich war die metallverarbeitende Industrie (Metallprodukte, Maschinen und Transportgeräte). Dieser Bereich hatte Mitte der achtziger Jahre einen Anteil von etwas weniger als 15 Prozent am industriellen Bruttosozialprodukt und den Industrieexporten. Er entwickelte sich aus kleinen Familienbetrieben, die aber schon über bessere Verwaltungsstrukturen, Technologien und Arbeitskräfte als die traditionellen Industrien des ersten Sektors verfügten.

Die Industrieproduktion befand sich darüber hinaus in großer Abhängigkeit vom internationalen Handel, und dies aus zwei Gründen: Erstens waren ihre wichtigsten Sektoren (Textilien/Kleidung/Schuhe) besonders vom Exportgeschäft abhängig, zweitens waren die Industriebetriebe auf den Import von Produktionsgütern, Ausrüstungsgegenständen und moderner Technologie angewiesen. Die Textilindustrie importierte Mitte der achtziger Jahre etwas mehr als ein Drittel der Produktionsgüter und etwa drei Fünftel der verwendeten Ausrüstungsgegenstände.

Die Entwicklung des Außenhandels kennzeichnete vor allem eine Verschlechterung der bereits strukturell defizitären Handelsbilanz von 60 Prozent im Jahre 1970 auf fast 80 Prozent 1988. Die Struktur der portugiesischen Exporte veränderte sich in dieser Zeit deutlich. Während der Anteil des Bereichs Nahrungsmittel/Getränke am Gesamtexport von fast einem Fünftel zu Beginn der siebziger Jahre auf weniger als ein Zehntel 1987 zurückging, stieg der Anteil des Bereichs Metallverarbeitung/Maschinen/Transportgeräte von etwas mehr als einem Zehntel auf etwa ein Fünftel. Einen deutlichen Anstieg erlebte auch der Bereich Textilien/Kleidung/Schuhe, und zwar von weniger als 30 auf mehr als 40 Prozent. Im einzelnen gab es dabei einen Rückgang bei Garnen und Stoffen, die von 12,5 auf

5,8 Prozent (1986) fielen, und einen Anstieg bei Schuhen und Kleidung von 2,7 Prozent beziehungsweise 14,8 Prozent (1975) auf 8,8 Prozent beziehungsweise 26,5 Prozent (1986).

Die Umorientierung in der Wahl der Handelspartner auf die EU geschah größtenteils zum Nachteil der ehemaligen Kolonien. Während 1970 nur 18,3 Prozent der Exporte die EU als Ziel hatten, erhöhte sich diese Quote bis 1987 auf 71 Prozent. 1970 ging noch ein Viertel der Exporte in die PALOP-Länder (Afrikanische Länder mit Portugiesisch als Amtssprache), 1986 war die Bedeutung dieser Märkte verschwindend gering. Eine ähnliche Entwicklung war auch im Importbereich zu verzeichnen, wo der Anteil der EU von 38 Prozent (1970) auf 63 Prozent (1987) anstieg, während die PALOP-Länder (1970: 14,5 Prozent) praktisch bedeutungslos wurden.

Die ausländischen Direktinvestitionen, die in den sechziger Jahren um jährlich etwa 20 Prozent gestiegen waren, erlebten in den siebziger Jahren einen deutlichen Rückgang infolge der Wirtschaftskrise der Industrieländer und der portugiesischen Revolution; in den achtziger Jahren beschleunigte sich ihr Wachstum auf schließlich 40 Prozent beim Beitritt Portugals in die EU.

Abkürzungen

ACP	Acção Católica Portuguesa
AGC	Agência Geral das Colónias
ASP	Acção Socialista Portuguesa
CDE	Comissão Democrática Eleitoral
CDS	Centro Democrático Social
CEMGFA	Chefe do Estado Maior General das Forças Armadas
CGT	Confederação Geral do Trabalho
CGTP-IN	Confederação Geral dos Trabalhadores Portugueses – Intersindical Nacional
CIP	Confederação da Indústria Portuguesa
CLSTP	Comité de Libertação de S. Tomé e Príncipe
CNN	Companhia Nacional de Navegação
COPCON	Comando Operacional do Continente
CTM	Companhia de Transportes Marítimos
DG	Diário do Governo
DGS	Direcção Geral de Segurança
EFTA	European Free Trade Association
ELP	Exército de Libertação de Portugal
EPC	Escola Prática de Cavalaria
FAPLA	Forças Armadas Populares de Libertação de Angola
FICO	Frente Independente de Convergência Ocidental
FLEC	Frente de Libertação do Enclave de Cabinda
FNLA	Frente Nacional de Libertação de Angola
FRELIMO	Frente de Libertação de Moçambique
FUR	Frente Unidade Revolucionária
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GEDOC	Grupo de Estudos e Documentação
GNR	Guarda Nacional Republicana
GUMO	Grupo Unido de Moçambique
ICEP	Instituto do Comércio Externo Português
IL	Integralismo Lusitano
IPE	Instituto de Participações do Estado
IWF	Internationaler Währungsfonds
JSN	Junta de Salvação Nacional
LOC	Liga Operária Católica
LUAR	Liga Unitária de Acção Revolucionária

MDP	Movimento Democrático Português
MFA	Movimento das Forças Armadas
MLSTP	Movimento de Libertação de São Tomé e Príncipe
MOLIMO	Movimento de Libertação de Moçambique
MPLA	Movimento Popular de Libertação de Angola
MRPP	Movimento Reorganizativo do Partido do Proletariado
MUD	Movimento da Unidade Democrática
NL	Nacionalismo Lusitano
NU	Nações Unidas
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
OEEC	Organization for European Economic Cooperation
ONU	Organização das Nações Unidas
OUA	Organização de Unidade Africana
PAIGC	Partido Africano para a Independência da Guiné e Cabo Verde
PALOP	Países Africanos de Língua Oficial Portuguesa
PAP	Plano de Acção Política
PCP	Partido Comunista Português
PIDE	Polícia Internacional de Defesa do Estado
PPD	Partido Popular Democrático
PRP	Partido Revolucionário do Proletariado
PS	Partido Socialista
PVDE	Polícia de Vigilância e Defesa do Estado
RAC	Regimento de Artilharia da Costa
RALIS	Regimento de Artilharia Ligeira de Lisboa
RTP	Radio Televisão Portuguesa
SEDES	Sociedade de Estudos e Desenvolvimento
SNPA	Sector das Pescas
UDP	União Democrática Popular
UIE	União dos Interesses Económicos
UNITA	União Nacional para a Independência Total de Angola

Die Autoren

Dr. Valentim Alexandre, geb. 1942, Professor am Sozialwissenschaftlichen Institut der Universidade de Lisboa.

Dr. Manuel Braga da Cruz, geb. 1946, Professor an der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universidade Católica, Herausgeber der *Análise Social*.

Dr. José Maria Brandao de Brito, geb. 1947, Professor am Instituto Superior de Economia e Gestão.

Dr. António Costa Pinto, geb. 1953, Professor für Europäische und Portugiesische Geschichte am Instituto Superior de Ciências do Trabalho e da Empresa.

Dr. José Medeiros Ferreira, geb. 1942, Professor an der Sozial- und Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universidade Nova de Lisboa.

Dr. Emanuel Leão, geb. 1967, Gastprofessor an der York University, England.

Dr. António Reis, geb. 1948, Assistenzprofessor an der Sozial- und Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universidade Nova de Lisboa.

Dr. Fernando Rosas, geb. 1946, Professor an der Sozial- und Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universidade Nova de Lisboa, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in Lissabon und Herausgeber von *History*.

Personenregister

Befindet sich ein Name in den Anmerkungen, so ist die entsprechende Seitenzahl kursiv gesetzt.

- Albuquerque, Mouzinho de 76
Almeida, António José de 30
Alves, Felicidade 60
Alves, Vítor 90
Amaral, João 46
Amorim, Diogo Pacheco de 50
Amorim, Fernando Pacheco de 52
Andrade, Freire de 76
Andrade, Joaquim Pinto de 60
Antunes, Melo 96, 99, 104, 118
Araújo, José 109
Araújo, Juvenal da 50, 52
Arendt, Hannah 8
Arriaga, Káulza de 98
Azevedo, José Pinheiro de 102
- Baptista, António Alçada 59
Barbosa, Daniel 42
- Cabeçadas, Mendes 10, 33
Caetano, Marcello 11, 25, 37, 42, 43, 57,
62, 70f., 83, 85, 90, 92
Camacho, Brito 30
Camâra, Filomeno da 26, 29
Cardoso, Leonel 115, 118
Cardoso, Silva 116
Carlos, Adelino da Palma 111
Carmona, António Óscar Fragoso de 49
Carneiro, Francisco de Sá 57
Carvalhas, Carlos 97
Carvalho, Otelo Saraiva de 90, 95f.,
100-104
Carvalho, Raul de 27
Castro, Pimenta de 18
Cerejeira, Manuel Gonçalves 49f., 50,
53, 57, 59, 61
Correia, Alves 50, 56
Correia, Pezarat 115
Costa, Adelino Amaro da 93f.
- Costa, Afonso 14, 29
Costa, Eduardo da 76
Costa, Fernando dos Santos 42
Costa, Franklin da 60
Costa, Gomes da 25, 27, 33, 93
Costa Pinto, António 8
Couceiro, Henrique Mitchell Paiva 20,
76
Coutinho, Rosa 115
Cruz, José Maria Braga da 50
Cunha, Silva 91
Cunhal, Álvaro Barreirinhas 97
- Delgado, Humberto 42, 45, 58
Dias, Moreira 115
Dogan, Mattei 16
- Eanes, António Ramalho 103, 105, 120
Enes, António 76
- Fabião, Carlos 94, 102, 109
Ferro, António 23, 41, 50
Figueiredo, Mário de 50
Fonseca, Joaquim Diniz da 50, 52
Franco, Francisco 39, 49, 102
Freyre, Gilberto 84
- Gomes, António Ferreira 60
Gomes, António Sousa 50
Gomes, Francisco da Costa 90, 92f.,
94f., 99, 101-104, 107, 118
Gonçalves, Vasco dos Santos 94ff.,
100ff., 111, 117
Gouveia (Kardinal) 61
Guerra, Miller 63
- Jardim, Jorge 111f.
Jesuíno (Kommandant) 100
Joaquai (Pater) 56
Johannes XXIII. 58f.

- Kennedy, John F. 85
 Kissinger, Henry Alfred 118

 Leal, Francisco Pinto da Cunha 32
 Leite, João Pinto da Costa 69
 Linz, Juan 33
 Lourenço, Eduardo 107
 Lourenço, Vasco 90, 101, 103
 Lucena, Manuel 8f.

 Machel, Samora Moïses 112f.
 Maia, Salgueiro 91f.
 Maritain, Jacques 51
 Martins, Rogério 72
 Maurras, Charles 20, 26
 Medeiros, Fernando 39
 Medina, João 26
 Melo, Martinho Nobre de 29
 Miranda, João Afonso de 28
 Mobutu Sese-Seko 115
 Moita, Luis 63
 Moniz, Júlio Botelho 39, 42, 44
 Monteiro, Armindo 79, 86
 Moreira, Carlos 57
 Mounier, Emmanuel 51
 Moura, Francisco Pereira de 63
 Mouzelis, Nicos 14
 Mussolini, Benito 23

 Nascimento, Alexandre do 60
 Neto, Agostinho 115, 120
 Neto, Francisco Lino 59
 Neves, Manuel Mendes das 60
 Nixon, Richard 118
 Nogueira, Franco 61
 Nunes, Arsénio 9

 Ornelas, Aires de 76
 Osório, João de Castro 27

 Pacheco, Carneiro 52, 53, 54
 Pais, Sidónio 17f., 20-23, 25-29, 34
 Paul VI. 61f.
 Payne, Stanley 8
 Pereira, Teotónio 63
 Pinho, Moisés Alves de 60

 Pinto, Correia 50
 Pius XII. 54f.
 Preto, Rolão 23-27
 Primo de Rivera, Miguel 29, 31

 Ramos, Passos 115
 Reagan, Ronald 120
 Resende, Sebastião Soares de 58
 Ribeiro, António 61
 Ribeiro, Casal 63
 Roberto, Holden 115
 Rodrigues, Manuel 51
 Ross, Edward 78

 Salazar, António de Oliveira 9ff., 25,
 37f., 40-47, 49ff., 53f., 56-59, 61, 62,
 65f., 68, 71, 79, 85
 Santos, Machado 19
 Sardinha, António 24, 26
 Savimbi, Jonas 115f.
 Sebastião (Kardinal) 62
 Serra, Manuel 59
 Simão, Veiga 108
 Soares, Mário 7, 100, 102, 105, 108, 112,
 125
 Sorel, Georges 26, 31
 Spínola, António Sebastião Ribeiro de
 90, 92-95, 97f., 107ff., 113, 115, 118
 Stockwell, John 117

 Tomás, Américo de Deus Rodrigues 37
 Torres, Pinheiro 50

 Valois, Georges 26
 Varzim, Abel 51, 55f.
 Veloso, Francisco 56
 Veloso, Pires 102, 111
 Villot (Kardinal) 62
 Vital, Fezas 56

 Waldheim, Kurt 107, 111

 Xavier, Caldas 76

 Zenha, Salgado 97